Besondere Beziehung China und die WHO Seite 2

Preußische Allgemeine

Nr. 35 · 3. September 2021 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

WARUM SCHOLZ?

Ein Mann ohne Eigenschaften wird zum Liebling der Deutschen in den Umfragen **Seiten 1, 3 und 24**

FOTO: SPD; IMAGO IMAGES/A. FRIEDRICHS; ULLSTEIN

Stadtplanung Wenn grüne Idylle auf brutale Realität trifft **Seite 5**

Berlin Die Unterzeichnung des Viermächteabkommens vor 50 Jahren **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Den Staat „neu denken“?

Wenn sich die Union im Bundestag dieser Tage für ein „Belastungsmoratorium“, sprich für einen Zahlungsaufschub für die von den Corona-Maßnahmen Betroffenen, ausspricht, ist die Wahlwerbe-Absicht unverkennbar. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus erklärte: „Ein Jahr lang lassen wir die Bürger und die Unternehmen einfach mal in Ruhe.“

Brinkhaus, der sich im Parlament vor allem einen Namen als Eiferer mit wenig Neigung zum Zuhören gemacht hat und sich Impfskeptikern gegenüber unverblümt Maßnahmen vorstellen kann, die nicht mehr weit von einem Berufsverbot entfernt sind, ergänzte die Moratoriums-Pläne durch einen bemerkenswerten Zusatz: „Und dann brauchen wir einen Konvent aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, in dem wir uns grundlegend die Zeit nehmen, den Staat neu zu denken.“ Man sollte den Satz ruhig mehrfach lesen, um die Ungeheuerlichkeit zu verdauen, die ein führender Politiker der Bundesrepublik Deutschland da von sich gegeben hat. Was soll das? Welchen „Konvent“ meint er? Haben wir keine Demokratie, keine Wahlen, kein Parlament? Welchen Staat will Brinkhaus „neu denken“?

Welches Echo hätte wohl eine derartige Äußerung hervorgerufen, wäre sie auf einer „Querdenker“-Demonstration erfolgt? Brinkhaus steht mit seiner Aussage für eine Vielzahl von politisch Verantwortlichen, denen das Bewusstsein für die Bedeutung des Grundgesetzes in den letzten anderthalb Jahren weitgehend abhandengekommen ist. *Erik Lommatzsch*

POLITIK

Die Lethargie des bürgerlichen Lagers wird bedrohlich

Nach Jahren der Verweigerung politischer Auseinandersetzungen ist heute niemand in Sicht, der dem Land eine Orientierung geben könnte

VON RENÉ NEHRING

Wie die Historiker eines Tages die Ära Merkel bewerten werden, weiß heute niemand. Der aktuelle Wahlkampf zum 20. Deutschen Bundestag dürfte gleichwohl in der Rückschau späterer Jahre einen besonderen Platz einnehmen. Denn noch nie in unserer Geschichte gab es die Situation, dass die Anhänger aller Parteien mit ihrer jeweiligen Führung gleichermaßen so unzufrieden waren wie jetzt. Waren frühere Wahlkämpfe wahre Schlachten, in denen auf Plakaten, an Infoständen, in Stadthallen und in den Fernsehstudios über große Schicksalsfragen gerungen wurde, so sind die Deutschen – Politiker wie Wähler – im Laufe der Regierungszeit Angela Merkels in einen Zustand tiefer Ruhe verfallen.

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich jetzt, vor allem für die regierende Union. Diese hatte sich seit der Wiedererringung des Kanzleramts 2005 an die Art Merkels, Politik zu gestalten – oder besser: das Fähnlein stets nach dem Wind des Zeitgeists auszurichten – gewöhnt. Dass dabei zahlreiche einstige Grundüberzeugungen abgeräumt wurden, störte offenkundig niemanden. Ganz im Gegenteil eröffnete das Abwerfen von „ideologischem Ballast“ Möglichkeiten für neue Koalitionsbildungen – und somit weitere Optionen für den Machterhalt.

Allerdings funktioniert dieses Modell nur „von oben“, solange man an der Spitze steht und mit stiller Hand den Bürgern scheinbar endlos das Gefühl vermitteln kann, in guten Händen zu sein. Doch wenn man wie nun Armin Laschet quasi von außen versucht, das Kanzleramt zu erobern, rächt es sich, dass CDU und CSU den Wählern kaum noch sagen können, was sie bekommen, wenn sie ihnen am Wahltag ihre Stimme geben.

Hinzu kommt, dass die Union derzeit auch personell kaum zu überzeugen vermag. Wer springt dem Kanzlerkandidaten in dessen Not – die ja auch die Not seiner Partei ist – bei? Wo sind die großen Figuren vergangener Tage, die von Heimat über Familie und Innere Sicherheit bis hin zu Wirtschaft und Soziales jahrzehntelang ein breites Themenspektrum abdeckten und der Union einen Kompetenzvorsprung gegenüber den Wettbewerbern sicherten?

Auch die anderen schwächeln

Die Lage der Wettbewerber ist freilich nicht besser. Während die Grünen mit ihrem „Kampf gegen den Klimawandel“ zumindest noch ein Großthema haben, geben vor allem die bürgerlichen Parteien der verschiedenen Schattierungen ihren Anhängern kaum Orientierung. Wann zum Beispiel war zuletzt eine Aussage von Christian Lindner zu vernehmen? War der FDP-Vorsitzende im Laufe der Corona-Pandemie einer der deutlichsten Kritiker der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, vermittelt er heute – in Erwartung einer Regierungsbeteiligung nach der Wahl – das Gefühl, bloß keinen potentiellen Koalitionspartner verärgern zu wollen.

Und die AfD? Sie wird bis auf weiteres durch den Richtungsstreit zwischen denjenigen, die das bestehende politische System reformieren und denjenigen, die es überwinden wollen, gelähmt. So hat die Partei bislang kaum gezeigt, worin – jenseits der Ablehnung der Politik der etablierten Konkurrenten – die in ihrem Namen versprochene „Alternative“ besteht.

Das beinahe Absurde an der Lage ist, dass von der Schwäche der verschiedenen bürgerlichen Parteien bislang ausgerechnet der Sozialdemokrat Olaf Scholz profitiert. „Ausgerechnet“ deshalb, weil Scholz seinen Aufstieg in den Meinungsumfragen einer maximalen Distanzierung von seiner eigenen Partei und deren Linkskurs der letzten Jahre verdankt. Damit belegt er jedoch, dass die Menschen dieses Landes mehrheitlich noch immer eine bürgerliche Politik wünschen.

Das Paradoxe freilich ist, dass die Deutschen angesichts der Lage schon bald eine gänzlich andere Regierung bekommen könnten: zwar an der Spitze einen Kanzler mit bürgerlichem Image, jedoch eingerahmt von linken Ideologen, denen eine grundsätzliche Neuausrichtung der Republik vorschwebt.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Wie finanzieren sich die Taliban? Einblicke in die Geschäfte der Terrormiliz
Seite 6

Kultur
Eine Ausstellung in Warendorf zeigt Westpreußen als begehrtes Reiseziel
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Im Ferienlager der Deutschen Minderheit konnten die Kinder endlich wieder toben
Seite 13

Lebensstil
Neue Spiele braucht das Land – Im Gespräch mit der Entwicklerin Kirsten Hiese
Seite 21

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 35

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

SARS-CoV-2 Die Herkunft des Corona-Erregers ist nach wie vor ungeklärt. Der Diskurs über die Frage nach der Verantwortung Chinas ist überlagert von politischen Interessen. Die Rolle der WHO ist umstritten

Streit um Laborthese

Westliche Regierungen kritisierten China-freundlichen Untersuchungsbericht der WHO

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auf der Suche nach den Ursprüngen des Coronavirus: Im Januar dieses Jahres trifft ein zehnköpfiges Expertenteam der WHO in Wuhan ein, um dortige Versuchslabore zu untersuchen *Foto: imago images/Kyodo News*

Eines der größten Mysterien im Zuge der am 11. März 2020 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgerufenen Covid-19-Pandemie ist die Herkunft des Virus. Dass der Corona-Erreger aus dem Institut für Virologie Wuhan der Chinesischen Akademie der Wissenschaften stammen könnte, galt dabei zunächst als pure „Verschwörungstheorie“. Und das internationale Expertenteam der WHO, das schließlich am 14. Januar dieses Jahres zum Zwecke der Untersuchung des Ursprungs der Pandemie nach China reisen durfte, vermeldete noch in seinem Abschlussbericht vom 30. März, die Freisetzung des Erregers durch einen Laborunfall sei „extrem unwahrscheinlich“. Die sogenannte Laborthese wurde nur auf vier der insgesamt über 300 Seiten des WHO-Papiers behandelt.

Allerdings kritisierten die Regierungen der USA, Großbritanniens, Australiens, Kanadas, Tschechiens, Dänemarks, Estlands, Israels, Japans, Lettlands, Litauens, Norwegens, Sloweniens und Südkoreas die Art und Weise der Vor-Ort-Untersuchungen in Wuhan und verlangten „unabhängige und objektive ... Erkenntnisse“. Ebenso bezeichneten 18 renommierte Biowissenschaftler den WHO-Bericht im Mai als „unschlüssig und unausgewogen“.

Und zwei Monate später vollzog dann auch die Weltgesundheitsorganisation selbst eine scharfe Kehrtwende. Mitte Juli kündigte ihr Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus die Bildung einer neuen ständigen WHO-Arbeitsgruppe zur Suche nach dem Ursprung der Covid-19-Pandemie und weitere Nachforschungen in chinesischen Laboreinrichtungen an. Außerdem hieß es am 12. August aus dem Hauptquartier der Weltgesundheitsorganisation in Genf, der Zugang zu den bisher nicht zur Verfügung gestellten Rohdaten aus der Anfangszeit der Pandemie in Wuhan sei von „entscheidender Bedeutung“ für die Überprüfung der Laborthese.

Kritik aus dem westlichen Lager

Parallel hierzu trat der Leiter der ersten WHO-Mission Peter Ben Embarek als Kronzeuge beziehungsweise Whistleblower auf, was den Kooperationsunwillen der chinesischen Seite betraf. Der dänische Spezialist für Lebensmittelsicherheit und Zoonosen schilderte im Interview mit dem dänischen Fernsehsender TV2, wie Peking die Wissenschaftler bei der Einreise schikaniert hat und dann versuchte, mit der Vorstellung eines angeblichen „Patienten Null“ aus Wuhan zu manipulieren, während gleichzeitig alle substantiellen Daten über frühe Covid-19-Fälle zum „Schutz der Privatsphäre“ der Betroffenen zurückgehalten wurden. Des Weiteren unternahmen die Chinesen alles, um Nachforschungen im Institut für Virologie und einem weiteren virologischen Labor in Wuhan, das dem Chinesischen Zentrum für Krankheitskontrolle und -prävention (CCDC) der Nationalen Gesundheitskommission untersteht, zu verhindern. Hierzu sagte Embarek: „Wir durften in keine Laborunterlagen blicken.“ Lediglich Gesprächsrunden mit dem Management der beiden Einrichtungen seien erlaubt gewesen. Und dabei habe die „Politik immer mit uns in einem Raum geweilt“.

Scharfe Kehrtwende der WHO

Gegenüber TV2 zählte der Leiter der ersten WHO-Mission die Annahmen über die Verbreitung von Covid-19 durch ein chinesisches Labor zu den nunmehr durchaus „wahrscheinlichen Hypothesen“. Entweder, so Embarek, habe sich ein Forscher beim Sammeln von Virenproben in Fledermaushöhlen infiziert und hernach seine Kollegen am Arbeitsplatz beziehungsweise andere Menschen angesteckt oder der Erreger SARS-CoV-2 sei dann später aus dem Labor entwichen. Dabei komme vor allem ein Ausbruch aus der CCDC-Einrichtung in Frage, denn die residiere seit Anfang Dezember 2019 in der Nähe des Wildtiermarktes von Wuhan, der als Ausgangspunkt der Pandemie gelte.

Dass Peking einer zweiten Mission der Weltgesundheitsorganisation zur Überprüfung der Laborthese zustimmt, ist sehr unwahrscheinlich. Die entsprechende Ankündigung von Ghebreyesus wurde inzwischen als nachgerade unerträgliche „Politisierung“ der Angelegenheit und „Aufgabe“ des noch von „gesundem Menschenverstand“ geprägten WHO-Berichts vom März 2021 bezeichnet. So lauteten beispielsweise die Stellungnahmen des chinesischen Vizeaußenministers Ma Zhaoxu und des stellvertretenden Chefs der Nationalen Gesundheitskommission Zeng Yixin. Gleichzeitig verlangt die Führung der Volksrepublik nun immer offensiver, den Ursprung des Coronavirus im Ausland zu suchen. In diesen Zusammenhang klammert sie sich wieder verstärkt an die „Frozen-Food-Theory“, der zufolge der Erreger durch kontaminierte Tiefkühlnahrung nach China gelangt sei.

VERTEIDIGUNG

Chinas Zeugen der Entlastung

Nachdem die WHO weitere Nachforschungen zur Herkunft von SARS-CoV-2 angekündigt hatte, setzte die Regierung in Peking alle propagandistischen Hebel in Bewegung, um den Verdacht zu entkräften, das Virus stamme aus einem Labor in Wuhan. So brachte sie beispielsweise den Text „Das Laborunfall-Gerücht, eine politische Manipulation durch manche US-Politiker“ in Umlauf. Darin kommen fünf Leumundszeugen zu Wort, deren Aussagen China entlasten und die „Lügen“ der USA entlarven sollen.

Zu Beginn werden der Chefvirologe der Berliner Charité Christian Drosten und der australische Epidemiologe Dominic Dwyer mit den Worten zitiert, dass es in Wuhan keinen Laborunfall gegeben haben könne. Allerdings ist Dwyer eher ein Experte für Geschlechtskrankheiten und die Einlassungen von Drosten sind ebenfalls ohne jede Beweiskraft. Zumal es kaum einen Virologen gibt, der in puncto Corona öfter irrte als Drosten.

Ansonsten soll SARS-CoV-2 laut Auskunft von Massimo Galli, dem Leiter der Abteilung für Infektionskrankheiten im Luigi-Sacco-Krankenhaus in Mailand, „ein unbekanntes Virus ohne Anzeichen von Gentechnik“ sein. Der Lebenslauf des Tropenmediziners und Immunologen zeigt indes keine Qualifikationen auf dem Gebiet der Genforschung.

Anschließend kommt die australische Virologin Danielle Anderson zu Wort. Sie habe selbst bis Ende 2019 im Wuhan Institute of Virology gearbeitet und dort nirgendwo Sicherheitslücken bemerkt. Unerwähnt bleibt hierbei, dass Anderson bei anderer Gelegenheit äußerte, sie sei „nicht so naiv“, Virenausbrüche aus chinesischen Labors auszuschließen.

Und zum Schluss führt Peking dann auch noch den schwedischen Professor Andreas Önnerfors von der Universität Uppsala an. Nach dessen Meinung ist die Laborthese „unwissenschaftlich“ und „rassistisch“. Als Historiker kann Önnerfors virologische Sachverhalte allerdings kaum adäquat beurteilen. *W.K.*

CHINA

Eine Datenlöschung und ein mysteriöser „Schweizer Biologe“

Das Verhalten chinesischer Akteure lässt eine Vertuschungsabsicht auf Seiten der Volksrepublik befürchten

Dass man in China offensichtlich einiges zu vertuschen hat, was die Anfangszeit der Covid-19-Pandemie beziehungsweise die Herkunft ihres Erregers SARS-CoV-2 betrifft, zeigen zwei bemerkenswerte Aktionen.

Genetische Daten von 200 Proben

Im Sommer 2020 veranlassten einige Forscher der Universität Wuhan die heimliche Löschung der genetischen Daten von 200 Proben des Coronavirus aus der internationalen Bioinformatik-Datenbank Sequence Read Archive. Die Gensequenzen waren im Januar und Februar 2020 in den Krankenhäusern von Wuhan gesammelt worden und stellten eine potentielle Goldgrube für jeden Wissenschaftler dar, der sich um die Rekonstruktion der Anfangsphase der Pandemie bemüht. Im Frühjahr 2021 gelang es dem Virologen Jesse Bloom vom Fred Hutchinson Cancer Research Center in Seattle, 50 zwischenarchivierte Versionen der Gensequenzen in einem von Google verwalteten Cloud-Speicher zu finden. In 13 Fällen lagen ausreichend Rohdaten vor, um substantielle Aussagen daraus abzuleiten. Laut Bloom zeigen die Proben eine überraschend frühe genetische Vielfalt des Virus SARS-CoV-2. So existierten bereits Anfang 2020 mindestens drei spezifische Unterformen des Erregers. Das beweist, dass dieser schon längere Zeit unter Menschen kursierte und nicht erst Ende 2019 von Wildtieren auf den Menschen übersprang. Bloom kommentierte das Ganze gegenüber der „New York Times“ mit den Worten: „Es scheint so, als ob die Sequenzen gelöscht wurden, um ihre Existenz zu verschleiern.“ Darauf deutet im Übrigen auch das eiserne Schweigen der chinesischen Forscher hin, die trotz mehrerer Rückfragen keinerlei Stellungnahme zu den Gründen für ihr Vorgehen abgaben.

Schweizer Botschaft verstimmt

Anfang August verbreiteten staatlich kontrollierte Medien wie der Auslands-Fernsehsender China Global Television Network (CGTN) und die beiden englischsprachigen Blätter der Kommunistischen Partei „China Daily“ und „Global Times“ in großer Aufmachung einen Facebook-Eintrag des „Schweizer Biologen Wilson Edwards“. Darin hieß es, die USA würden die WHO systematisch unter Druck setzen, damit diese gefälschte Forschungsergebnisse über den Ursprung des Coronavirus verbreite, was aus der „Obsession“ Washingtons resultiere, China zu schaden. Kurz darauf erklärte die Botschaft der Schweiz in Peking sichtlich verstimmt, ein solcher Wissenschaftler existiere überhaupt nicht und es gebe auch keinerlei fachbezogene Publikationen unter diesem Namen. *W.K.*

> „Es scheint so, als ob die Sequenzen gelöscht wurden, um ihre Existenz zu verschleiern“
>
> **Jesse Bloom**
> Virologe vom Fred Hutchinson Cancer Research Center in Seattle

Der erste König ohne Land?

Laut Umfragen hat Finanzminister Olaf Scholz beste Chancen, nächster Kanzler zu werden. Verdrängt wird dabei, dass vor Kurzem noch seine eigene SPD ihn nicht wollte – und er selbst nun alles tut, damit niemand merkt, welcher Partei er angehört

VON REINHARD MOHR

Die eigene Partei verschmähte ihn, nun soll er in ihrem Namen „Zukunft“ und „Sicherheit für Deutschland“ verkörpern: Olaf Scholz, hier während seiner Vorstellung als Kanzlerkandidat der SPD im Februar 2021 *Foto: pa*

Seien wir ehrlich: Der Mann hat die Ausstrahlung eines Knäckebrots. Seine trockene, tonlose Sprechweise, die scheinbar auf Knopfdruck an- und abgeschaltet werden kann, trug ihm einst die Bezeichnung „Scholzomat“ ein. Von außen betrachtet wirkt er wie ein Mann ohne Eigenschaften. Ihm geht jedes Charisma ab, und niemand würde ihm jemals den „Orden wider den tierischen Ernst“ antragen. Als Hanseat hat er mit Karneval sowieso nichts im Sinn, und so ist das höchste der Gefühle jenes „schlumpfige Grinsen“, das Markus Söder schon vor Monaten an ihm entdeckte.

Und wer weiß: Vielleicht hat Scholz schon damals mehr geahnt als alle anderen, dass er nach der kommenden Bundestagswahl gute Chancen hat, der nächste Bundeskanzler zu werden. Und so kam es. Heimlich, still und leise hat er sich nach vorne gearbeitet und liegt nun in den persönlichen Sympathiewerten weit vor Armin Laschet und Annalena Baerbock. Scholz profitiert natürlich vor allem von der Tatsache, dass seine beiden Konkurrenten um das Kanzleramt die jeweils schwächere Wahl gegenüber ihren innerparteilichen Wettbewerbern waren – Markus Söder und Robert Habeck. Und so zieht Scholz die SPD in lange Zeit undenkbare Höhen, während Union und Grüne immer weiter abfallen.

Die eigene Partei wollte ihn nicht

Schon wird vom „Scholz-Wunder“ geredet, vom geradezu märchenhaften Aufstieg jenes Mannes, den die seit Jahren dahinsiechende SPD vor zwei Jahren nicht einmal zum Parteivorsitzenden haben wollte und sich stattdessen für Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans (NoWaBo) entschied, also für die B-, ja C-Klasse der ehedem von Personen wie Ferdinand Lassalle, August Bebel, Friedrich Ebert, Willy Brandt oder Helmut Schmidt geführten Sozialdemokratie, die zuletzt wie einbetoniert schien im schändlichen 15-Prozent-Turm der Meinungsumfragen.

Der öffentliche Spott über Frau Esken, deren höchstes politisches Amt zuvor der Posten der stellvertretenden Vorsitzenden des Landeselternbeirats in Baden-Württemberg gewesen war, verband sich mit einem gewissen Mitgefühl für Scholz, der in der nach links driftenden queer-feministischen Gender-SPD als anachronistischer „Rechtsausleger“ und pragmatischer Ex-Schröderianer ziemlich alleine in der Ecke stand. Ein Außenseiter, fast schon ein Outlaw jener SPD, deren politische Ausrichtung seit geraumer Zeit ein gewisser Kevin Kühnert besorgt, ein 32-jähriger Studienabbrecher und Ex-Juso-Vorsitzender, der am liebsten BMW verstaatlichen würde.

Scholz soll auf dem Parteitag seiner Niederlage sogar ein paar Tränen vergossen haben. Doch Totgesagte leben länger, chronisch Unterschätzte ebenso. Schnell dämmerte dem Duo Esken/Walter-Borjans, dass keiner von ihnen ernsthaft für die Kanzlerkandidatur in Frage käme. So nominierten sie Scholz, der zumindest irgendwie satisfaktionsfähig schien, präsentabel, bekannt aus Funk und Fernsehen, immerhin Vizekanzler und Finanzminister. Ein Helmut Schmidt für Arme, das allerletzte Aufgebot einer ehemaligen Volkspartei.

Vorbild Schmidt

In einem aktuellen SPD-Wahlspot hört man zu den Bildern eines entschlossen wirkenden Olaf Scholz, wie Helmut Schmidt 1974 im Bundestag den Amtseid ablegt. Ein Jahr später trat Scholz in die SPD ein. Unverkennbar, dass hier eine Traditionslinie gezogen werden soll. „Sicherheit für Deutschland“ – das war eine zentrale Parole des SPD-Wahlkampfs mit Helmut Schmidt 1980. „Kanzler für Sicherheit“ steht heute, 41 Jahre später, neben dem Großporträt von Olaf Scholz.

Armin Laschet, die rheinische Frohnatur, die droht, zur Witzfigur zu werden, erscheint dagegen wie ein unberechenbarer Filou, ein unernstes Weichei ohne erkennbares Profil und ohne klaren Kompass.

Was die berüchtigt-zynische Berliner Hauptstadtjournaille aber niemals geglaubt hätte: Die gerupfte, ausgemergelte und zerstrittene SPD versammelte sich tatsächlich einmütig hinter ihrem Kandidaten, den sie eigentlich gar nicht gewollt hatte.

Die SPD hält still – weil sie muss

Wie das gelang? Durch eisernes Schweigen. Psssst, bitte nicht stören! Bloß kein falsches Wort, das die Wahlbürger verschrecken könnte. Die Partei, die ihren Kanzlern Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder – das letzte politische „Alphatier“ überhaupt – das Leben stets so schwer wie möglich gemacht hatte, verhält sich nun mucksmäuschenstill. Manche fragen sich schon mit der Liedzeile der Band „De Randfichten“: „Lebt denn der alte Holzmichl noch?“ Was macht denn bloß der „NoWaBo“? Wo bleiben die linken Querschüsse der neuen Juso-Vorsitzenden Jessica Rosenthal, die noch vor einem Jahr ankündigte: „Ich will den Kapitalismus, der auf Ausbeutung beruht, überwinden.“

Jetzt bloß keine schräge Forderung, keine Provokation, nicht mal eine Revolution im Wasserglas. Stattdessen: Ruhe in der Baracke. Die letzte kleinere Eruption gab es vor Monaten, als der langjährige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die vorgeblich linke „Identitätspolitik“ samt „Cancel Culture“ und Gendersprache kritisiert hatte und von Frau Esken, die sich darob zutiefst „beschämt“ zeigte, heftig gerügt wurde. Nun aber darf Scholz sogar ganz offen die Currywurst verteidigen und das Recht, im Gespräch von Mensch zu Mensch auf Gendersternchen zu verzichten.

Diese Art politischer „Beinfreiheit“ hatte schon Ex-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück 2013 für sich in Anspruch nehmen wollen. Sie wurde ihm, der keinen Pinot Grigio für 5 Euro die Flasche trinken würde, aber nicht gewährt, weil die Partei damals noch nicht komplett am Boden lag wie heute. So hat der „Babyboomer“ Scholz, geboren 1958, als letzter Mohikaner der alten SPD das Glück, die einzig verbliebene Patrone im abgeschabten Gürtel der Partei von Bebel und Lassalle zu sein. Die SPD ist auf ihn angewiesen, auf Gedeih und Verderb.

Ein „Hoffnungsträger“ der besonderen Sorte, denn eigentlich ist der Volljurist, Partner einer Hamburger Anwaltskanzlei, ein klassischer Parteifunktionär. Von 1982 bis 1988 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und Anhänger des „Stamokap“-Flügels, der der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Sachen Antikapitalismus kaum nachstand. Scholz kritisierte die „aggressiv-imperialistische NATO“ ebenso wie die Bundesrepublik als „europäische Hochburg des Großkapitals“. Vielleicht hätte er diese Haltung bei den Finanzskandalen um die milliardenschweren Betrügereien bei Wirecard und den kriminellen „Cum-Ex“-Geschäften noch einmal reaktivieren sollen – schließlich hatte er von Amts wegen die Finanzaufsicht. Aber er hat es geschafft, den Eindruck zu erwecken, nichts damit zu tun zu haben. Auch hier mag er von Merkel, der er so gerne nachfolgen möchte, gelernt haben.

Ein klassischer Parteifunktionär

Von 1994 bis 2000 war Scholz Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Hamburg-Altona, anschließend Chef des Hamburger Landesverbandes. Er saß im SPD-Parteivorstand, war von 2002 bis 2004 Generalsekretär und viele Jahre Bundestagsabgeordneter. Von 2007 bis 2009 war er Bundesminister für Arbeit und Soziales, zwischen 2009 und 2019 stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei, von 2011 bis 2018 dann Erster Bürgermeister in Hamburg.

Nach dem schmählichen Rücktritt der 100-Tage-Lichtgestalt Martin Schulz Anfang 2018 übernahm er für ein paar Wochen kommissarisch den Parteivorsitz. Im Juni 2019 schlug er zunächst eine Kandidatur für den Parteivorsitz aus, weil dies neben seiner Tätigkeit als Finanzminister „zeitlich nicht zu schaffen“ sei. Angesichts des personellen Angebots auf der Resterampe der SPD, darunter der sozialdemokratische Chefvirologe und Talkshow-Gast aller Klassen, Karl Lauterbach, erinnerte er sich dann aber doch an seine staatsmännische „Verantwortung“ für das Ganze und kandidierte – mit dem bekannten Ergebnis.

> Aus einer Studie ergibt sich, dass unter den drei Kandidaten der gefühlten Mittelmäßigkeit Scholz als derjenige hervorsticht, der Angela Merkels kühle Nüchternheit fortsetzen würde, was bei der Wählerschaft offenbar als geringste Bedrohung in Zeiten allgemeiner Unsicherheit gilt

Mit Mittelmäßigkeit zum Erfolg

All das ist Schnee von gestern, aber doch erheblich mehr an Lebens- und Berufserfahrung als die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock vorzuweisen hat, die bekanntermaßen „eher vom Völkerrecht“ und vom Trampolinspringen kommt.

Aus einer tiefenpsychologischen Sozialstudie des Kölner „Rheingold“-Instituts ergibt sich, dass unter den drei Kandidaten der gefühlten Mittelmäßigkeit Scholz als derjenige hervorsticht, der Angela Merkels kühle Nüchternheit fortsetzen würde, was bei der Wählerschaft offenbar als geringste Bedrohung in Zeiten allgemeiner Unsicherheit gilt.

Dazu kommt: Der späte Adept von Helmut Schmidt steht eben auch für jene sozialdemokratische Tradition, bei allen Gerechtigkeits- und Gleichstellungsmaximen des modernen Sozialstaats nicht ganz zu vergessen, woher der Wohlstand eigentlich kommt. Unvergessen jenes Wort, das gemeinhin Karl Schiller zugeschrieben wird, von 1966 bis 1972 Wirtschafts- und Finanzminister. Es war an alle Genossen gerichtet, die als Allheilmittel immer nur die Steuern erhöhen wollten: Man dürfe die Kuh, die man melken wolle, nicht schlachten. Gerade die Deutschen haben die bittere Erfahrung gemacht, dass ökonomischer Niedergang den sozialen, politischen und moralischen nach sich zieht.

So könnte es sein, dass Olaf Scholz versucht, neben der „Sicherheit“ auch noch das christdemokratische Markenzeichen namens Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder zu besetzen, natürlich aktualisiert in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel. Nun, da sich die alten, traditionellen Bindungen an Parteien zunehmend auflösen, zeigt sich, dass Personen und Botschaften, die einigermaßen glaubwürdig vermittelt werden, wichtiger und erfolgreicher sind als Parteiprogramme und ideologische Besserwisserei.

König ohne Land

Obwohl der Ausgang der Bundestagswahl immer noch völlig offen ist, steht jetzt schon fest, dass es keine Volkspartei alten Stils mehr gibt, nachdem nun auch die Union auf den 20-Prozent-Sockel eingeschrumpft ist. Womöglich wird Scholz der erste König ohne Land sein, also ohne eine wirklich starke Partei, der Bundeskanzler wird, wahrscheinlich in einer Koalition mit Grünen und FDP.

Wie wir die SPD kennen, wird sie am Tag danach das Schweigegelübde brechen und munter drauflos fordern, was das sozialdemokratische Herz begehrt: Eine wunderbare, weltoffene, klimaneutrale, sozial und gendergerechte Welt ohne Diskriminierung mit Wohlstand für alle in einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und offenen Grenzen – Refugees welcome!

Dann braucht Olaf Scholz eine Riesendosis hanseatischer Gelassenheit. Es sei denn, Armin Laschet schafft es doch noch irgendwie, ihm diese Last abzunehmen. Der erste Dreikampf der Kanzlerkandidaten im Fernsehen am vergangenen Sonntag zeigte allerdings: Es sieht nicht danach aus.

● **Reinhard Mohr** war von 1996 bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Vor Kurzem erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag, 2021).
www.europa-verlag.com

MELDUNGEN

Schleusungen nach MV

Potsdam/Schwerin – Die Bundespolizei registriert immer mehr Schleusungen von Immigranten nach Mecklenburg-Vorpommern. Am 18. August griffen Bundespolizisten bei Löcknitz, Kreis Vorpommern-Greifswald, eine Gruppe von 14 Personen auf, die aus einem Transporter mit polnischen Kennzeichen ausgestiegen war. Laut Befragungen soll es sich bei den eingeschleusten Personen um Iraker handeln. Bereits am 7. August hatten Bundespolizisten nahe Löcknitz eine Menschengruppe entdeckt, die auf der B 104 zu Fuß in Richtung Pasewalk war. Die Aufgegriffenen waren ohne Identitätspapiere und gaben an, aus Somalia, dem Irak und dem Iran zu stammen. Laut ersten Ermittlungen sollen die Personen an der weißrussisch-polnischen Grenze illegal in die EU eingereist sein. *N.H.*

Wahlumfrage unter Sachsen

Dresden – Laut einer Umfrage von Infratest dimap würde die AfD in Sachsen die meisten Zweitstimmen bekommen, wenn die Bundestagswahl derzeit stattfände. Bei der im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks durchgeführten Umfrage gaben 23 Prozent an, mit ihrer Zweitstimme die AfD wählen zu wollen. Die CDU landete mit 21 Prozent lediglich auf dem zweiten Platz. Die Grünen könnten mit zehn Prozent der Zweitstimmen rechnen, die Sozialdemokraten mit 15 Prozent und die FDP mit zwölf Prozent. Deutlich besser würde die Union bei Landtagswahlen abschneiden. Hier würde die CDU mit 35 Prozent deutlich vor der AfD mit 21 Prozent liegen. Bei der Frage „Direktwahl des Kanzlers/der Kanzlerin“ sprachen sich 35 Prozent der Anhänger der CDU für den SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz aus. Armin Laschet landete bei den sächsischen CDU-Anhängern nur bei 25 Prozent. Als Themen, welche die Wähler im Freistaat am meisten bewegen, ermittelte Infratest dimap Zuwanderung mit 27 Prozent und Corona mit 23 Prozent. *N.H.*

Stromausfall durch Einbruch

Fürstenberg/Havel – Bislang unbekannte Täter haben durch einen Einbruch in ein Umspannwerk im Norden Brandenburgs für Stromausfälle im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern gesorgt. Die Täter waren am Wochenende des 21. und 22. August auf das Gelände eines Umspannwerkes nördlich von Fürstenberg an der Havel eingedrungen. Dort stahlen sie von drei Kabeltrommeln 700 Meter Stromkabel. Beim Abwickeln der Kabel beschädigten die Täter einen Transformator. Als Folge waren in der Region Wesenberg, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, tausende Einwohner und auch Touristen von Stromausfällen betroffen. Das Energieunternehmen bemerkte den Einbruch in das Umspannwerk offenbar erst am darauffolgenden Montag. Den Schaden schätzt der Energieversorger auf 90.000 Euro. Bei den gestohlenen Kabeln handelt es sich um Material, das für 110-Kilovolt-Übertragungsnetze und auch für Bahnstrom verwendet wird. *N.H.*

Festredner beim diesjährigen Tag der Heimat: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder *Fotos (2): BdV/Bildkraftwerk*

GEDENKEN

Erinnerung als Beitrag zur Völkerverständigung

Die Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in der Berliner Urania

VON RENÉ NEHRING

Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ – unter diesem Motto stand die Auftaktveranstaltung zum diesjährigen Tag der Heimat. Dazu konnte der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV‘) Bernd Fabritius am vergangenen Sonnabend in der Berliner Urania zahlreiche Ehrengäste aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus der Geistlichkeit und dem diplomatischen Corps begrüßen.

Zu Beginn stand ein filmischer Rückblick an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vor 71 Jahren, deren runder Gedenktag im vergangenen Jahr Corona-bedingt nicht begangen werden konnte. Der Film erinnerte unter anderem an die Anfangsjahre der Bundesrepublik und an die Leistung der Ostvertriebenen beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands nach dem Krieg.

In seiner Ansprache schlug BdV-Präsident Fabritius dann eine Brücke zwischen dem Gestern und Heute. Neben der Verbitterung darüber, dass Flucht und Vertreibung noch immer in internationalen Konflikten angewandt werden, betonte er, dass es „gerade die Heimatverbliebenen und ihre Familien sind (...), die vor Ort in unseren Nachbarländern einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur und einer guten Verständigung den Boden bereiten“.

Umso mehr betrübt es den Präsidenten, dass die Hand der Versöhnung noch immer nicht in allen Heimatgebieten ergriffen wird: „Wie schön wäre es, wenn unser steter verständigungspolitischer Dialog mit den Nachbarn im Osten dort auch auf Spitzenebene der Politik Früchte tragen würde: Von einigen unserer östlichen Nachbarländer erwarten wir noch heute eindeutige Bekenntnisse zum Unrechtscharakter der Vertreibungen, die unsere Landsleute mit brutaler Härte trafen. Bis heute sind Unrechtsdekrete in einigen Ländern Teil der geltenden Rechtsordnung, wenn ich nur an Tschechien oder auch an Serbien denke.“

Desweiteren erinnerte Fabritius an die Deportation der Deutschen in der Sowjetunion, die exakt vor 80 Jahren begonnen hatte, sowie an den Leidensweg jener Landsleute in den folgenden Jahrzehnten.

Einen überaus launigen Festvortrag hielt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, der von Fabritius nicht nur als Ehrengast, sondern auch als Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und auch des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland begrüßt wurde.

Söders Ansprache war denn auch weniger eine programmatische Grundsatzrede als vielmehr ein Bekenntnis der Verbundenheit zu den Vertriebenen, die für ihn persönlich – so Söder mit leichtem Grinsen – nicht zuletzt auf dem Genuss zahlreicher Speisen aus östlichen Landen beruht. Doch der Vortrag hatte auch ernste Seiten. So betonte er, dass für ihn das Schicksal der deutschen Vertriebenen nicht gleichzusetzen ist mit dem heutiger Flüchtlinge, „denn Sie, meine Damen und Herren, sind Landsleute!“ Mit Einblicken in die Familiengeschichte – ein angeheirateter Onkel etwa war trotz Heirat einer alteingesessenen Fränkin erst dreißig Jahre nach seiner Ankunft in der neuen Dorfgemeinschaft allmählich akzeptiert worden – zeigte Söder, dass ihm das Schicksal der Landsleute aus dem Osten durchaus bewusst ist. Deshalb werde er auch künftig für ihre Anliegen eintreten.

Beendet wurde die Veranstaltung mit einem geistlichen Wort von dem Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke.

Bereits am Tag zuvor hatte die Bundesversammlung des BdV ein neues Präsidium gewählt. Dabei wurde Präsident Bernd Fabritius mit 94,5 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. Zu Vizepräsidenten wurden Raimund Haser MdL, Christian Knauer, Stephan Mayer MdB, Egon Primas, Johann Thießen und Stephan Grigat gewählt, der als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen auch Herausgeber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ist. Weitere Präsidiumsmitglieder sind Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Steffen Hörtler, Siegbert Ortmann, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Editha Westmann MdL. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

Das neue BdV-Präsidium (v.l.): Raimund Haser MdL, Dr. Maria Werthan, Milan Horáček, Egon Primas, Dr. Bernd Fabritius MdB, Steffen Hörtler, Stephan Grigat, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Stephan Mayer MdB, Christian Knauer, Siegbert Ortmann und Johann Thießen. Es fehlen: Rita Hagl-Kehl MdB und Editha Westmann MdL.

AFD

Beliebteste Partei bei Facebook

Eine Studie der Universität Hohenheim beleuchtet das Informationsverhalten der Bürger im Wahlkampf

Laut einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung ist die Alternative für Deutschland nach wie vor die beliebteste Partei bei Facebook. Nicht nur, dass ihren Seiten mehr Nutzer folgen, als denen der Konkurrenz, die Interaktion in den Kommentarspalten ist auch deutlich ausgeprägter.

„Viele AfD-Anhänger leben in ihrem eigenen Informationskosmos“

Laut einer Studie der Universität Hohenheim bei Stuttgart informieren sich AfD-Anhänger anders über die politische Lage als andere. Zu ihren beliebtesten Informationsportalen zählen YouTube und Facebook. „Viele AfD-Anhänger leben in ihrem eigenen Informationskosmos, der wenig mit der Welt der anderen Wählergruppen zu tun hat“, so der Leiter des Lehrstuhls Kommunikationswissenschaft der Hochschule, Frank Brettschneider: „In dieser Blase entsteht dann auch ein anderer Blick auf die Politik.“

Generell gilt bezogen auf die sozialen Medien, dass die Wahlberechtigten Wahlkampf-Informationen mit 26 Prozent am häufigsten via Facebook wahrnehmen. Es folgen YouTube und Instagram. WhatsApp, andere Messenger, Twitter und TikTok spielen hingegen nur für weniger als zehn Prozent eine Rolle. Männer geben etwas häufiger als Frauen an, via Facebook und YouTube etwas vom Wahlkampf wahrzunehmen. Die 18- bis 29-Jährigen nehmen den Wahlkampf am häufigsten von allen Altersgruppen via die sozialen Medien wahr. Für sie spielen die Bild-orientierten Kanäle wie Instagram und YouTube die größte Rolle. Für die 30- bis 44-Jährigen ist es hingegen Facebook. Für die über 60-Jährigen sind WhatsApp und dergleichen überdurchschnittlich wichtig.

„Man könnte fast meinen, sie leben in einer anderen Welt“

Die Experten der Universität Hohenheim begleiten den Wahlkampf für die Bundestagswahl am 26. September mit einem großangelegten Forschungsprojekt, bei dem sie gemeinsam mit dem Institut Forsa in mehreren Wellen die Bevölkerung befragen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Kommunikation zwischen Parteien und Wählern. Dabei kommt die Studie mehr oder weniger unverhohlen zu dem Ergebnis, dass es sich bei AfD-Wählern um Außenseiter handelt. Die Menschen in Deutschland informieren sich über die Bundespolitik am häufigsten aus dem Fernsehen, dem Radio und auf Webseiten. Es folgen Gespräche und Tageszeitungen.

Allerdings gebe es eine Ausnahme: die AfD-Wähler. Dies habe Auswirkungen auf die generelle Lebenseinstellung. Denn die Hohenheimer Forscher kommen zu dem durchaus überraschenden Schluss, dass die Mehrheit der Befragten optimistisch in die Zukunft blicke. Für die AfD-Anhänger gelte dies aber nicht. Der Studie zufolge bewerten lediglich 28 Prozent von ihnen die Lebensqualität in Deutschland als gut –von allen Befragten sind es 72 Prozent. Ähnlich ist die Differenz bei der Einschätzung der Wirtschaftslage. „Man könnte fast meinen, sie leben in einer anderen Welt“, sagt Brettschneider. *Peter Entinger*

STADTPLANUNG

Grüne Idylle trifft brutale Realität

Während sich „Visionäre“ ihre Welt schaffen, verwahrlost die Metropole gleich nebenan im Eiltempo

VON NORMAN HANERT

Grüne Phantasien wahr geworden: Bergmannstraße in Berlin *Foto: imago/A. Friedrichs*

Zur Schlussphase des Wahlkampfes in Berlin, wo am 26. September parallel zum Bundestag auch ein neues Landesparlament gewählt wird, haben die Hauptstadt-Grünen ihre Vorstellungen zum Umbau des Stadtbildes vorgestellt. Auf den von der Spitzenkandidatin Bettina Jarasch präsentierten farbenfrohen Grafiken zur Umgestaltung des Tauentzien und der Danziger Straße waren auffällig wenig Autos zu sehen. Stattdessen dominieren Radfahrer und fröhliche Fußgänger, die durch Straßen und Plätze voller Parkbänke und Grünanlagen flanieren.

Die Vision von durchgrünten Straßenzügen mit Radwegen und Sitzmöglichkeiten voller „Aufenthaltsqualität“ mag bei Stammwählern der Grünen noch immer ziehen, nicht wenige Berliner werden mit den Plänen allerdings bereits eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums angelegt sehen. Schon der bisherige Zustand vieler Grünanlagen, Parks, Spielplätze und Brunnen in Berlin zeigt, dass die Pflege von derlei Anlagen einen hohen personellen und finanziellen Aufwand erfordern.

Slumartige Zustände

In einem besonders drastischen Kontrast stehen die Hauptstadtvisionen der Grünen-Spitzenkandidatin zu der Realität, die im grün dominierten Stadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg erlebt werden kann. Der seit 2006 von Jaraschs Partei regierte Bezirk steht in Berlin wie kein anderer für die Politik der Grünen auf kommunaler Ebene.

Zum Leidwesen vieler Anwohner und Gewerbetreibender dient beispielsweise die Kreuzberger Bergmannstraße schon seit einigen Jahren als ein Experimentierfeld, in dem die Neuaufteilung des öffentlichen Straßenraums nach den Vorstellungen der Grünen durchprobiert wird. Mit Straßenpollern, Fahrradabstellplätzen, Blumenkübeln, Findlingen, Parkbänken oder Punkten, die auf die Fahrbahn aufgemalt wurden, hat der Grünen-Baustadtrat Florian Schmidt versucht, den Autoverkehr aus der Straße zu verdrängen. Neueste Idee zur Zwangsbeglückung der Bewohner der Bergmannstraße ist nun die Einführung eines Tempolimits von zehn Stundenkilometern. In anderen Teilen des Bezirks erleben die Bürger den öffentlichen Raum keineswegs als verkehrsberuhigtes Idyll, sondern zunehmend nur noch als Angstraum.

Nur wenige Kilometer von der Bergmannstraße entfernt gibt es am Kottbusser Tor eine völlig andere Seite von Friedrichshain-Kreuzberg zu sehen. Für viele Berliner steht der „Kottie“ für Drogenhandel, Gewalt und Verwahrlosung des Straßenraums. Nun haben sich dort auch noch slumartige Zustände eingestellt. Zusätzlich zu den Drogenabhängigen und Dealern ist der Platz zu einem Sammelpunkt für Obdachlose und osteuropäische Wanderarbeiter geworden. Sie campieren mit Matratzen, Planen und Zelten auf einer Grünanlage des weiträumigen Verkehrsknotenpunkts.

Zudem ist seit einigen Jahren in Friedrichshain-Kreuzberg zu beobachten, wie sich die Kriminalitätsbrennpunkte räumlich immer weiter ausbreiten. In wenigen hundert Meter Entfernung vom „Kotti“ liegt der Görlitzer Park, Berlins größter Umschlagplatz für Drogen. Die Polizei hat den Park vergangenes Jahr als kriminalitätsbelasteten Ort noch um den umliegenden Wrangelkiez erweitert. Auch das Areal rund um das Schlesische Tor entwickelt sich immer mehr zum Brennpunkt für schwere Straftaten wie Gewalt, Raub und Sexualdelikte.

Kriminalität breitet sich aus

Auf der anderen Spreeseite, östlich der pittoresken Oberbaumbrücke, setzt sich die problematische Entwicklung fort. Dort stuft die Polizei mittlerweile auch die Warschauer Brücke und noch weiter östlich die Rigaer Straße als kriminalitätsbelastete Orte ein.

Bemerkenswert ist die sehr unterschiedliche Herangehensweise und Argumentation der maßgeblichen Bezirkspolitiker. Im Fall des Modellversuchs in der Bergmannstraße agiert beispielsweise Baustadtrat Schmidt mit viel Engagement und auch erheblichem Einsatz von Steuergeldern. Geht es um die Ausbreitung von Verwahrlosung und Kriminalität im Bezirk, dann sehen örtliche Grünen-Politiker regelmäßig den Senat, wenn nicht gar die Bundespolitik in der Pflicht. Im Fall der slumähnlichen Zustände am Kottbusser Tor sprach beispielsweise die Grünen-Spitzenkandidatin Jarasch von „ungelösten sozialen Probleme dieser Großstadt“ und einer „gesamtstädtischen Aufgabe“ mit der man „die Bezirke in der Innenstadt nicht allein lassen“ könne.

Im Fall der Drogenproblematik hat sich die Bundestagsfraktion der Grünen für eine kontrollierte Freigabe von Cannabis eingesetzt. Parallel haben Kreuzberger Bezirkspolitiker versucht, ein kommunales Modellprojekt zu etablieren, in dem Haschisch und Marihuana legal verkauft werden. Gerade der Görlitzer Park zeigt allerdings, dass für Drogenhändler und -konsumenten Drogen wie Haschisch lediglich eine Einstiegsstufe hin zu härteren Rauschmitteln darstellen.

SCHULEN IN DER KRISE

Lehrer fliehen aus Berliner Schuldienst

Mehr als 3000 Abgänge in vier Jahren: Verbeamtungsstopp und Arbeitsbedingungen vertreiben Pädagogen

Ganz Deutschland leidet unter Lehrermangel, doch in Berlin ist die Lage besonders dramatisch. Dazu tragen die schlechten Arbeitsbedingungen für Lehrer in der Hauptstadt bei. Hinzu kommt, dass der Stadtstaat das einzige Bundesland ist, in dem Lehrer nicht verbeamtet werden. So flüchteten in den vergangenen vier Jahren etwa 3000 Lehrkräfte aus Berlin und wechselten in andere Bundesländer. Besonders prekär ist die Situation an Grundschulen und Sekundarschulen. Konkret haben insgesamt 3250 Berliner Lehrer seit 2017 ihren Dienst quittiert, darunter 1368 Grundschullehrer.

Dazu kommen noch die frühpensionierten Lehrkräfte und die regulären Altersabgänge. Der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Dieter Haase, klagt: „Die Zahlen sind nur die Spitze des Eisberges. Schulleitungen verwalten den Mangel und die Lehrkräfte arbeiten am Limit.“

Senatorin gegen eigene Koalition

Während Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) sich seit 2019 für die Verbeamtung von Lehrern einsetzt, sind Grüne, Linkspartei und die oppositionelle FDP weiterhin strikt dagegen. Unterstützung erhält Scheeres für ihre Position jedoch von den Oppositionsparteien CDU und AfD. Die Senatorin kritisiert ihre beiden Koalitionspartner ganz offen: „Ich habe mich schon ganz klar 2019 für die Verbeamtung ausgesprochen. Leider wollen Grüne und Linke in der Koalition diesen Weg nicht mitgehen.“ Der FDP-Abgeordnete Thomas Seerig spricht davon, dass die Lehrerkrise in Berlin „hausgemacht“ sei und zielt dabei auf die Rathauskoalition. Allerdings stellt sich auch seine Fraktionskollegin, die FDP-Bildungspolitikerin Maren Jasper-Winter, weiter strickt gegen die Verbeamtung von Lehrern.

Auch Scheeres’ eigene Partei ist Teil des Problems. 2004 schaffte die SPD im Regierungsbündnis mit der Linkspartei die Verbeamtung von Lehrern ab. Als die CDU 2011 – damals im Regierungsbündnis mit der SPD – die Wiedereinführung der Verbeamtung forderte, wollte die SPD davon nichts wissen. Anscheinend getrieben von schlechten Umfrageergebnissen windet sich die grüne Spitzenkandidatin Bettina Jarasch: „Deshalb bin ich ausdrücklich bereit – wenn nichts anderes hilft –, auch über Verbeamtung zu reden.“

Nebulöses von den Grünen

Die nach ganz linksaußen driftende Lehrergewerkschaft GEW ist wiederum gegen die Verbeamtung von Lehrern – ihr liegt offenbar das Streikrecht am Herzen. Die Neuköllner Spitzenkandidatin der Grünen, Susann Worschech, erklärte unlängst, die Verbeamtung sei „rückwärtsgewandt“. Laut Worschech passt der Beamtenstatus nicht zur Arbeit in multiprofessionellen Teams. Was sie damit eigentlich sagen will, erschließt sich nicht recht.

Die Liberale Jasper-Winter stellt infrage, dass die massenhaften Kündigungen der Lehrkräfte in Berlin überhaupt mit der fehlenden Verbeamtung zusammenhängen. Tatsächlich erfasst der Senat die Gründe für Kündigungen – und auch für Frühpensionierungen – nicht. FDP-Mann Seerig „wundert es nicht, dass es keine Gegenmaßnahmen gibt, die den Arbeitsalltag der Pädagoginnen und Pädagogen endlich konkret verbessern“.

Frank Bücker

KOLUMNE

Polizeigewalt

VON VERA LENGSFELD

Am letzten Augustwochenende kamen wieder Tausende nach Berlin, um gegen die Corona-Maßnahmen zu demonstrieren. Verbote sind inzwischen im rot-rot-grünen Berlin das neue Normal geworden, das zumindest von der regierungstreuen Presse nicht mehr hinterfragt wird. Die Demonstranten mussten flexibel sein, um die Verbote zu umgehen.

Zunächst war über Telegram dazu aufgerufen worden, sich am Volkspark Humboldthain zu treffen. Dort angekommen mussten die Menschen feststellen, dass der Park von der Polizei abgesperrt worden war. Deshalb wichen die Protestler ab dem frühen Nachmittag auf den Prenzlauer Berg und Friedrichshain aus. Klugerweise mieden sie das Regierungsviertel, weil sie am Jahrestag des von den Medien erfundenen „Reichstagssturms“, bei dem ein paar Protestler 2020 die Treppe zum Besuchereingang erklommen und dort hauptsächlich Fotos geschossen hatten, keinen Anlass geben wollten, einen erneuten „Angriff“ auf das Parlament zu behaupten.

Um die Wirkung der Proteste abzuschwächen, framte der „Tagesspiel“, was das Zeug hielt. Die Protestzüge hätten „phasenweise arg orientierungslos“ gewirkt. Die neue Taktik der Polizei sei gewesen, „die Masse der Demonstranten“ laufen zu lassen, aber „gezielt mutmaßliche Rädelsführer der illegalen Aufmärsche“ festzunehmen. Die Demonstranten entschieden spontan, in welche Straße sie als nächstes abbiegen wollten. Das irritierte die Polizei, die twitterte: „Es irren derzeit wenige Tausend Menschen durch die Straßen. Ein nicht vorhandener Plan lässt sich nur schwer verhindern.“

Insgesamt nahm die Polizei 80 Personen fest. Einige vermeintliche Führungsfiguren wurden vorab von Beamten aufgesucht und davor gewarnt, illegale Demonstrationen durchzuführen. Das kenne ich aus der DDR. Da drängen sich die Vergleiche förmlich auf.

MELDUNG

„Peng!“ soll auf die Terrorliste

Berlin – Unter der Überschrift „Kunstfreiheit darf nicht auf die Terrorliste“ haben sich Künstler und Vertreter von Kulturinstitutionen mit einem offenen Brief an den Berliner Senat gewandt. Sie protestieren gegen den Antrag des Berliner Landeskriminalamts (LKA), das sogenannte Kunstkollektiv „Peng!“ auf die Terrorliste des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums (GTAZ) zu setzen. Hintergrund sind Ermittlungen des LKA im Zusammenhang mit einer Internetseite namens „TearThisDown“ (auf Deutsch „Reißt das nieder“), auf der eine bundesweite Karte mit Straßennamen und Denkmälern mit mutmaßlich kolonialer Vergangenheit veröffentlicht wurde. Laut Angaben auf der Seite handelt es sich bei dem Projekt um eine Zusammenarbeit der Initiative „Schwarze Menschen in Deutschland“ mit dem „Peng-Kollektiv“. Das Berliner LKA ermittelt, ob über die Internetseite zu Straftaten, etwa Sachbeschädigungen an Denkmälern, aufgerufen wird. Bereits im Juli hat die Berliner Staatsanwaltschaft Räume des „Peng-Kollektivs“ durchsuchen lassen. *N.H.*

MELDUNGEN

Medienkrieg gegen Russland

Kiew – Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat per Dekret die Webseiten mehrerer russischsprachiger Medien sperren lassen. Zur Begründung heißt es, diese würden prorussische Propaganda verbreiten. Neben der oppositionellen Nachrichtenseite „strana“ wurden auch die der Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ und des Boulevardblatts „Moskowskij Komsomolez“ (MK) blockiert. Darüber hinaus verfügte Selenskij, dass die örtlichen Konten der Nachrichtenportale gesperrt werden. Der Kreml reagierte empört. Er sieht in der Blockade einen Verstoß gegen die Pressefreiheit in der Ukraine und sprach von einer „Säuberungskampagne“ gegen russische Medien. Moskau wies den Vorwurf der ukrainischen Seite zurück, die Medienportale für Propagandazwecke zu missbrauchen. Laut der russischen Nachrichtenagentur Interfax sagte MK-Chefredakteur Pawel Gussew, es gebe Möglichkeiten, um die Beschränkungen zu umgehen. *MRK*

Argentinien vor der Pleite

Buenos Aires – Argentinien droht die Zahlungsunfähigkeit. Das Land hatte Ende 2019 insgesamt 323 Milliarden US-Dollar Schulden und hat Schwierigkeiten, seine Kredite zu bedienen. Im kommenden Jahr werden 18 Milliarden Dollar fällig, 2023 weitere 19 Milliarden und 2024 nochmals fünf Milliarden Dollar. Im September stehen 1,87 Milliarden Dollar zur Rückzahlung an. Ende 2020 lebten 42 Prozent der rund 45 Millionen Argentinier unterhalb der Armutsgrenze. Hilfsprogramme finanziert die Regierung vor allem über die Notenpresse. Wirtschaftsminister Martín Guzmán will künftig nicht mehr 20 Prozent der Staatseinnahmen für den Schuldendienst aufwenden. Es droht der neunte Staatsbankrott in der Geschichte des Landes. Zu den Gläubigern zählen die bekannte US-Kapitalanlagegesellschaft Blackrock und Fidelity Investsments, die gern höhere Zinsen von Argentinien kassieren würden. *F.B.*

Gefahren des „Green Deal“

Brüssel – Der wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission weist in einer ersten Folgeabschätzung auf die Gefahren von Produktionsverlagerungen, einer schrumpfenden Agrarproduktion und sinkendenden Einkommen der Landwirte durch den „Green Deal“ der EU-Kommission hin. Nach dem Willen der Brüsseler Kommission soll Europa bis 2050 der erste „klimaneutrale“ Kontinent werden. Dazu soll bis 2030 ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen in der EU ökologisch bewirtschaftet werden. Der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden soll deutlich reduziert werden. Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) hatten bereits im Herbst 2020 in der Zeitschrift „Na-ture“ davor gewarnt, dass die EU durch einen massiven Import von Agrargütern ihre Umweltschäden nach außen verlagert. Die Karlsruher Forscher gingen bei ihrer Untersuchung davon aus, dass durch den Green Deal die Agrarimporte in die EU drastisch zunehmen werden. *N.H.*

TALIBAN

Machtübernahme mit Drogen finanziert

Die islamische Terrormiliz hat gute Einnahmequellen – Einfrieren westlicher Mittel könnte ihr zusetzen

VON BODO BOST

Wenn die USA die afghanischen Geld-Reserven einfrieren und Deutschland die Hilfe einstellt, könnten die Taliban feststellen, dass sie bei Weitem nicht über die nötigen Mittel zum Regieren eines Landes mit 40 Millionen Einwohnern verfügen.

Die Terrormiliz wird sich mit einer sich rasch entwickelnden Finanzkrise konfrontiert sehen, da die Devisenreserven weitgehend unerreichbar sind und die westlichen Geldgeber, welche die Institutionen des Landes bisher zu etwa 75 Prozent finanzierten, ihre Zahlungen bereits eingestellt haben oder damit drohen, sie zu kürzen.

Auch der Internationale Währungsfonds hat den Zugang Afghanistans zu Hilfskrediten ausgesetzt. Zwar hat sich die islamische Terrorgruppe in den letzten Jahren unabhängiger von externen Geldgebern wie dem Iran, Pakistan und wohlhabenden Sponsoren am Golf gemacht, doch reichen ihre Finanzströme – im letzten Jahr beliefen sie sich auf 1,6 Milliarden US-Dollar – dennoch nicht aus, um das Land vernünftig regieren zu können.

Zwei Tage nach der Machtübernahme in Kabul gab der geflohene Gouverneur der afghanischen Zentralbank, Adschmal Achmady, per Twitter bekannt, dass das Land über neun Milliarden Dollar an Reserven im Ausland, aber nicht in Form von Bargeld im Lande selbst verfügt, nachdem die Regierung Biden beim Fall Kabuls bereits das Einfrieren der afghanischen Regierungsreserven auf US-Bankkonten angeordnet hatte. Der größte Teil davon – etwa sieben Milliarden Dollar – werden in Anleihen, Vermögenswerten und Gold der US-Notenbank gehalten, die Bestände an Dollar im Lande selbst sind „fast bei Null“, da das Land während der Taliban-Offensive geplante Bargeldlieferungen nicht mehr erhalten hat.

Bei der Masse von Fehlern, die gemacht wurden, ist das wenigstens ein kleiner Lichtblick eines voraussehenden Handelns des Westens. Der Mangel an Dollars könnte zu einer Abwertung der heimischen Afghani-Währung und einem Anstieg der Inflation führen, was vor allem die Armen treffen würde, die sich am meisten von der Machtübernahme der Taliban versprochen haben.

Erschwerend kommt für die Taliban hinzu, dass die Hilfsgelder, die seit Langem die afghanische Regierung stützen – sie betragen die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts – gefährdet sind. Deutschland, einer der wichtigsten Geldgeber des Landes, hat angekündigt, die Entwicklungshilfe einzustellen, und andere haben damit gedroht, es ihm gleichzutun. Berlin hätte in diesem Jahr 430 Millionen Euro bereitstellen sollen. Es wird vermutet, dass diese Gelder auch bei den Verhandlungen über die Evakuierung der Ortskräfte Verhandlungsmasse sind.

> „Finanzielle und militärische Unabhängigkeit ... versetzt die afghanischen Taliban in die Lage, ihren Aufstand selbst zu finanzieren ...“
>
> **NATO-Bericht 2019**

Da die Taliban seit Langem internationalen Sanktionen unterworfen sind, haben sie sich in den letzten fünf Jahren stark darauf verlassen, ihren Opiumhandel massiv auszuweiten, auch wenn dies im Sinn der Gotteskrieger weder Islam- noch Scharia-konform ist. So soll unter den Taliban sogar eine neue Mohnsorte eingeführt worden sein, die dreimal statt zweimal pro Jahr geerntet werden kann. Die Gruppe hat auf ihrer ersten Pressekonferenz in Kabul versprochen, die Ausfuhr von Drogen aus Afghanistan „auf Null“ zu reduzieren. Laut dem Weltdrogenbericht der Vereinten Nationen entfielen im vergangenen Jahr 84 Prozent der weltweiten Opiumproduktion auf dieses Land.

Der größte Teil dieser Produktion fand in den Taliban-kontrollierten Gebieten statt und kam der Gruppe durch eine Produktionssteuer von zehn Prozent zugute. In drei der letzten vier Jahre war die Opiumproduktion in Afghanistan nach Angaben der UN mit am höchsten, wobei der Mohnanbau allein 2020 um fast 40 Prozent anstieg. Ein vertraulicher Bericht der NATO vor zwei Jahren zeichnete das Bild einer Bewegung, die „finanzielle und militärische Unabhängigkeit erreicht hat oder kurz davor steht“, was „die afghanischen Taliban in die Lage versetzt, ihren Aufstand selbst zu finanzieren, ohne auf die Unterstützung von Regierungen oder Bürgern anderer Länder angewiesen zu sein“.

Das Geld zum Regieren und die Gunst der Bevölkerung, die bei der letzten freien Umfrage noch zu 85 Prozent gegen die Taliban eingestellt war, sind nach Ansicht vieler Analysten die beiden Hauptfaktoren, weshalb die Terrorgruppe nach ihrem Sieg der Welt zunächst ein freundlicheres Gesicht zeigen muss, um Unterstützung zu erhalten. Auch das Eingeständnis, dass Frauen weiter arbeiten und Mädchen Schulen besuchen dürfen, hat eher etwas mit existenzieller Notwendigkeit zu tun, als mit einer Liberalisierung der strengen Taliban-Doktrin.

Mann in einem Opiumfeld im Osten Afghanistans: Im letzten Jahr stieg der Mohnanbau um 40 Prozent *Foto: pa*

ABSCHIEDSBESUCH

Merkel hinterlässt Enttäuschung

In Moskau konnte die Kanzlerin Putin keine Zugeständnisse abringen, in Kiew konnte sie nicht überzeugen

Zu ihrem Abschiedsbesuch in Russland und der Ukraine als Bundeskanzlerin traf Angela Merkel zunächst Wladimir Putin, ihren schärfsten Gegenspieler seit dem Krim-Anschluss 2014 und den daraufhin erfolgten Sanktionen des Westens gegen Russland.

Putin empfing Merkel im Kreml, wo die beiden Regierungschefs ihre größten Differenzen noch einmal verdeutlichten. Der Kremlherr ließ keinen Zweifel daran, dass Deutschland zu den wichtigsten Partnern des Landes zählt, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Bei der 40-minütigen Pressekonferenz im Kremlpalast bedankte Putin sich bei Merkel für eine fruchtbare Zusammenarbeit in den 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft und dass sie am ständigen Dialog festgehalten habe trotz der tief greifenden Differenzen in den vergangenen Jahren. Er wiederholte seine Kritik an der Ukraine, die sich nicht an das Minsker Abkommen halte, und forderte Merkel auf, bei ihrem Besuch in Kiew Einfluss auf die Ukraine zu nehmen, was sie am Ende aber nicht tat.

Die bevorstehende Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 dürfte das einzige gemeinsame Projekt sein, das beide Regierungschefs als Erfolg werten. Dabei kam sowohl die Einigung mit den USA zur Sprache wie auch die Verpflichtung Russlands, der Ukraine über 2024 hinaus die Rolle eines Transitlandes für russisches Gas in den Westen zu garantieren.

Nachdem Merkel der Höflichkeit gerecht werdend ebenfalls das konstruktive Gespräch gelobt hatte, das Lösungsansätze gebracht habe, sprach sie gleich den Fall Nawalnyj an und forderte dessen Freilassung wie auch die Rücknahme der Listung von drei deutschen Nichtregierungsorganisationen, die am Petersburger Dialog teilgenommen hatten als ausländischer Agent.

Merkel gab zu, dass die Verhandlungen im Ukrainekonflikt stagnieren und das Minsker Abkommen nicht umgesetzt wurde. Sie verurteilte die „Annexion der Krim“ abermals als Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine, für die sie sich einsetzen werde.

In Kiew sicherte Merkel zwei Tage später dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, den sie erstmals besuchte, zwar Unterstützung in der Konfrontation mit Russland zu, stand aber wegen Nord Stream 2 in dessen Kritik. Die Ukraine fürchtet hohe Einkommensverluste, wenn sie als Transitland für russisches Gas überflüssig würde.

Der Ausbau des Sektors der Erneuerbaren Energie in der Ukraine werde noch Jahre dauern und die Verluste nicht abdecken, so Selenskyj. Merkel beruhigte den ukrainischen Präsidenten mit der Zusage, dass Deutschland sich verpflichte, 175 Millionen Dollar in einen Fonds für die Erneuerung des Ernergiemixes einzuzahlen. In Bezug auf Waffenlieferungen hat Merkel im Gegensatz zu den USA der Ukraine keine Zusagen gemacht.

Manuela Rosenthal-Kappi

Stehen unter Druck der eigenen Staatsführung: Die erfolgreichen Unternehmer und Multimilliardäre Pony Ma und Jack Ma (v.l.)

FOTO: PA

CHINA

Das Reich der Mitte bittet Superreiche zur Kasse

Die Führung der Volksrepublik droht den milliardenschweren Firmenchefs, die sich rasant vermehren, mit Umverteilung ihres Reichtums

VON BODO BOST

Chinas Präsident Xi Jinping hat den Superreichen des Landes den Kampf angesagt. Er hat angekündigt, „exzessive Einkommen zu korrigieren“, und Milliardäre gewarnt, der Staat plane, den Reichtum umzuverteilen, um die zunehmende Ungleichheit zu bekämpfen. Laut Berichten staatlicher Medien sagte Xi auf einer Sitzung der zentralen Finanz- und Wirtschaftskommission der Kommunistischen Partei Chinas, die Regierung solle „übermäßig hohe Einkommen regulieren und einkommensstarke Gruppen und Unternehmen ermutigen, mehr an die Gesellschaft zurückzugeben“. Die Kommunistische Partei verfolgt zwar eine „gemeinsame Wohlstandsagenda“, aber die Berichte über Unzufriedenheit innerhalb des Zentralkomitees der Partei über den Aufstieg einer neuen Klasse superreicher Unternehmer mehren sich. Deshalb will Peking die größten Privatunternehmen des Landes stärker kontrollieren. Aber zunächst hofft man auf freiwillige Aktionen der Unternehmen selbst.

Xi Jinping steht unter Druck ...

So hat das Spiele- und Social-Media-Unternehmen Tencent, einer der größten Tech-Konzerne Chinas, bereits angekündigt, sein soziales Engagement auszuweiten, nachdem es einen Gewinnsprung für das zweite Quartal gemeldet hatte. Tencent-Chef Pony Ma sagte, das Unternehmen wolle der Gesellschaft helfen, indem es kleinen und mittleren Unternehmen, öffentlichen Diensten und Konzernen bei der internen Zusammenarbeit und der externen Kommunikation mit ihren Nutzern hilft. Anfang des Monats wurden die Spiele des Unternehmens in den staatlichen Medien noch als „geistiges Opium“ bezeichnet, was das Unternehmen dazu veranlasste, die Kontrollen für den Zugang von Kindern zu diesen Spielen zu verschärfen. Doch trotz der Befürchtungen hinsichtlich eines behördlichen Durchgreifens hat Tencent die Erwartungen übertroffen und seine Einnahmen um ein Fünftel gesteigert.

... und gibt ihn weiter

Seit letztem November, als die Aufsichtsbehörden den Börsengang des Tech-Unternehmens Ant, das sich zu einem Drittel im Besitz von Alibaba befindet, an den Börsen in Shanghai und Hongkong verhinderten – ein Schritt, der die Position des Vorstandsvorsitzenden Jack Ma als einer der reichsten Männer der Welt gefestigt hätte –, versucht die Kommunistische Partei Chinas, gegen die Superreichen vorzugehen. Die Aktien an der Shanghaier Börse sind seit ihrem Höchststand im Februar gefallen, nachdem eine Reihe ähnlicher behördlicher Maßnahmen gegen den Finanzsektor ergriffen und Strafen gegen Industrien, die gezwungen sind, strengere Umweltvorschriften einzuhalten, verhängt wurden. Dies hatte bereits zu einer Schrumpfung des Vermögens der Superreichen geführt. Das gemeinsame Nettovermögen der zwei Dutzend chinesischen Milliardäre aus der Technologie- und Biotechnologiebranche ist laut einer Analyse der „Financial Times“ seit Ende Juni um 16 Prozent gesunken. Zhong Shanshan, der Chef des Wasserflaschenherstellers Nongfu Spring, hat im vergangenen Jahr Jack Ma und Pony Ma als reichste Person Chinas abgelöst. Er verfügt über ein Vermögen von umgerechnet mehr als 72 Milliarden US-Dollar, etwa 24 Milliarden Dollar mehr als Jack Ma.

> Die Börsen in Shanghai und Hongkong haben den Vermögensschwund der Superreichen bereits eingepreist

Kritiker, die ihm vorwerfen, gegenüber den Superreichen zu nachgiebig zu sein, üben Druck auf Xi aus, die Vermögenssteuern auszuweiten und die Einkommenssteuersätze anzuheben, um eine gleichmäßigere Einkommensverteilung zu erreichen, die den mittleren und niedrigen Einkommen zugutekommen soll. Höhere Steuern auf Kapitalerträge, Erbschaften und Immobilien sind im Gespräch. Höhere Löhne im öffentlichen Sektor, um die ausufernde Korruption im öffentlichen Dienst Chinas einzudämmen, dürften damit einhergehen.

MELDUNGEN

Rückgang des Angebots

Hamburg/Berlin – Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden in Deutschland mit 277.000 Häusern und Wohnungen rund 41.000 Wohneinheiten weniger neu zum Verkauf angeboten als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das geht aus einer Auswertung des Immobilienmaklers Homeday im Auftrag des Hamburger Magazins „Der Spiegel“ hervor, für die Daten aus mehr als 400 Quellen herangezogen wurden. Ein Grund für das geschrumpfte Angebot ist laut Reiner Braun, dass die Zinsen weiter auf Rekordtief verharren. Laut dem Vorstandschef des Berliner Forschungsinstituts Empirica kommt für viele Immobilieneigentümer ein Verkauf nicht infrage, „weil sie gar nicht wissen, wohin sie dann mit dem Geld sollen“. *N.H.*

Plädoyer für Dezentralität

Schwarzheide – Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat sich anlässlich eines Besuchs beim Chemiekonzern BASF in Schwarzheide, Landkreis Oberspreewald-Lausitz für eine dezentrale Stromerzeugung ausgesprochen. Bei seinem Werksbesuch sagte der SPD-Politiker, Brandenburg liege bei der Produktion Erneuerbarer Energien weit vorn. Außerdem machte der Ministerpräsident deutlich, dass er den Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland in den letzten Jahren für gescheitert hält. Als Ausweg nannte Woidke eine dezentrale Energieversorgung, bei welcher der nötige Strom in unmittelbarer Nähe der Verbraucher erzeugt wird. Als Beispiel nannte er einen Windpark in der Nähe des BASF-Werks. Jürgen Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung der BASF Schwarzheide, wies darauf hin, dass der Strombedarf in den kommenden Jahren enorm steigen werde, weil viele Industrieprozesse elektrifiziert werden sollen. Laut dem BASF-Manager sei dies bei den derzeitigen Strompreisen problematisch. *N.H.*

ARBEITSMARKT

Arbeitsagentur für mehr Immigration

Bundesregierung soll jährlich 400.000 Zuwanderer ins Land holen

Detlef Scheele hat die Bundesregierung in der vergangenen Woche aufgerufen, mehr Zuwanderer ins Land zu holen. Deutschland brauche rund 400.000 von ihnen pro Jahr. „Von der Pflege über Klimatechniker bis zu Logistikern und Akademikerinnen: Es werden überall Fachkräfte fehlen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA) der „Süddeutschen Zeitung“. Zu möglichen Widerständen gegen Immigration sagte er: „Man kann sich hinstellen und sagen: Wir möchten keine Ausländer. Aber das funktioniert nicht.“

Nur die Hälfte der Syrer arbeitet

Auf der anderen Seite verlassen jedes Jahr Hunderttausende Deutsche ihre Heimat. In den vergangenen zehn Jahren sind indes mehr Menschen nach Deutschland ein- als ausgewandert, wenn auch seit dem Höhepunkt der Asylkrise 2015 der Wanderungssaldo jährlich wieder abgenommen hat.

Unbeantwortet ließ Scheele die Frage, wie viele der Einwanderer überhaupt für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und wie viele direkt zum Sozialamt wandern. Besonders drastisch zeigt sich dies am Beispiel der zahlreichen Syrer, die seit 2015 nach Deutschland eingewandert sind. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist das Bildungsniveau der Immigranten aus Syrien zwar höher als das derjenigen aus Afghanistan, Eritrea oder Somalia. Doch auf den Arbeitsmarkt hat das offenbar kaum Auswirkungen.

Rund drei Viertel der in Deutschland ansässigen Syrer im erwerbsfähigen Alter leben ganz oder teilweise von Hartz IV. Wie aus Statistiken der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht, waren es zuletzt 74,9 Prozent. Nur etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Syrer hat überhaupt eine Arbeit und wenn, dann ist diese oft so gering bezahlt, dass der Staat aufstocken muss. Von den derzeit in der Bundesrepublik lebenden Afghanen kassieren 43 Prozent Stütze.

Jeder zweite Afghane kriegt Hartz IV

Scheele erklärte, er wolle dem Arbeitskräftemangel nicht mit einer neuen Asylsucherwelle entgegenwirken. „Mir geht es hier nicht um Asyl, sondern um gezielte Zuwanderung für die Lücken am Arbeitsmarkt“, sagte er: „Deutschland kann das Problem nur lösen, indem es Ungelernte und Menschen mit wegfallenden Jobs qualifiziert, Arbeitnehmerinnen mit unfreiwilliger Teilzeit länger arbeiten lässt – und vor allem, indem es Zuwanderer ins Land holt.“ Das „Wie“ müsse die neue Bundesregierung regeln.

Peter Entinger

ANZEIGE

KOMMENTARE

Übergriffige Windkraft

DAGMAR JESTRZEMSKI

Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat beteuert, unter seiner Kanzlerschaft würden die Genehmigungsverfahren für neue Windräder nicht mehr sechs Jahre, sondern nur noch sechs Monate dauern. Dabei hat er offenbar die gesetzlichen Vorgaben der EU ausgeblendet oder er kennt sie nicht.

Aktuell verklagt die EU-Kommission Deutschland wegen jahrelanger Verstöße gegen geltendes Naturschutzrecht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Deutschland habe „eine bedeutende Anzahl von Gebieten immer noch nicht als besondere Schutzgebiete ausgewiesen“. Schutzgebiete und die Festlegung von Erhaltungszielen haben für die Kommission „hohe Priorität, insbesondere im Hinblick auf die kürzlich angenommene EU-Biodiversitätsstrategie für 2030, mit der die Durchsetzung der bestehenden EU-Umweltvorschriften verbessert werden soll“.

Hoffentlich gibt Herr Scholz demnächst Auskunft darüber, wo seiner Vorstellung nach die vielen weiteren, vorwiegend von Stadtbewohnern erwünschten Windparks entstehen sollen. In den Wäldern? Und dürfen die heutigen 250 Meter hohen Windräder noch näher an Wohnsiedlungen heranrücken? Werden diejenigen Gemeinden, in denen die Lebensqualität von Hunderttausenden Bürgern durch Windparks bereits elementar beschädigt ist, bis zum Anschlag mit den Monstern (wie man sie dort nennt) zugebaut werden?

Typischerweise entstehen nämlich dort, wo Windräder genehmigt wurden und ein gewisser Personenkreis davon profitiert, binnen Kurzem weitere Windräder, und ältere, kleinere sollen durch neue, höhere ersetzt werden. So in der Gemeinde Borchen, Kreis Paderborn. Schon 52 Windräder sind dort in Betrieb, fast nochmal so viele sind genehmigt oder beantragt. Logischerweise zerrüttet das Geschäftsmodell „Windpark“ die örtlichen Gemeinschaften und hat ein weiteres, tiefgreifendes gesellschaftliches Problem hervorgebracht, das aber von den tonangebenden Medien aus Gründen der Opportunität wie ein heißes Eisen angefasst wird.

Enteignung droht

RENÉ NEHRING

„Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“ Mit diesen klaren und unmissverständlichen Worten schützt das Grundgesetz seit über siebzig Jahren das Privateigentum der Deutschen. Zumindest bislang.

Denn während des „Kanzler-Triells“ am vergangenen Sonntagabend bei RTL erneuerte die Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock ihre Forderung nach einer „Solarpflicht“ für jedes neue Dach, um den Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien weiter vorantreiben zu können. Damit droht künftigen Bauherren – zunächst bei Neubauten, aber womöglich auch schon bald im Bestand –, dass sie ihre Dächer für die Installation von Photovoltaikanlagen oder Sonnenkollektoren zur Verfügung stellen müssen.

Dass Baerbock keineswegs allein ist, zeigen Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, der unlängst inmitten des Sommerlochs in einem Interview erklärte, dass er sich eine „Duldungspflicht“ für Solaranlagen auf privaten Immobilien vorstellen könne. „Im Falle der Duldungspflicht“, so der Minister, „hätten Dritte, wie zum Beispiel die Kommune, die Möglichkeit, gegen eine angemessene Beteiligung des Eigentümers am Erlös, auf eigene Kosten Solaranlagen zu installieren.“

Auch wenn sich Altmaiers Vorschlag durch die angedachte Beteiligung der Eigentümer an den Erlösen vielleicht weniger bedenklich anhört als die Forderung Baerbocks, bedeutet auch diese Idee eine faktische – zumindest partielle – Enteigung der Immobilienbesitzer. Denn zum Kern des Eigentums gehört, dass die Eigner über ihr Hab und Gut frei verfügen können. Wenn jedoch Häuslebauer vom Staat gesagt bekommen, was sie neben den Ziegeln noch alles auf ihren Dächern zu installieren haben, dann ist ihnen die freie Verfügung über ihr Eigentum entzogen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der militärischen NATO-Niederlage wird wohl eine weitere folgen: Der letzte GI verlässt Afghanistan *Foto: action press*

KOLUMNE

Es geht auch ohne Staat

FLORIAN STUMFALL

Großereignisse wie ein neues Virus oder aber ein Abzug der NATO aus Afghanistan haben gleichermaßen eine erstaunliche Folge: Die Zahl der Fachleute in Deutschland erhöht sich sofort in explosionsartiger Weise ums x-fache. Während sich aber die Gesundheitsexpertisen allmählich zu Tode gelaufen haben, stehen aus aktuellem Anlass die Kenntnisse all dessen, was man in Afghanistan falsch gemacht hat und richtig hätte machen müssen, ganz oben. Der Unterhaltungswert der Experten aber besteht darin, dass sie selten untereinander einer Meinung sind.

Derzeit haben die Interventionisten die schlechteren Karten. Das sind die Leute, welche die Auffassung vertreten, dass der Westen im Besitz des Weltethos und verpflichtet sei, unter diesem Banner Demokratie und Freiheit in den letzten Winkel der Erde zu tragen, wenn es sein muss, auch mit sanftem Druck, also mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern. Doch zwanzig Jahre Krieg in Afghanistan und vor allem die Ergebnisse aus diesen Bemühungen können leider nicht als Bestätigung der ursprünglichen Arbeitshypothese angesehen werden.

Auf der anderen Seite stehen nun die Staatstheoretiker, welche die Art und Weise diskutieren, wie denn in Hinkunft Afghanistan als Staat zu ordnen und zu führen sei. Sie verzichten auf Waffengewalt, glauben aber doch an das lockende Beispiel, das der Westen aller Welt bietet. Eine andere Sicht der Dinge, wahrhaftig!

Doch beide Sorten von Fachleuten erliegen einem Irrtum, der etwas tiefer angesiedelt ist. In Europa hat sich seit dem Römischen Reich, dann dem römisch-deutschen Kaisertum des Mittelalters und außerordentlich verstärkt durch die Aufklärung die Einstellung festgesetzt, dass alles Zusammenleben der Menschen ab einer gewissen Größenordnung staatlichen Charakter tragen müsse und trage. Diese Überzeugung ist allgemein, sie wird nicht in Zweifel gezogen, noch muss sie begründet werden, denn sie ist von axiomatischer Art. Sie ist a priori, würde Kant sagen.

Comanchen

Trotzdem ist sie ein Irrtum. Denn es gab und gibt nicht nur einzelne Individuen, sondern ebenso ganze Völker, die nie einen Staat gebildet haben. Zu den nicht-staatenbildenden Kulturen gehören zunächst alle der primitivsten Epochen. Doch auch bereits entwickelte Völker gründen nicht zwangsläufig Staaten, etwa die Prärie-Indianer Nordamerikas. So waren die Comanchen, die dennoch die Eroberung weiter Teile der USA durch die Spanier und dann der Franzosen verhinderten und dem Ausgreifen der US-Amerikaner sechzig Jahre entgegenstanden, nichts anderes als herumziehende Horden in lockerem kulturellen Zusammenhalt. Nichts lag ihnen ferner, als einen Staat zu gründen.

Von den bisher genannten Volksgruppen war oder ist keine sesshaft. Diese Erscheinung ist so eindrücklich, dass sie eine Verallgemeinerung erlaubt: Eine unabdingbare Voraussetzung für die Bildung von Staaten ist die Sesshaftigkeit. Dafür stehen, um in Amerika zu bleiben, die Indio-Hochkulturen Mittel- und Südamerikas.

> Der Staat ist weder Selbstzweck noch alternativlos. Es gibt auf der Welt noch andere Ordnungsformen

Aber führt die Sesshaftigkeit denn auch zwangsläufig zur Bildung von Staaten? Das ist keineswegs der Fall. So gibt es in Afrika die große Zahl von Bantu-Kulturen, die zwar seit Jahrhunderten sesshaft lebten, aber von sich aus nie einen Staat gegründet haben. Zwar gab es auch in der vorkolonialen Zeit Reiche von teils erheblicher Ausdehnung, aber diesen fehlte der abstrakt-politische Charakter eines Staates; sie wurden patriarchalisch, nicht politisch gebildet und geführt. Sie stellten eine übergroße Sippen-Macht dar, keine Idee mit selbständiger Doktrin.

David Livingstone schrieb in seinen Erinnerungen aus den Jahren 1849 bis 1856: „Ein Mann mit mehr Tatkraft oder Ehrgeiz als seine Landsleute steht auf und erobert ein großes Gebiet; sobald er aber stirbt, stürzt das errichtete Gebäude wieder ein, und seine Schreckensregierung hat ein Ende.“ Dieses und der Mangel an Bildung hat die Gründung eines großen Staates im Inneren Afrikas verhindert. Was Livingstones Analyse heute bestätigt, ist der weitgehende Zerfall vieler afrikanischer Staaten seit der Entkolonialisierung.

Bantu-Kulturen

In diesem, einem rechtlichen Sinne, besteht ein Staat aus Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk. Wendet man das auf Afghanistan an, so stellt man fest, dass es zwar ein definiertes Staatsgebiet gibt, doch weder früher noch heute und auf absehbare Zeit eine einheitliche Staatsgewalt, und vor allem handelt es sich bei den Bewohnern des Landes zwar formalrechtlich um ein Volk, aber nicht kulturell. In dem Land werden 49 Sprachen gesprochen. Der formalrechtliche Aspekt ist einem Großteil Paschtunen, der iranischen Tadschiken und Hazara oder der arabischstämmigen Sayyid und mongolischen Einsprengsel völlig gleichgültig. Sie alle sind zuerst Angehörige ihrer Volksgruppe, und ein abstrakter Staatsbegriff von Afghanistan ist ihnen fremd.

Demgemäß ist die Vorstellung eines Zentralstaates, der von Kabul aus regiert wird, überaus schwer zu verwirklichen. Die angemessene Form, Herrschaftsgewalt auszuüben, dürfte im Sinne derer, die zwanzig Jahre um ihre Freiheit gekämpft haben, die traditionelle Aufteilung der Macht unter den verschiedenen Stammesführern sein, man mag auch von einem lockeren Zusammenhalt der verschiedenen Gruppen unter einer Führung sprechen, die ihre Macht aus der Zustimmung der Stammesführer ableitet. Zwar gab es im 18. Jahrhundert das Königreich des Ahmad Schah Durrani, doch das war rein paschtunisch. Dieser Merksatz gilt nicht nur für Afghanistan, sondern auch für die europäischen Staaten: Je mehr verschiedene Völker unter einen Hut gebracht werden müssen, umso schwieriger wird es.

Die militärisch geschlagenen NATO-Staaten werden nach dieser Niederlage wahrscheinlich auch noch eine andere erleiden müssen, die in der Einsicht bestehen dürfte, dass es auf der Welt noch andere Ordnungsformen gibt als die eigene. Hand in Hand damit geht die Fähigkeit, einen der eigenen Tradition entsprechenden geistigen und ethischen Rahmen zu setzen. Denn der Staat ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Schutz seiner Bürger und der Bewahrung ihrer Kultur.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Im Weinberg des Paten

Ein Angebot, das man nicht ausschlagen kann – Das ZDF wagt sich an das riskante Genre des Mafia-Thrillers

VON ANNE MARTIN

FOTO: ZDF, GOOD FRIENDS FILMPRODUKTIONS GMBH/OLIVER OPPITZ

Dunkle Geschäfte: Mafioso Sorrentino (Fabrizio Romagnoli) verhandelt mit dem Südtiroler Winzer DeCanin (Tobias Moretti, r.)

Die ersten Szenen zeigen eine Idylle, von einer sanften Sonne beschienen. Ein Winzer und seine erwachsene Tochter schlendern durch Reihen voller Rebstöcke, die Trauben hängen dicht an dicht, die junge Frau dreht prüfend eine Frucht zwischen den Fingern. „Die Schale hat die richtige Konsistenz, die Kerne sind gut vom Fruchtfleisch gelöst, vielleicht noch eine Woche, dann ist der Wein reif zum Ernten," befindet sie, und der Vater lächelt stolz: Kann es etwas Friedlicheres geben als einen Inspektionsgang durch die Weinberge Südtirols?

Der Weingutbesitzer Matteo DeCanin (Tobias Moretti) klopft Laura, seine Tochter im Film wie im Leben (Antonia Moretti), anerkennend auf die Schulter – die nächste Generation steht vielversprechend am Start. Nur die düstere Hintergrundmusik irritiert, genauso wie der Mann, der mit dem Fernglas auf einer Anhöhe stehend das Weingut fokussiert. Und erinnert der rote Wein, der sich im Vorspann so üppig über die Bildtotale ergießt, nicht fatal an Blut?

Selten gelang es so überzeugend, das Einsickern des Bösen zu zeigen wie in dem Zweiteiler „Im Netz der Camorra", der am 6. und 7. September um 20.15 Uhr im ZDF läuft. Die Filmmusik schafft eine Atmosphäre wachsender Beklemmung, Hauptdarsteller Moretti gibt glaubhaft den gestandenen Unternehmer, der seine exquisiten Tropfen in fließendem Italienisch anpreist. Aber in den tiefen Furchen seines Gesichts, in den flackernden grünen Augen, scheinen auch andere Erfahrungen zu nisten.

Und dann die Ehefrau, gespielt von Ursina Lardi, die anfangs so glücklich ist, dass ihr dieser erfolgreiche Partner mit dem Weingut und der Vinothek einen neuen Lebenssinn eröffnet hat. Arglos bietet sie einem einsilbigen Gast, der ihre Vinothek betritt, eine Gratis-Verkostung an. Nur den ganz exklusiven Tropfen, den zu knapp 3000 Euro die Flasche, den habe man leider nicht im Ausschank.

Die Grenze, die sie in dieser Szene noch arglos aufzeigt, wird wenig später eingerissen. Genauso wie ihr gutbürgerliches, eingerichtetes Leben, das nach und nach von einem furchtbaren Verdacht überschattet wird. Denn der Mann, mit dem sie zusammenlebt, scheint ein düsteres Geheimnis zu haben. Am Schluss wird sie eine Flinte in der Hand halten, verängstigt, aber zu allem entschlossen.

„Im klassischen Mafiafilm sind Frauen oft kochendes oder leidendes Beiwerk," so Regisseur Andreas Prochaska, „meine Frauenfiguren sollen mehr sein als Kollateralschäden männlichen Handelns."

Mafiafilme haben eine lange Tradition. Stilbildend in den 70er Jahren war Francis Ford Coppolas „Der Pate" mit Marlon Brando in der Hauptrolle, später dann gefolgt von zwei Fortsetzungen sowie von Genre-Filmen wie Martin Scorceses „GoodFellas" und „Casino". Dass allerdings ein im deutschsprachigen Raum gedrehter Mafia-Film derart packt, ist die Ausnahme. Es mag an dem Kontrast zwischen den idyllischen Weinbergen und dem Einbruch des Verbrechens liegen, vor allem aber am kongenialen Zusammenspiel von Regie, Kamera und Musik.

Regisseur Prochaska machte vor einigen Jahren mit dem düsteren Western „Das finstere Tal" auf sich aufmerksam, in dem sein Hauptdarsteller Sam Riley an den Mördern seiner Familie eine späte Rache nimmt. Diesmal ist es umgekehrt: Nicht der Gute bringt die Bösen zu Fall, sondern die Bösen überziehen das zweite Leben des Matteo DeCanin mit einem Netz aus Drohung und Erpressung.

Dieser steht vor der Entscheidung: Entweder er spielt mit und geht auf die absurden Forderungen des Weinpanschens ein, mit dem die Mafiosi im großen Stil Geld machen wollen – oder seine Familie, die von seiner kriminellen Vergangenheit nichts weiß, ist in Gefahr. „Wenn es nicht funktioniert, wird es mir eine Freude sein, deine Frau und deine Tochter zu töten," sagt der Anführer des Clans (Fabrizio Romagnoli) und lässt keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit.

Spätestens jetzt wird der Thriller zum Drama. Der Mann, der sein kriminelles Vorleben endgültig hinter sich lassen wollte, wird von seiner Vergangenheit eingeholt. Wie Moretti diesen Zwiespalt darstellt, ohne in das Klischee des eiskalten Killers zu verfallen, ist sehenswert. Der Schauspieler über die Arbeitsweise seines Regisseurs: „Er dreht Dialoge nicht in kleinen Schritten, sondern in großen Bögen. Vielleicht haben die Szenen deshalb diesen drängenden Atem. Mir kommt es manchmal so vor, als würde ich durch ein 50-Meter-Becken schwimmen und wüsste nicht, ob die Luft reicht."

Zwischen den Fronten agiert der Gendarm Adrin Erlacher (Harald Windisch), der im Alleingang eine von einer Kugel getroffene und ebenfalls in die Machenschaften der Mafia involvierte Afrikanerin in Sicherheit bringt. Auch er steht deshalb auf der Todesliste, aber ausgerechnet er wird derjenige sein, der dem Weingutbesitzer eine goldene Brücke zurück in sein bürgerliches Leben baut.

Die Mafia, so untersuchte die ZDF-Dokumentation „Alte Clans, neue Methoden" erst Ende August, wurde in den letzten Jahren keineswegs zurückgedrängt, sondern hat von der aktuellen Pandemie sogar profitiert. Wo landauf, landab die Läden geschlossen wurden und Menschen in wirtschaftliche Not gerieten, sahen die Mafiosi ihre Chance. Sie vergaben private Kredite, brachten in Italien große Teile der Gemüseernte unter ihre Kon-trolle. Bisher wähnte man den Einfluss der großen Clans ausschließlich im Süden Italiens – in Sizilien etwa die Cosa Nostra, in den Provinzen Neapel und Kampanien die Camorra. Bis in die Berghänge Südtirols, da, wo Wein und Wasser fließen, schienen ihre Verbindungen nicht zu reichen.

Der ZDF-Thriller zeigt nun, wie die moderne Mafia immer tiefer in die scheinbar heile Welt bürgerlichen Wohlstands eingedrungen ist. Und so mischt sich in den teuren Rotwein des Weingutes DeCanin das bittere Gift latenter Gefährdung.

AUSSTELLUNG

Zoppot ist eine Reise wert

Westpreußen als beliebtes Urlaubsziel – Ausstellung in Warendorf über Reisen damals und heute

Wer sich früher auf eine Reise in weiter entfernte Gebiete begab, hatte einen genau festgelegten Grund dafür, wenn dieser nicht gar von außen vorgegeben war. Im Mittelalter suchten Pilger ihr Seelenheil – sie wollten am Wallfahrtsort ihre Sünden vergeben bekommen. Adelige wollten auf Kreuzzügen in Osteuropa ihren Ruhm und ihr Ansehen vermehren. Die Hansekaufleute wollten den sprichwörtlichen Rubel rollen lassen. Entdecker und später Wissenschaftler wollten unbekannte Länder und Kontinente kennenlernen.

Die verschiedenen Arten des Reisens vom Kreuzzug bis zum modernen Massentourismus beleuchtet noch bis zum 17. Oktober das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf mit seiner Sonderausstellung „Die schönsten Wochen des Jahres Reise(n) einst und jetzt". Dass die Schau ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die Pandemie einem das Reisen verhagelt und man zu Hause ausharren muss, läuft, macht sie umso interessanter. Denn an Reisen erinnert man sich immer gerne.

Das wohlhabende Bürgertum entdeckte als erstes den Urlaub und damit das „Reisen um des Reisens willen" – der Grundstein für den heutigen Massentourismus war damit gelegt. In Deutschland waren bis zum Zweiten Weltkrieg besonders die ehemalige preußische Provinz Westpreußen im 19. und 20. Jahrhundert in Mode. Bädertouristen zog es an die Seebäder an der Ostsee, Kunst- und Kulturbeflissene in die alten Hansestädte Danzig und Thorn oder die historischen Baudenkmäler des Deutschen Ordens, während die Naturfreunde die wald- und seenreiche Kaschubei aufsuchten.

FOTO: WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM.

Touristenwerbung für Danzig Zoppot: Farbdruck von Bruno Paetsch (1930er Jahre)

Die Sonderausstellung ist eher unspektakulär angelegt. Historische Plakate zeigen beispielsweise, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts für bestimmte Reiseziele geworben wurde. In heutigen Reisekatalogen ist Westpreußen zwar nicht explizit vertreten. In der Ausstellung sollen Farbfotos aber einen Eindruck davon vermitteln, welche Schönheiten Westpreußen auch heute noch zu bieten hat.

Ein Raum reicht für die Ausstellung. Der Übergang von der Dauer- zur Sonderausstellung ist fließend – der Besucher muss also schon aufpassen, um beide auseinanderzuhalten. *Andreas Rüdig*

Westpreußisches Landesmuseum
Klosterstraße 21, Warendorf, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 4 Euro. www.westpreussisches-landesmuseum.de und www.mags.nrw

● MELDUNGEN

Neues Märchen von Lenz

Hamburg – Von dem 2014 verstorbenen ostpreußischen Schriftsteller Siegfried Lenz wurde im Nachlass ein Märchen entdeckt, das jetzt der Hoffmann und Campe Verlag unter dem Titel „Florian, der Karpfen" veröffentlicht hat (80 Seiten, 15 Euro). Der Text wurde 1953 erstmals im Kinderfunk des NWDR Hamburg ausgestrahlt. *tws*

Händel ist wieder zurück

Göttingen – Nach zwei pandemiebedingten Verschiebungen finden die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen nun vom 9. bis 19. September statt. Im Mittelpunkt stehen fünf Aufführungen der Händel-Oper „Rodelinda", eine konzertante Aufführung von „Ariodante" und die Jubiläumsgala am 15. und 16. September. Programm und Karten unter: www.hndl.de *tws*

„LONG BEACH“

Der erste Atomkreuzer

Die „Long Beach“ war nicht nur der erste Atomkreuzer, sondern überhaupt das erste nuklear getriebene Überwasserkriegsschiff der Welt. Mit der durch den Antrieb bedingten großen Reichweite schien das Schiff prädestiniert zum Atomwaffenträger. Allein und unbemerkt sollte es mit Interkontinentalraketen vom Typ „Polaris“ als schwimmende Abschussrampe über die Weltmeere schippern.

Um genügend Platz zur Lagerung der Raketen zu haben, fiel der Lenkwaffenkreuzer mit 220 Metern recht lang aus, sodass der Rumpf bei nur 21,8 Metern Breite ziemlich grazil wirkt. Alles andere als gedrungen sieht die „Long Beach“ auch wegen ihrer hohen Aufbauten aus. Zum Zeitpunkt ihrer Indienststellung vor 60 Jahren, am

FOTO: U.S. FEDERAL GOVERNMENT

Lenkwaffenkreuzer „Long Beach“

9. September 1961, gab es bei der US Navy nur noch bei den Flugzeugträgern derart hohe Brücken. Die Ursache liegt im sonst nur noch beim Flugzeugträger „Enterprise“ verwendeten Hochleistungs-Radarsystem, das nicht mit drehenden, konventionellen, sondern mit großen, blanken Flächenantennen arbeitete. Um den Schwerpunkt nicht zu hoch geraten zu lassen mit all den daraus resultierenden negativen Wirkungen auf die Stabilität, wurden rund 450 Tonnen des vergleichsweise leichten Aluminiums verarbeitet.

Wie bei diesem Radarsystem wurden auch ansonsten bei der „Long Beach“ keine Mühen und Kosten gescheut, die Selbstverteidigungs- und damit Überlebensfähigkeit zu stärken. Das Schiff war vollgestopft mit modernsten Verteidigungswaffen, hatte es doch nur das eine, aber dafür strategisch wichtige Ziel, so lange wie möglich als Abschussbasis für einen atomaren Schlag zur Verfügung zu stehen.

Schließlich doch nicht mit Atomwaffen ausgerüstet, musste für die „Long Beach“ eine neue Verwendung gefunden werden. Einseitig mit Verteidigungswaffen ausgestattet, bot sich die Verwendung in einem arbeitsteiligen Verband an. Sie wurde der Atlantikflotte zugeteilt. Um die Vorteile des Nuklearantriebs optimal nutzen zu können, vereinigte die US Navy die „Long Beach“ 1964 mit der „Enterprise“, der „Bainbridge“ und der „Seawolf“ zur ersten nuklear getriebenen Einsatzverband der Welt.

Nach einer Nachrüstung mit Angriffswaffen war die „Long Beach“ auch alleine sinnvoll einsetzbar. Im Vietnamkrieg nutzten die US-Amerikaner ihre überlegene Radar- und Raketentechnik. Insbesondere im Golf von Tonkin wurde sie zur Radarüberwachung und Flugzeugleitung eingesetzt. 1968 gelang ihr als erstem US-Schiff der Abschuss feindlicher Flugzeuge mittels Lenkwaffen.

Den letzten Kriegseinsatz gab es 1991, als die „Long Beach“ die US-Operation „Desert Storm“ unterstützte. Es folgte nach einer erneuten Überholung bis zur Außerdienststellung im Jahre 1995 eine Verwendung in der Bekämpfung des Drogenschmuggels. *M.R.*

ENTSPANNUNGSPOLITIK

Humanitäre Erleichterungen statt grundsätzlicher Lösung

Vor 50 Jahren unterzeichneten die Botschafter der vier Sieger- und Besatzungsmächte das Viermächteabkommen über Berlin

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das nach dem Zweiten Weltkrieg geteilte Berlin war einer der Brennpunkte des Kalten Krieges. Sein umkämpfter Sonderstatus führte immer wieder zu Kontroversen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich, die hier genauso präsent sein wollten wie der einstige Alliierte, in dessen Besatzungszone die Stadt nun lag. Daraus resultierten drei große Krisen: die durch die sowjetische Blockade der Westsektoren Berlins ausgelöste Erste Berlin-Krise, in der die Westalliierten mit einer großangelegten Luftbrücke reagierten, die Zweite Berlin-Krise aufgrund des Chruschtschow-Ultimatums, das den Rückzug der Westmächte aus ganz Berlin forderte, und die physische Teilung der Stadt durch den Mauerbau, die noch deutlicher machte, dass der Eiserne Vorhang mitten durch Berlin verlief. Parallel hierzu kam es zu ständigen Schikanen und Behinderungen auf den Transitwegen durch die DDR.

Bürgermeister Klaus Schütz’ drei Z

Ende der 1960er Jahre war der Regierung in Moskau allerdings klar geworden, dass sie mit ihrer bisherigen auf Konfrontation angelegten Berlinpolitik keinen Fortschritt auf dem Gebiet der Entspannung bewirken konnte, von einer Anerkennung ihres deutschen Satellitenstaates DDR und der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durch die Westmächte und die Bundesrepublik ganz zu schweigen. Daher zeigte sich der Kreml aufgeschlossen, als er 1969 mit dem Vorschlag konfrontiert wurde, über den künftigen Status von Berlin sowie die sogenannten drei Z, eine Begriffsschöpfung für die wesentlichsten Problemkomplexe durch den damaligen Berliner Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, zu verhandeln. Beim ersten Z ging es um die völkerrechtliche Zuordnung von West-Berlin zur Bundesrepublik, beim zweiten um den Zugang nach West-Berlin vom Territorium der Bundesrepublik aus und beim dritten um den Zutritt der Einwohner von West-Berlin zur DDR.

> Dem Erfolg einer Entspannung des Klimas zwischen den Blöcken stand der Misserfolg gegenüber, in der eigentlichen Kernfrage des endgültigen Status von Berlin keine Einigung erzielt zu haben

Bezüglich des ersten Z existierten bereits enge Bindungen zwischen den Berliner Westsektoren und der Bundesrepublik, aber aufgrund der alliierten Oberhoheit über die Stadt war völlig unklar beziehungsweise umstritten, was vor dem Hintergrund dieser Bindungen alles möglich sein könnte und was nicht. Und hinsichtlich der beiden anderen Z standen Erleichterungen im Transit zwischen dem Bundesgebiet und dem abgeriegelten „Schaufenster des Westens“ inmitten der DDR sowie im Alltagsleben der West-Berliner im Vordergrund.

Ergebnis von 152 Konferenzstunden

Die diesbezüglichen Verhandlungen begannen am 26. März 1970 im ehemaligen Gebäude des Alliierten Kontrollrates am Heinrich-von-Kleist-Park in Berlin-Schöneberg, in dem einst das Preußische Kammergericht getagt hatte und heute das Berliner Kammergericht sitzt. Die Gespräche verliefen zunächst eher stockend. Erst als die Bundesrepublik erklärte, dass sie den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 zwischen ihr und der UdSSR einschließlich der Zugeständnisse hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie nur bei einer Lösung der Berlin-Problematik ratifizieren werde, kam schließlich Bewegung in die Gespräche. An deren Ende stand nach insgesamt 152 Konferenzstunden am 3. September 1971 die Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Berlin durch die Botschafter Frankreichs, der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA.

In ihm verpflichteten sich die vier Mächte, ihre Streitigkeiten rund um Berlin „ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen“ und die bestehende Situation „nicht einseitig“ zu verändern. Das schloss ein, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“. Dabei berücksichtigten die vertragsschließenden Seiten, „dass diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“. Deshalb waren beispielsweise Zusammenkünfte von Verfassungsorganen Westdeutschlands wie dem Bundestag oder dem Bundesrat in West-Berlin untersagt. Die Sowjetunion garantierte, „dass der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik ohne Behinderungen sein wird“. „Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins“ erhielten nun das verbriefte Recht, „aus humanitären, familiären, religiösen, kulturellen oder kommerziellen Gründen oder als Touristen“ nach Ost-Berlin und innerhalb der DDR zu reisen.

Modus vivendi bis zur Vereinigung

Mit dem Viermächteabkommen erreichte die UdSSR ihr Ziel der faktischen Anerkennung der DDR durch die anderen Siegermächte und die Bundesrepublik, was anschließend eine weitere Ausgestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen ermöglichte. Dafür musste Moskau der anhaltenden Präsenz der Westalliierten im Westteil Berlins zustimmen.

Die im August 1971 getroffenen Abmachungen traten am 3. Juni 1972 mit der Unterzeichnung des Viermächte-Schlussprotokolls durch die Außenminister der Besatzungsmächte in Kraft. Sie galten danach trotz immer wieder aufkommender Differenzen über ihre konkrete Auslegung bis zur Beendigung von Teilung und Besatzungsherrschaft in Deutschland am 3. Oktober 1990.

Das Viermächteabkommen über Berlin diente 1971 als Testfall, ob eine allgemeine Entspannungspolitik zwischen Ost und West auch unter den Bedingungen des Kalten Krieges möglich war. Das konnte bejaht werden, obwohl in der eigentlichen Kernfrage des endgültigen Status von Berlin keine Einigung zustande kam.

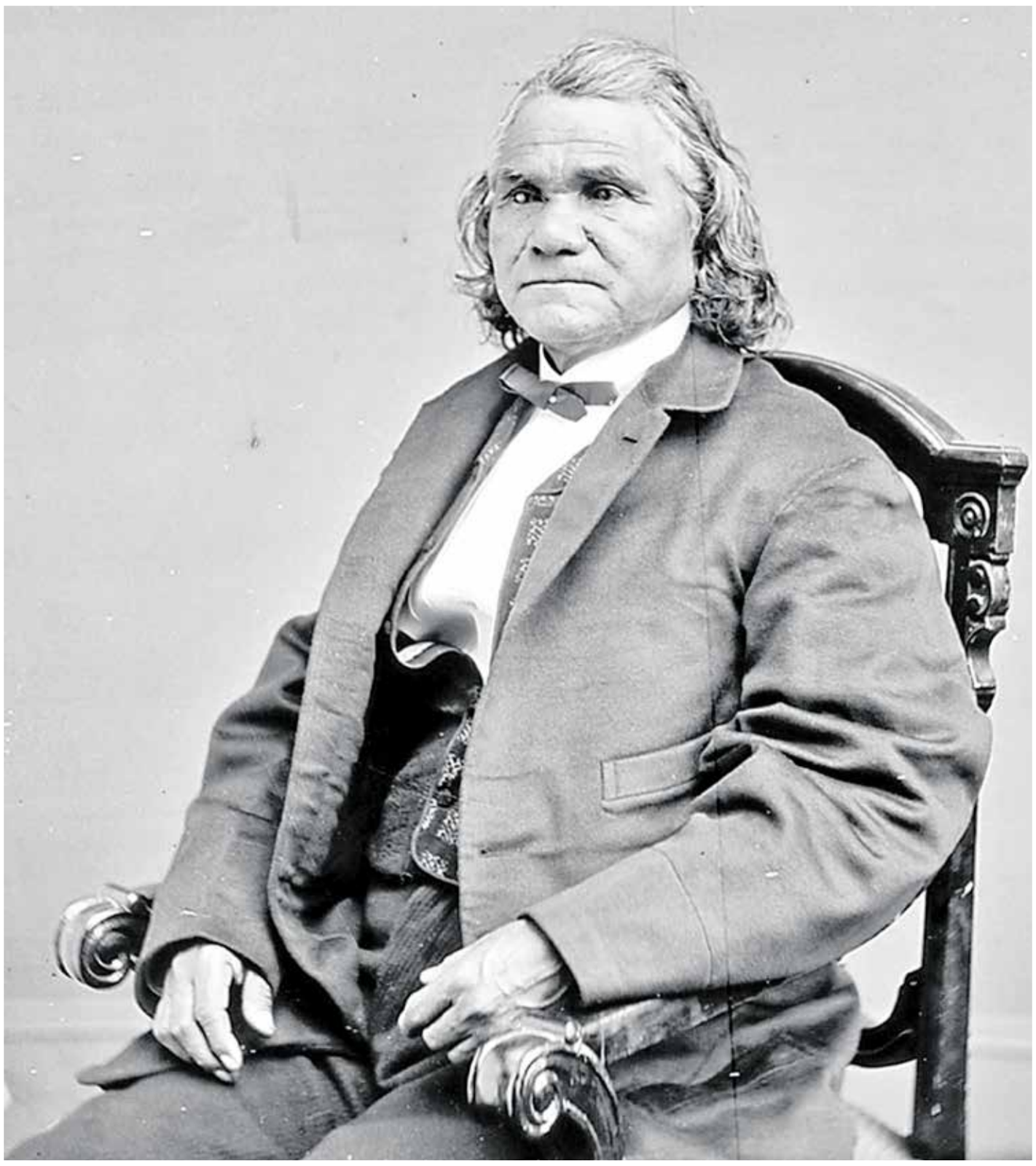
Am 3. September 1971 im ehemaligen Gebäude des Alliierten Kontrollrates in Berlin-Schöneberg: Die Botschafter Frankreichs, Jean Sauvagnargues, Großbritanniens, Sir Roger Jackling, der Sowjetunion, Pjotr Abrassimow und der USA, Kenneth Rush, unterzeichnen das Viermächteabkommen (v.l.) *Foto: Ullstein*

STAND WATIE

Der Häuptling der Cherokee schrieb gleich in doppelter Hinsicht Geschichte

Zum einen war der Indianer der erste nichtweiße General Amerikas. Zum anderen war er im Amerikanischen Bürgerkrieg der letzte Truppenführer der konföderierten Streitkräfte, der kapitulierte

VON KLAUS GRÖBIG



Letztlich fiel auch sein Denkmal dem Bildersturm zum Opfer: Stand Watie *Foto: Wikimedia*

Der amerikanische General Stand Watie gehörte dem Indianerstamm der Cherokee an. Er schloss sich, wie die meisten seiner Stammesangehörigen, der Südstaatenarmee an. Obwohl sich bis heute die Legende hält, US-Präsident Abraham Lincoln hätte sich für Bürgerrechte und Minderheiten eingesetzt und die Sklaverei abgeschafft, traten viele Indianerstämme der Confederate States Army (CSA) bei.

Tatsächlich stellten die Nordstaaten sogar während des Bürgerkrieges Truppen ab, um Indianerstämme zu dezimieren. Während und obwohl an der Front in Virginia jeder Mann gebraucht wurde, setzten die Blauröcke im Westen die Ausrottung der Indianer fort. So fielen die Nordstaatler am 29. Januar 1863 im Bundesstaat Idaho über ein Lager der Schoschonen her. 246 Tote lautete die Bilanz. Dazu kamen noch zahlreiche vergewaltigte Frauen. Diese Untat ist als Massaker am Bear River bekannt. Die Presse in den Nordstaaten behauptete, die Indianer seien eine Art Fünfte Kolonne der Südstaaten.

Verfolgung durch die U.S. Army

Im Herbst 1862 hatten die Sioux ihre Reservate verlassen, weil die Lincoln-Regierung die bisherigen Lebensmittellieferungen verzögert bezeihungsweise eingestellt hatte. Der Versuch der Ureinwohner, die Siedler zu vertreiben, gelang am Anfang. Häuptling Little Crow hatte befürchtet, dass der Aufstand scheitern würde und war dafür, Hunger und Demütigungen hinzunehmen. Die jungen Krieger hörten aber nicht auf ihn.

Dann beorderte US-Präsident Lincoln General John Pope mit seiner Truppe nach Minnesota. Die Unionstruppen waren zuvor von General Robert E. Lee in der Sieben-Tage-Schlacht in Virginia schwer geschlagen worden. An den schlecht bewaffneten Indianern hielten sie sich nun schadlos. Rund 300 Todesurteile wurden ausgesprochen. Die meisten Verurteilten wurden von Lincoln begnadigt, doch 38 Sioux wurden am 26. Dezember 1862 erhängt. Tausende Schaulustige waren herbeigeströmt, um der Exekution beizuwohnen.

Noch während des Bürgerkrieges wurden Vernichtungsfeldzüge gegen die Navajos in Arizona und die Cheyenne in Colorado durchgeführt. Die Reste der Navajos kapitulierten im Winter 1864 und wurden in Reservate abgeführt. US-General William T. Sherman machte aus seiner Gesinnung kein Geheimnis: „Indianer und Rebellen haben keinerlei Rechte, nicht einmal das Recht zu leben, es sei denn wir erlauben es ihnen.“ Einer seiner Untergebenen, der Kavalleriegeneral George A. Custer, drückte es so aus: „Die Rebellen gehören, ebenso wie die Indianer, alle ausgerottet.“ Derartige Aktionen und Aussprüche ließen sich nicht geheimhalten, und so wussten die Indianer, was sie zu erwarten hatten, falls die Nordstaaten siegen würden. Und tatsächlich folgten später Shermans und Custers Worten Taten in dieser Richtung.

Während die immerhin rund 179.000 Schwarzen in der Nordstaatenarmee als Fußvolk weißen Offizieren folgten, konnten die Indianer in der Südstaatenarmee durchaus zu Offizieren und, wie man bei Watie sehen kann, sogar bis zum General aufsteigen. Angehörige der Cherokee, der Chichasaw und der Choctaw ermöglichten es General Lee seine Kräfte in Virginia und an den anderen Hauptkampfpunkten zu konzentrieren, weil die Indianer im Westen und im Indianerterritorium, dem heutigen Bundesstaat Oklahoma, als Teil der konföderierten Army of the Trans-Mississippi ihm die die Unionsarmee auf Distanz hielten.

> „Indianer und Rebellen haben keinerlei Rechte, nicht einmal das Recht zu leben, es sei denn wir erlauben es ihnen“
>
> **William T. Sherman**
> General der Nordstaatenarmee

Die USA zwangen ihn zum Rücktritt

Watie hatte erlebt, wie sein Stamm aus seinem ursprünglichen Siedlungsgebiet im Norden von Georgia vertrieben wurde, nachdem dort Gold gefunden worden war. Er hatte auf einer Missionsschule schreiben und lesen gelernt und arbeitete bei der ersten Indianerzeitung, dem „Cherokee Phoenix“, mit, bei der auch sein älterer Bruder Elias als Redakteur arbeitete. Auf dem Zug vom Norden Georgias nach dem heutigen Oklahoma starben auf dem „Pfad der Tränen“ (Trail of Tears) von 15.000 Cherokee 4000. Auch die meisten von Waties Familienangehörigen fanden dabei den Tod.

Watie besaß außerordentliche militärische Fähigkeiten, obwohl er keine entsprechende Ausbildung genossen hatte. Sein Regiment galt als besonders diszipliniert. Überraschende, überfallartige Vorstöße nach Art der „Hit and Run“-Taktik waren seine Spezialität. Seine Kavalleristen eroberten bei einer Schlacht im Handstreich eine Artilleriebatterie des Gegners, bevor sie feuern konnte. Ein andermal konnte er sogar ein feindliches Flussschiff erobern. General Watie war mit den von ihm geführten Einheiten an zehn Schlachten beteiligt und führte später mehrere Brigaden. Veteranen der Indianersoldaten hielten bis in das 20. Jahrhundert hinein Traditionstreffen ab.

Die Regierung in Washington verlangte nach dem Ende des Bürgerkrieges Waties Rücktritt als Häuptling der Cherokee. Watie fügte sich. Er zog sich auch sonst aus dem öffentlichen Leben zurück und starb am 9. September 1871 bei Honey Creek in Oklahoma.

Opfer der Politischen Korrektheit

1907 wurde den Cherokee verboten, eine eigene Stammesregierung zu wählen. Erst Präsident Richard Nixon bewilligte ihnen wieder eine Selbstverwaltung. Der Stamm konnte sich trotz Dezimierung vergleichsweise gut behaupten. Bei einer Volkszählung im Jahre 2010 gab es 819.105 Cherokee oder Cherokee-Stämmige. 97.300 von ihnen leben im Bundesstaat Oklahoma. Der 2000 mit dem First Americans in the Arts Award ausgezeichnete Schauspieler Wes Studi, der in „Geronimo – Eine Legende“/„Geronimo: An American Legend“ die Titelrolle spielt und in „Der mit dem Wolf tanzt“/„Dances with Wolves“ immerhin eine Nebenrolle, ist Cherokee. Der Hauptdarsteller von „Der mit dem Wolf tanzt“, Kevin Costner, sowie die Schauspieler Johnny Depp, Chuck Norris und Burt Reynolds stammen ebenso wenigstens teilweise von Cherokee ab wie die Sänger Jimi Hendrix und Elvis Presley.

Im Zuge der um sich greifenden Politischen Korrektheit begann auch eine politische Neubewertung von Stand Watie. Der Häuptling Chuck Hoskin Jr. ließ das Denkmal seines Amtsvorgängers beseitigen mit der Bemerkung: „It was time for a change.“

GEDENKMÜNZE

Ehrung des Erasmus-Programms

Eigentlich ist ein 35. Jahrestag kein rundes Jubiläum. Aber zum einen ist das Erasmus-Programm ein Förderprogramm der Europäischen Union, und Werbung für die EU ist per se politisch korrekt, und zum anderen dürfte der eine oder andere unter den Initiatoren und Entscheidungsträgern in der Europäischen Kommission und der Bundesregierung selbst in seiner Jugend als Student während eines Studienaufenthalts im europäischen Ausland in den Genuss dieses Programms gekommen sein.

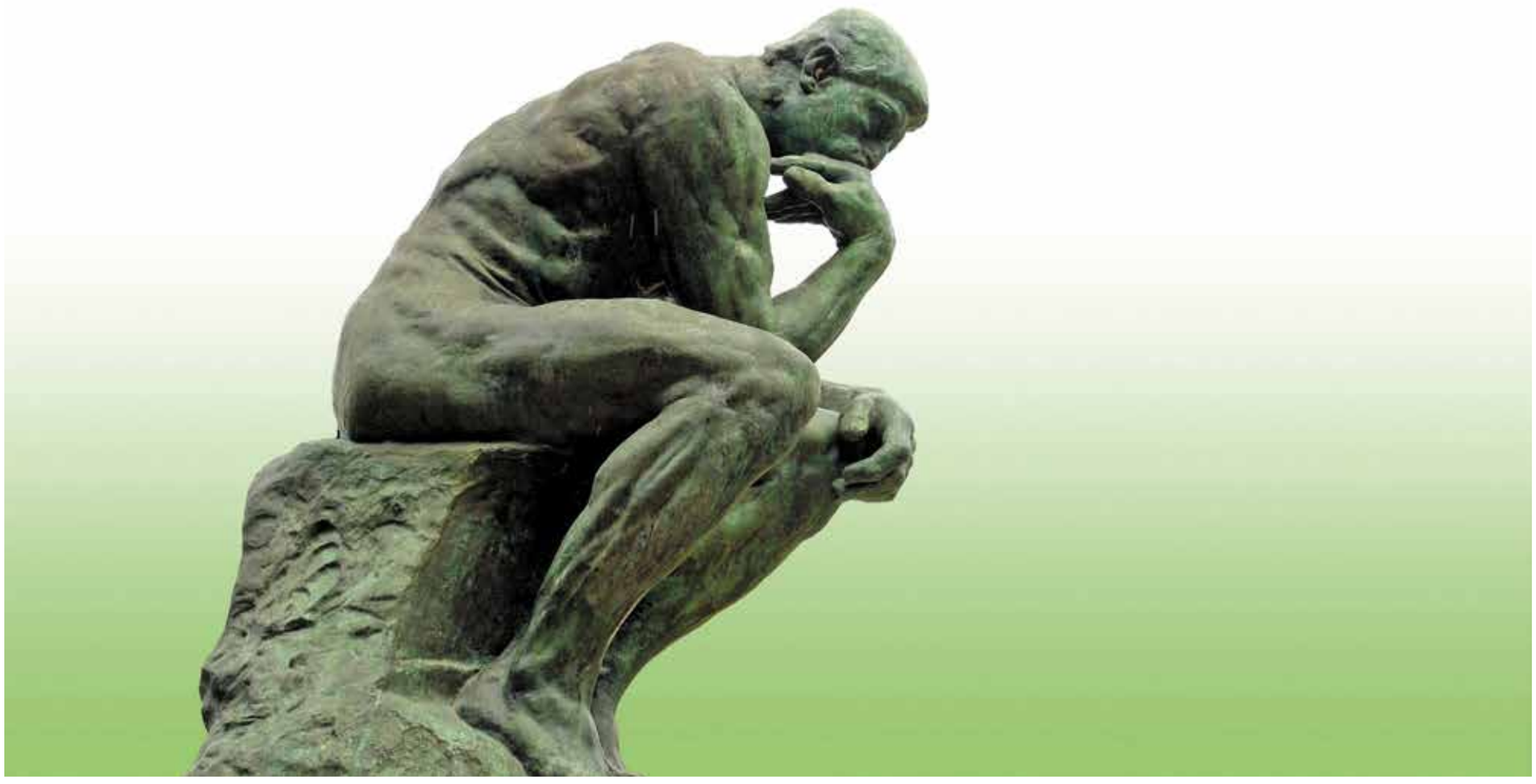
Wie dem auch sei, am 15. Juni kommenden Jahres ist es 35 Jahre her, dass der Rat der Europäischen Union das Erasmus-Programm gegründet hat. Die Idee zum weltweit größten Förderprogramm von Auslandsaufenthalten an Universitäten, dessen Name als Akronym von „*Eur*opean Community *A*ction *S*cheme for the *M*obility of *U*niversity *S*tudents“ entstand, stammte von Sofia Corradi.

Die Idee, dass zu diesem unrunden Jubiläum kommendes Jahr von allen Mitgliedstaaten der Eurozone eine motivgleiche Zwei-Euro-Gedenkmünze herausgegeben wird, stammt nicht von der italienischen Erziehungswissenschaftlerin, sondern von der Europäischen Kommission. Die Bundesregierung hat die Idee aufgegriffen und beschlossen, eine Zwei-Euro-Gedenkmünze „35 Jahre Erasmus-Programm“ prägen zu lassen und im nächsten Juli auszugeben.

Entsprechend dem von der Europäischen Kommission empfohlenen Verfahren wurde das Motiv der Bildseite von EU-Bürgern im Ergebnis einer Internet-Abstimmung als Sieger aus sechs Motivvorschlägen gewählt. Es wurde von Joaquin Jimenez, einem für die Monnaie de Paris tätigen französischen Medailleur, entworfen. Die Bildseite zeigt, umgeben vom üblichen Sternenkranz der EU, im zentralen goldfarbenen Teil zum einen einen Ausschnitt aus dem von Hans Holbein dem Jüngeren 1523 geschaffenen Porträt des Erasmus von Rotterdam und zum anderen einen Strahl von Verbindungen, die von einem Leuchtfeuer zum anderen über die Münze gehen. Letzterer soll den intellektuellen und menschlichen Austausch zwischen den europäischen Studenten darstellen und Erasmus' Einfluss auf Europa symbolisieren. Wenn man genau hinschaut, erkennt man neben „1987–2022“, „Erasmus Programme“ und dem „D“ für Deutschland die Jubiläumszahl „35“. Die für den Umlauf bestimmte Auflagenhöhe des gesetzlichen Zahlungsmittels im gesamten Euroraum soll maximal 20 Millionen Stück betragen. *PAZ*

FOTO: BMF|SMBW; KÜNSTLER BILDSEITE: JOAQUIN JIMENEZ, FRANKREICH

Bildseite der Zwei-Euro-Gedenkmünze „35 Jahre Erasmus-Programm“



Als Selbstdenker dem Zeitgeist entrückt: Auguste Rodins berühmte Plastik „Der Denker“ erscheint wie ein Abbild vieler heutiger Konservativer *Foto: imago/stock&people*

KONSERVATIVE

Es gibt nicht nur die AfD

Erik Lehnert und Wiggo Mann zeigen, dass das widerständige Spektrum in Deutschland groß ist und nicht zwingend mit einer Partei verbunden sein muss

VON ERIK LOMMATZSCH

Wo genau ist eigentlich die Opposition? In den Parlamenten ist sie zwar nominell vorhanden, zu spüren ist sie allerdings kaum. Alle im Bundestag vertretenen Parteien sind auch an Landesregierungen beteiligt – bis auf eine, die AfD. Diese wird wirksam auf Abstand gehalten, diffamiert, mit unsäglichen NS-Vergleichen überzogen oder beschwiegen. Sie scheint entsprechend müde geworden zu sein, ungeachtet des Engagements vieler Mitglieder, die dafür Nachteile in Kauf nehmen, die sich bei weitem nicht auf verbale Angriffe beschränken.

Weitet man den Blick und sucht bei Stichwörtern wie „Opposition“, „Unzufriedenheit“ und „Wunsch nach Veränderung“ in diesem Land nicht nur im Bereich der Parteipolitik, so ergibt sich ein anderes Bild. „Ob der Junge-Freiheit-Leser, der Sezessionist, der Burschenschafter, der identitäre Aktivist, der ‚Schläfer‘ in der Jungen Union, der harte Fußballfan mit soliden Überzeugungen, der stille Neuheide, der „FAZ“-Leserbriefschreiber, der evangelikale Christ, der traditionsbewusste Katholik, der AfD-Kosmopolit, der desillusionierte Problemschullehrer, der Dresdner Abendspaziergänger, der GEZ-Rebell, die Biobäuerin, der Tag-X-Heimwerker oder der IfS-Metapolitiker – von außen, vom Standpunkt des linksliberalen Mainstreams aus betrachtet, sind wir alle gleich hässlich.“ Die Feststellung mit der Aufzählung, die sich noch lange fortsetzen ließe, stammt aus einem kleinen Band, verfasst von Erik Lehnert und Wiggo Mann, erschienen im Verlag Antaios.

Im Zweifel rechts

Das Buch mit dem Titel „Das andere Deutschland. Neun Typen“ versteht sich einerseits als „Ratgeber“, anderseits wird ein Versuch unternommen, die Breite des konservativen Spektrums, des widerständigen Milieus, einer durchaus vorhandenen Bewegung aufzuzeigen. Den Konservatismus-Begriff halten die Autoren für eine „nützliche Klammer“. Allerdings habe diese nur „einen Inhalt, wenn man im Zweifel klarmacht, wo man politisch steht: rechts“.

Die Jahreszahl 1968 ist zum Ausgangspunkt und Synonym für eine politische Richtung geworden, der es gelungen ist, nicht nur zahlreiche Positionen zu besetzen. Vor allem konnte sie ihre ideologischen Linien gesellschaftlich derart implementieren, dass sie oft schon als erstrebenswerte Selbstverständlichkeiten erscheinen, mit einem klaren Schema von „richtig“ und „falsch“. Dem wollen Konservative etwas entgegensetzen. Deren Seite stellt sich jedoch bezüglich einer Fassbarkeit wesentlich komplizierter dar. „Eine absolute theoretische Deutungshoheit über die Rechte, das patriotische Spektrum“ gebe „es nicht und sollte es nicht geben“, so Lehnert und Mann. „Es gibt jedoch gemeinsame Grundlagen, Vorstellungen und Minimalziele.“

Angemahnt werden Geschlossenheit und Solidarisierung, etwa im Abschnitt „Distanzieren verboten!“, oder die Notwendigkeit, den richtigen Ton zu treffen. „Kein Thema ist zu gering oder fern, um nicht von uns besetzt werden zu können.“

In der Darstellung der neun von ihnen ausgemachten Typen geht es den Autoren von „Das andere Deutschland“ um eine Zustandsbeschreibung, klare Abgrenzbarkeiten sind nicht immer gegeben. Eine Reihe der hier dargestellten Typen, wie etwa der Aktionist oder der Wutbürger, findet sich auch auf der Seite der Linken beziehungsweise hat sogar dort seinen eigentlichen Ursprung. Mehrfach betonen die Autoren den Wert des Beispiels durch konsequentes Vorleben.

Zum widerständigen Milieu, zur Rechten, zum Spektrum derer, die den Entwicklungen in Deutschland etwas entgegensetzen, zählen laut Lehnert und Mann zunächst die – vielleicht klassischen – Konservativen, in einer Überschrift charakterisiert mit: „Das Steuer halten, auch wenn die Kapitäne verrückt geworden sind.“ Bei ihnen handele es sich um die „Stützen eines funktionierenden Gemeinwesens“. Viele gebe es, „die intuitiv richtig stehen, die den Laden zusammenhalten“, denen allerdings die laute Aktion widerstrebe. Sie seien „von der Vorstellung geprägt, dass der Mensch ein Mängelwesen ist, das für sein Überleben und für die Organisation menschlicher Gemeinschaft der Institutionen bedarf“.

Davon abgegrenzt werden könne der Typ des in der Regel jungen Aktionisten, der „mit zumeist symbolischen Taten und gezielter Subversion“ wirke, es fällt hier auch das von anderer Seite aufgebrachte Schlagwort von der „Greenpeacisierung“. Einen dritten Typus sehen die Autoren im Exlinken, dem es immer (noch) um „elaborierte Weltanschauungen“ gehe und der sich über seine ehemalige politische Ausrichtung definiere, der den Verständnisschlüssel nach wie vor im Werk von Karl Marx finde, sich immer unmittelbar vor dem großen Umbruch wähne sowie im Unterschied zu anderen Vertretern des Spektrums „eine Schwäche für Systeme und Gesetzmäßigkeiten“ habe. Hinter allem stecke ein „System“, Erklärungsansätze wie „Dummheit oder Zufall scheiden aus“.

Mehr Mut wäre nötig

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten verbinde den Typus des Aussteigers mit dem des Resignativen, die beide ebenfalls im konservativen Lager zu finden seien. Über Letzteren heißt es in dem Band, er sei durch keinerlei Heilsversprechen korrumpierbar „und damit das denkbar größte Ärgernis der Gegenwart“. Eine andere Kategorie sei der Wutbürger, dessen Protest sich ursprünglich auf ein konkretes Anliegen gerichtet habe. Mit Pegida habe sich allerdings gezeigt, dass „bei einer großen Anzahl von Bürgern ein Bewusstsein für die Fäulnis des Ganzen zu existieren scheint“. Eine wichtige Funktion nehme der Typus des Metapolitikers ein. Ihm gehe es um die Vorbereitung des Politikwechsels, was bedeute, dass „über den reagierenden Charakter der Tagespolitik hinaus über das Wesen und den Zweck der Politik nachgedacht wird“.

Der Metapolitiker wolle „den Zeitgeist wieder von den Dingen befreien, die heute wertgeschätzt werden, obwohl sie uns Deutschen die Existenzgrundlage entziehen“. Als weiteren Typen machen Lehnert und Mann den Parteisoldaten aus, dem trotz bester Absichten, die Institutionen von innen zu reformieren, wenig Wirkmächtigkeit zugeschrieben wird. Zuletzt sei da der Typus des Querulanten, der den zivilen Ungehorsam praktiziere.

Mag die Opposition in den Parlamenten schwach sein, außerhalb ist offenbar Potential vorhanden. Noch besser sichtbar werden könnte dieses Potential, wenn im rechten politischen Spektrum in seiner ganzen Breite mehr Mut zum namentlichen Bekenntnis herrschen würde.

BUCHSTABIERTAFEL

Alphabet soll „entnazifiziert“ werden

„N“ wie „Nathan“, „Nordpol“ oder „Nürnberg“: Wegen weniger Rückstände aus der NS-Zeit soll die ganze Reihe geändert werden

Voraussichtlich schon Mitte 2022 will das Deutsche Institut für Normung (DIN) eine neue Fassung des Buchstabier-Alphabets anordnen. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Michael Blume, hatte einen entsprechenden Hinweis gegeben: „Über Jahrzehnte wurde in Deutschland eine Buchstabiertafel tradiert, aus der die Nationalsozialisten alle deutsch-jüdischen Namen getilgt hatten. Es war Zeit, das gemeinsam aufzuarbeiten und zu beenden.“

Blume saß dann auch in dem Expertengremium, welches das neue Alphabet geschaffen hat. Nach längeren Hin und Her beschloss man, statt der Vornamen künftig Städtenamen zu verwenden.

Seit 1890 existiert dieses Werk und wurde in der Vergangenheit mehrfach verändert. 1905, 1926 in der Weimarer Republik und 1934 in der Zeit des Nationalsozialismus gab es mehr oder weniger geringfügige Veränderungen.

Kleine Änderungen reichten aus

Die Änderungen aus der NS-Zeit wurden bereits 1950 meist wieder rückgängig gemacht. „S wie Samuel“ wurde 1934 in „Siegfried“ und 1950 wieder in Samuel umbenannt. Einige Veränderungen wie „F wie Friedrich“ wurde 1934 in „Fritz“ umbenannt und 1950 die meisten dieser Veränderungen rückabgewickelt.

Ein eifriger Nationalsozialist schrieb damals: „In Anbetracht des nationalen Umschwungs in Deutschland halte ich es für nicht mehr angebracht, die in der Buchstabiertabelle des Telefonbuchs aufgeführten jüdischen Namen (...) noch länger beizubehalten.“ Andere Namen wie „M gleich Marie“ wurden 1950 in „Martha“ verändert. Die jüdischen Namen David und Nathan, die 1934 „umgewandelt“ wurden, kamen 1950 nicht wieder. Auch Isidor, der 1924 für Ida getilgt wurde, fand nicht wieder Aufnahme. Dem Anliegen wäre also Genüge getan, wenn David, Nathan und Isidor wieder ins Buchstabier-Alphabet aufgenommen würden.

Anders als Herr Blume glauben machen will, gibt es da also recht wenig aufzuarbeiten, da dies im Wesentlichen schon vor 70 Jahren erfolgt ist, ohne dass großer publizistischer Aufwand betrieben wurde. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, begrüßte Blumes Vorschlag dennoch: „Zum 75. Jahrestag der Befreiung sollten wir uns auch von der Nazi-Sprache und ihren Relikten befreien.“ Damit bläst Schuster ein Problem auf, das in Wirklichkeit keines ist.

Bürgermeister freuen sich

Einige Bürgermeister waren recht erfreut, dass die Namen ihrer Städte nun Teil des Buchstabieralphabets werden sollen. Da man sich an den Kraftfahrzeugkennzeichen orientierte, blieb beispielsweise Hamburg (Kennzeichen HH) unberücksichtigt. Andere jubelten lauthals: „Wenn es in den Sprachgebrauch übergeht, ist Xanten in aller Munde.“ Wieder andere sehen Grund zur Klage. Saarland, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg und Sachsen-Anhalt gingen leer aus. Dagegen zeigte man sich in Tübingen begeistert: „Vom damit verbundenen Bekanntheitsgrad würden wir als vergleichsweise kleine Stadt besonders profitieren.“ Ein anderer Gesichtspunkt des dringenden Reformbedarfs war die „Geschlechterungerechtigkeit“. Eberhard Rüssing, Obmann des zuständigen Arbeitsausschusses, klagt: „So enthält die aktuelle Tafel 16 männliche und nur sechs weibliche Vornamen, andere zeitgemäße Namen fehlen komplett.“ *Frank Bücker*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 35 · 3. September 2021

OSTERODE

Endlich wieder gemeinsam toben

Die Deutsche Minderheit im südlichen Ostpreußen richtete ein Ferienlager für Kinder aus

VON UWE HAHNKAMP

Bald wird es ernst: Proben für den Talentwettbewerb *Foto: U.H.*

Die zweiwöchige Sommerferienwerkstatt für Kinder der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen, die traditionell in Osterode stattfindet, ist seit Jahren ein fester Punkt im Kalender von Kindern und Eltern. In diesem Jahr fand sie vom 24. Juli bis zum 6. August statt und bot 18 Kindern ein reichhaltiges Programm und Begegnungen mit Altersgenossen.

Letztes Jahr machte Corona Organisatoren und Kindern einen Strich durch die Rechnung; umso wichtiger war es, dass in diesem Jahr das Ferienlager stattfinden konnte. Heinrich Hoch, der Vorsitzende des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren und Organisator der Veranstaltung, atmete tief auf, als das feststand: „Noch vor zwei Monaten war nicht endgültig sicher, ob es klappt. Dann gab es grünes Licht. Wir sind dem polnischen Innenministerium und dem deutschen Generalkonsulat in Danzig sehr dankbar für ihre finanzielle Unterstützung.“

Es steckte viel Energie bei den Kindern zwischen 9 und 13 Jahren, die an der Werkstatt teilnahmen. Deren Leiterin, Renata Ciszewska, vom deutschen Verein „Herder“ in Mohrungen hat damit viel Erfahrung und zeigt Verständnis für die Heranwachsenden: „Sie waren so lange eingesperrt und vor den Computern, sie müssen jetzt einfach viel gemeinsam an der frischen Luft sein.“ Betreuerin Monika Pietrzak, Englischlehrerin an einer Grundschule in Osterode, kann das bestätigen: „Die Kinder kommen außerdem aus verschiedenen Orten und Familien und lernen sich neu kennen. Konflikte sind da normal, aber das geht schnell vorbei.“

Dabei half vor allem das vielfältige, dichte Programm mit vielen Elementen im Freien wie Spielplatz, Stadtstrand und Rollschuhbahn, einer Fahrt nach Danzig mit Stadtspaziergang und Aufenthalt am Meer oder einer Fahrt mit der Eisenbahn nach Alt Finken. „Viele Kinder hier kennen keine Züge mehr, weil es in den Orten keine Bahnstrecken mehr gibt“, schmunzelte Hoch.

Ruhige Abschnitte im Programm gab es selbstverständlich auch, so Hoch: „In der ersten Woche war intensiver Deutschunterricht angesagt. Für eine bessere Konzentration haben die Kinder sogar ihre Handys abgegeben – und sie nicht einmal vermisst.“ Zur Tradition bei der Werkstatt gehören auch Handarbeiten wie Découpage, Origami und Bilderrahmen oder die Wahlen zu Miss und Mister der Werkstatt.

Gehörig Leben in der Bude war bei der Vorbereitung des Talentwettbewerbs, der ebenfalls schon länger Teil des Programms ist. Zum einen, wenn sieben Kinder gleichzeitig von ihren Plänen dazu berichten. Oliver aus Neidenburg hat sich Origami, also etwas Stilles vorgenommen, sein Ortskollege Tomek hingegen Fußball zeigen, und die fünf Mädchen wollten singen.

> „Sie waren so lange eingesperrt und vor den Computern, sie müssen jetzt einfach viel gemeinsam an der frischen Luft sein“
>
> **Renata Ciszewska**
> Deuscher Verein „Herder“.

Zum anderen, wenn sie wie Marysia aus Maldeuten mit „Fiołkowe pole“ oder Amelia aus Allenstein mit „Adios” eine Probe mit Mikrophon und Verstärker gaben.

Zwar sprechen oder singen die Kinder im Alltag eher Polnisch, der Deutschunterricht war ihnen aber sehr wichtig. „Wir haben gelernt, uns vorzustellen, von Tieren, Essen und der Familie zu reden“, gibt Marysia einen Überblick. Amelia hingegen blieb ein Geräusch aus Danzig in Erinnerung. „Da waren wir am Strand und der Sand hat richtig gequietscht“, sagt sie. „Ich war anfangs nervös, habe aber schnell eine Freundin gefunden“, fügte sie noch hinzu und zeigte auf Kornelia aus Elbing, die neben ihr sitzt und die Aussage mit heftigem Kopfnicken bestätigt. Alle sieben – auch Ola und Marcelina aus Bartenstein – wollen im nächsten Jahr gerne wiederkommen.

Da scheint das Konzept also aufzugehen. Doch auch Monika Pietrzak kann sich einen weiteren Einsatz vorstellen: „Es ist manchmal sehr anstrengend, aber es macht Spaß. Und wenn die Kinder abends und am Ende der Freizeit sagen, dass es toll war und sie viel Freude hatten, dann ist das eine wunderbare Belohnung.“

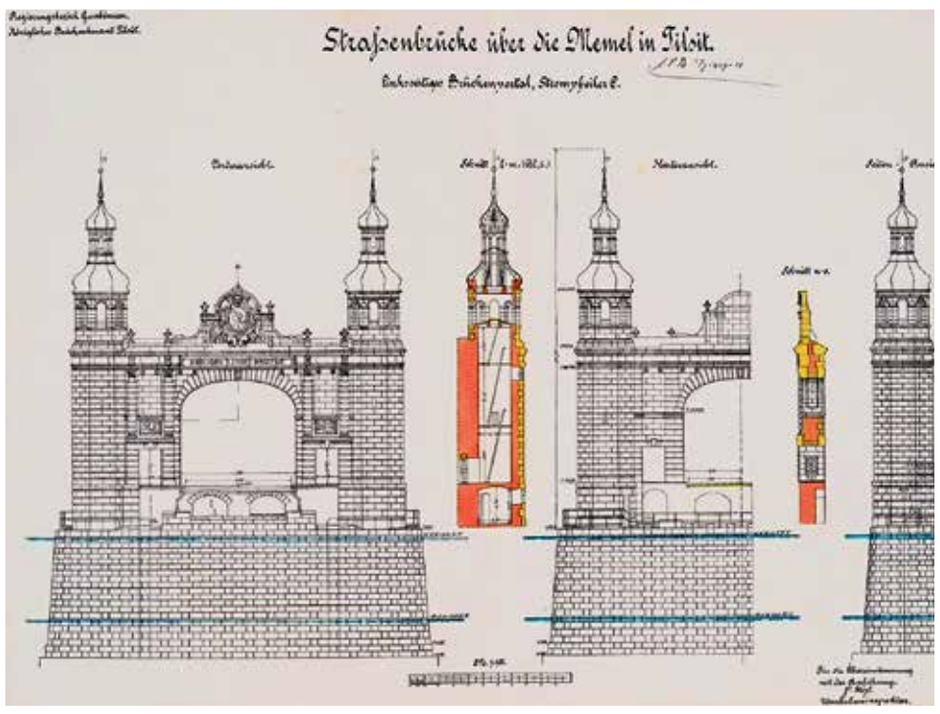
TILSIT

Umfassende Dokumentation über die Luisenbrücke

Das Museum für Stadtgeschichte erhielt Kopien der 117 Jahre alten Baupläne des Wahrzeichens der Stadt

Als das Museum für Stadtgeschichte in Tilsit 2019 eine Ausstellung über die Königin-Luise-Brücke organisiert hatte, gehörte der Berliner Gerhard Seidemann, ein langjähriger Bewunderer des Museums, zu den Besuchern. Da er sich intensiv mit Königin Luise befasst, hatte er dem Museum bereits einige Bücher über die beliebte Preußin vermacht und versprach nun Museumsdirektorin Natalja Michnowitsch, sich auf die Suche nach den Originalplänen für den Brückenbau zu begeben.

Bei seinen Recherchen stieß Seidemann auf die „Zeitschrift für Bauwesen“, 1909/Jahrgang LIX Blatt 12, 13, 14, 15, die im Berliner Fachverlag Wilhelm Ernst und Sohn erschienen war. Herausgegeben wurde die Zeitschrift zwischen 1851 und 1920 vom Preußischen Finanzministerium. Seidemann besorgte Kopien und ließ sie der Museumsdirektorin Michnowitsch zukommen.



Eine der Kopien zeigt eine Zeichnung des Brückenportals und der Strompfeiler

FOTO: ZEITSCHRIFT FÜR BAUWESEN 1909

Diese freut sich darüber, auf 16 Blättern die Konstruktionsunterlagen, auf deren Grundlage der Brückenbau in den Jahren 1904 bis 1907 erfolgte, in Händen halten zu können. Die Kopien zeigen die vollständige technische Dokumentation des Baus und der Funktion der Brücke. Detailgenau sind Ziegel, Böden, Fundamente, Oberlichter und dekorative Elemente in den Bauplänen verzeichnet.

Michnowitsch lobt, dass die Dokumentation mit deutscher Akribie erstellt wurde, sodass sie eine große Hilfe bei der geplanten Renovierung der Königin-Luise-Brücke sein könnte, die erfolgen soll, sobald der neue Grenzübergang Paskallen [Dubki]/Rombinus zwischen der Russischen Föderation und der Republik Litauen in Betrieb genommen wurde.

Die vollständige Dokumentation soll im Herbst dieses Jahres in der Museumshalle ausgestellt werden. *M. Rosenthal-Kappi*

● MELDUNGEN

Interaktiv auf Burg Waldau

Waldau – Seit 2007 beherbergt die Ordensburg Waldau [Nischnoje] im rechten Flügel des Gebäudes ein Museum, das in mehreren Sälen die Geschichte der Region von der Steinzeit bis zur Gegenwart zeigt. Außergewöhnlich ist das Konzept, das es ausdrücklich erlaubt, die Exponate zu berühren. Das Museum möchte vor allem Kinder ansprechen. Eine Schlange in einem Terrarium soll den Schlossgeist Susanna verkörpern, neben Bräuchen der Prussen können sie sich mit der Arbeitsweise von Webern, Brauern, Töpfern und Schmieden vertraut machen. Sie erfahren, wie das Land kultiviert und Bernstein verarbeitet wurde . Im Erdgeschoss gibt es Modelle der Burg, anhand derer ihre Geschichte erzählt wird. Nach der Öffnung des Königsberger Gebiets Anfang der 1990er Jahre füllten Heimattouristen den Bestand des Museums mit Fotografien auf. Heute werden interaktive Ausstellungen und Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, wie Gipsbildhauerei, angeboten. *MRK*

Inflationsrate in Königsberg

Königsberg – Die jährliche Inflationsrate im Königsberger Gebiet lag im Juli bei 7,22 Prozent und damit höher als die der Russischen Föderation von 6,46 Prozent. Dies geht aus einem Informations- und Analysekommentar hervor, der auf der Website der Bank von Russland veröffentlicht wurde. „Die jährliche Inflationsrate im Königsberger Gebiet blieb im Juli 2021 praktisch unverändert und lag bei 7,22 Prozent gegenüber 7,25 Prozent im Vormonat“, so die Nationalbank. Die Dynamik im Vergleich zum Vormonat ist auf den Einfluss mehrerer Faktoren zurückzuführen. „Die Beschleunigung des jährlichen Preisanstiegs wurde vor allem durch die höhere Nachfrage nach Beherbergungsdienstleistungen aufgrund der zunehmenden Touristenströme in die Region beeinflusst“, so die Regulierungsbehörde in ihrem Kommentar.. *MRK*

Jagdquoten festgelegt

Königsberg – Gouverneur Anton Alichanow hat die Obergrenzen für die Jagd auf Wildtiere festgelegt und die Zahlen auf dem Portal der Gebietsregierung veröffentlicht. In der Saison vom 1. August dieses Jahres bis zum 1. August 2022 dürfen Jäger 41 Elche, 64 Rothirsche, 1609 Rehe, 173 Dachse und 25 Fischotter erlegen. Für jedes Jagdgebiet hat die Region ihre Quoten festgelegt. Die Abschussquoten für die meisten Tiere wurden im Vergleich zum letzten Jahr erhöht. In der Jagdsaison 2020/2021 durften 56 Rothirsche, 1429 Rehe, 142 Dachse, 42 Elche und 26 Fischotter geschossen werden. Anfang August veröffentlichte das Ministerium für Naturressourcen Daten über die Zahl der Wildtiere im nördlichen Ostpreußen. In der Region leben 17 Luchse, 1172 Rothirsche, 1036 Elche sowie 1968 Dachse. *MRK*

Wir gratulieren …

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brügmann, **Erna**, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September
Gezeck, **Gertrud**, aus Ortelsburg, am 8. September
Großmann, **Hedwig**, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Konrad, **Lieselotte**, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. September
Loerzer, **Edith**, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Rose, **Charlotte**, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September
Walleneit, **Christel**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Marks, **Ingeburg**, geb. **Loenhard**, aus Weissensee, Kreis Wehlau, am 8. September
Plewka, **Elfriede**, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. September
Witzke, **Herta**, geb. **Hinz**, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Butzko, **Willy**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September
Feigenbutz, **Margarete**, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. September
Lyhs, **Martha**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 5. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ehrich, **Irmgard**, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September
Giercke, **Ruth**, geb. **Möller**, aus Wehlau, am 9. September
Gorr, **Hedwig**, geb. **Gazioch**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Heinrich, **Gerda**, geb. **Wittke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 4. September
Hüchendorf, **Elionore**, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Hundsdörfer, **Lydia**, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 6. September
Schäfer, **Meta**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September
Schuchna, **Heinrich**, aus Ortelsburg, am 3. September
Smollich, **Prof. Dr. Alfred**, aus Rhein/Trossen, Kreis Lötzen, am 6. September
Wlost, **Herta**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Binder, **Elsa**, geb. **Bolgehn**, aus Nöttnicken, Kreis Fischhausen, am 9. September
Casemir, **Ursula**, aus Wehlau, am 6. September
Jäger, **Thea**, geb. **Bomber**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. September
Kunhardt, **Günter**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September
Willutzki, **Werner**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 98, am 8. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gläser, **Marta**, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Hippel, **Horst von**, aus Nickelsdorf, Kreis Königsberg, am 5. September
Janzik, **Alfred**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Koenig, **Ingrid**, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 6. September
Neukamm, **Ingrid**, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. September

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Plaga, **Wolfgang**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Slaby, **Annemarie**, geb. **Kastell**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hempler, **Heinz**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September
Kloß, **Erich**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 8. September
Knödler, **Ursula**, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September
Nagat, **Wilhelm**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September
Schmilewski, **Erich**, aus Kragau, Kreis Fischhausen, am 4. September
Strömpl, **Erika**, geb. **Ziffer**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 5. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brinkmann, **Edeltraut**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. September
Geib, **Erna Anna**, geb. **Klaus**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 5. September
Hinrichs, **Herta**, geb. **Rischkau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 5. September
Jenrich, **Achim**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 3. September
Rogalski, **Eitel**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. September
Schneider, **Ruth**, geb. **Marchel**, aus Birkfelde, Kreis Lötzen, am 4. September
Spingies, **Helmut**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 6. September
Steiner, **Günther**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 6. September
Volkmann, **Helga**, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 3. September
Winterhalter, **Hildegard**, geb. **Klesch**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 5. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Kornmesser, **Horst**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. September
Kubasch, **Gerda**, geb. **Judka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Mombrei, **Thea**, geb. **Schmidtke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. September
Preuss, **Horst**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Schunke, **Emmy**, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. September
Terzi, **Wolfgang von**, aus Lyck, Falkstraße 11, am 3. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adam, **Erwin**, aus Saggehnen, Kreis Fischhausen, am 7. September

Der Ostpreußen Kalender erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Die Bilder ostpreußischer Maler verzaubern jeden Betrachter der 50 mal 35 Zentimeter großen Kalendermonatsblätter. Für das Jahr 2022 hat sich Type & Art dem Thema „Alltag in Ostpreußen“ vorgenommen. Ernst Mollenhauers Holzsammlerin schmückt nicht nur das Oktoberblatt, sondern bildet auch das Titelbild. Durch erhöhte Druck-, Papier- und Verarbeitungskosten musste der Kalenderpreis auf 25,50 Euro angehoben werden. Der Subscriptionspreis bis Ende September beträgt 23 Euro. Zu bestellen ist der Kalender bei **typeart satz&grafik GmbH**, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, Fax (0231) 557378-20, E-Mail: info@typeart-dortmund.de
Foto: Type & Art

Auringer, **Erich**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 4. September
Czwartek, **Walter**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 3. September
Eckerth, **Gerda**, geb. **Kirstandt**, aus Kalaushöfen, Kreis Fischhausen, am 9. September
Grave, **Elfriede**, geb. **Schliwinski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. September
Heinzelmann, **Ursula**, geb. **Löwenberg**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 5. September
Jakobi, **Irmgard**, geb. **Peter**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. September
Kaschner, **Lothar**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 9. September
Klein, **Hubert**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Kozikowski, **Ruth**, geb. **Herfurth**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. September
Malt, **Hildegard**, geb. **Redetzky**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 3. September
Potreck, **Maria**, aus Mogahnen, Kreis Fischhausen, am 6. September
Renzenbrink, **Gerda**, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schiewe, **Renate**, geb. **Wiebe**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 7. September
Schiwy, **Erhard**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 6. September
Sembritzki, **Margarete**, geb. **Lendzian**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Stockmann, **Irmgard**, geb. **Bach**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Vogtländer, **Greta**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 6. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Braun, **Christa**, geb. **Schoen**, aus Wehlau, am 8. September
Demant, **Hubert**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 4. September
Fischer, **Ursula**, geb. **Klatt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. September
Günther, **Katarina**, geb. **Reinhardt**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. September
Knoop, **Elli**, geb. **Zoranski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 4. September
Kruppa, **Horst**, aus Lyck, am 3. September
Lilienthal, **Inge**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 9. September
Rehm, **Christel**, geb. **Jewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 7. September
Schmidt, **Irmgard**, geb. **Demczenko**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 5. September
Schön, **Helga**, geb. **Budischewski**, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 3. September
Schulz, **Günther**, aus Drugehnen, Kreis Fischhausen, am 6. September
Seebacher, **Rosemarie**, geb. **Borm**, aus Schugsten, Kreis Fischhausen, am 4. September
Szepanek, **Heinz**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 3. September
Zeuch, **Gerda**, geb. **Schober**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 6. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Betzhold, **Marianne von**, geb. **Kilian**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 7. September
Ewert, **Dieter**, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 31. August
Gwiasda, **Reinhold**, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 4. September
Kähne, **Brigitte**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. September
Kilimann, **Manfred**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Kirmse, **Brigitte**, geb. **Neureiter**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 9. September
Klemens, **Peter**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 5. September
Kochanowski, **Helga**, aus Neidenburg, am 5. September
Lamke, **Anni-Lore**, Kreisgemeinschaft Fischhausen, am 8. September
Meyer, **Monika**, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. September
Salewski, **Günter**, aus Treuburg, am 8. September
Schillgalies, **Arthur**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 4. September
Schramm, **Bärbel**, geb. **Schergaut**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 4. September
Waschkewitz, **Dietmar**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Plichta, **Karin**, geb. **Nikolaus**, aus Sensburg, am 6. September

Zusendungen für die Ausgabe 37/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 37/2021 (Erstverkaufstag 17. September) **bis spätestens Dienstag, den 7. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Die persönlichen Mitglieder dürfen **wählen**, die Einrichtungen der Landsmannschaft **nutzen** und werden über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert**. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro.
Den **Aufnahmeantrag** können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen und per Post senden an: Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2 Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Landesdelegiertentagung

Stuttgart – Freitag, 10. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landesdelegiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, Entlastung und Nachwahl a) 2. Beisitzer/in, b) Ältestenrat, c) Schlichtungsausschuss. Im Anschluss findet die Landeskulturtagung statt.

Landeskulturtagung

Stuttgart – Freitag, 10. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landeskulturtagung mit einem Vortrag von Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“. Nach der Kaffeepause folgt ab 16.30 Uhr ein Vortrag von Uta Lüttich „750 Jahre Königsberger Stadtgeschichte“.

Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr. Die Tagung endet nach dem gemeinsamen Abendessen um etwa 18 Uhr mit dem Ostpreußenlied und dem Deutschlandlied (3. Strophe).

Landesfrauentagung

Stuttgart – Sonnabend, 11. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landesfrauentagung. Nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg Und ein Vortrag von Uta Lüttich „Heimat Ostpreußen in Sitte und Bräuchen“. Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr.

ANZEIGE

Hans Kallmeyer
Ölbild
2 Elche am Meer, 1956
77 x 58 cm, gerahmt
Preis: Verhandlungssache
E-Mail: andy.seipelt@gmail.com

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahreshauptversammlung

Altmühlfranken – Freitag, 17. September, Hotel Krone, Gunzenhausen: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Die Landsleute werden von ihren persönlichen Erlebnissen in der Heimat, von Flucht, Vertreibung und Neuanfang berichten.

Treffen

Hof – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße: Treffen.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender:: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

Alle Treffen abgesagt

Wetzlar – Alle Treffen der Ortsgruppe Wetzlar für dieses Jahr müssen abgesagt werden. Der Gaststättenbetreiber ist plötzlich verstorben.

Die Gaststätte bleibt für unbestimmte Zeit geschlossen. Der Vorstand wird sich Anfang des Jahres 2022 neu beraten. Fragen beantwortet der Vorsitzende Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatsversammlung

Braunschweig – Mittwoch, 22. September, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a: Monatsversammlung.

Bericht – Unsere Generalversammlung hat am 28. Juli unter Corona-Bedingungen stattgefunden. Eingeleitet wurde sie mit einem Königsberger Klopse-Essen. Die Vorstandswahlen ergaben keine Veränderungen. Der bisherige Vorsitzende Fritz Folger wurde einstimmig wiedergewählt.

Treffen

Oldenburg – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Stadthotel: Treffen.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Gedenktag

Hoyerswerda – Sonntag, 12. September, 11 Uhr, Ernst-Thaelmann-Straße 8 (Wermighoffstraße) 02977 Hoyerswerda: Gedenktag der Vertriebenen und Spätaussiedler, mit der Eröffnung der Begegnungsstätte „Transferraum Heimat“ für Lehrer und Schüler durch Ministerpräsident Michael Kretschmer, der eine Festrede hält. Diese Begegnungsstätte soll unseren Lehrern mit ihren Schülern die Erlebnisgeschichte von Flucht und Vertreibung nahebringen und auch die Sinne schärfen, damit so ein Krieg wie der Zweite Weltkrieg nie wieder geschieht.

Sachsen-Anhalt

Vorsitzender: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Tel. privat (0345) 2080680

Treffen

Halle – Freitag, 3. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität an der Marktkirche: Treffen der Gruppe. Bitte die 3G-Regel (Geimpft oder Genesen oder Getestet) beachten.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung

Landesgruppe – Sonntag, 5. September, 10 Uhr, „Haus der Heimat“, Wilhelminenstraße 47-49, 24103 Kiel: Jahreshauptversammlung. Sie werden gebeten, die stimmberechtigten Vertreter (je angefangenes 25. Mitglied eine Stimme, Vorsitzende können mehrere Stimmen ausüben) namentlich mitzuteilen.

Die Anmeldungen bitte an den Landesvorsitzenden: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Fehmarn/Burg senden.

Bitte überweisen Sie den Mitgliedsbeitrag für 2021 auf das Konto der LO Landesgruppe bei der Fördesparkasse, Kiel, falls dies noch nicht geschehen ist.

Der Eigenanteil für das Mittagessen und Kaffeegedeck beträgt 12 Euro pro Person. Die Kosten sind von den Teilnehmern zu tragen. Bitte beachten Sie die geltenden Coronaregeln und vergessen Sie Ihren Mundschutz nicht.

Nach der Eröffnung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit erfolgt die Totenehrung, weiter Grußworte, Genehmigung des Protokolls vom 11. November und vom 2. Dezember 2020. TOP 4a behandelt den Antrag der OG Flensburg: Informationen zum BdV, TOP 5 den Rechenschaftsbericht des Landeskulturreferenten. Nach einer Aussprache erfolgt der Jahresabschluss der Kasse für das Geschäftsjahr 2020, anschließend der Bericht der Kassenprüfer und folgend die Entlastung des Vorstandes und der Kassenführung. Unter TOP 10 ist die Genehmigung des Haushaltsplanes 2021 mit Aussprache geplant, daran schließt sich die Wahl eines Schatzmeisters, die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden und die Wahl der Kassenprüfer an.

Nach einer kurzen Auflockerung von Ingelore Spaeth „Wat dat förn herrliches Land is“, Holsteiner Mundart, geht es weiter mit TOP 14: Gedenktag 20. Juni: Internationaler Weltflüchtlingstag. Nach der Mittagspause startet das Kulturprogramm mit einem Vortrag von Henriette Piper: „Hugo Linck, der letzte Pfarrer von Königsberg zwischen Ostpreußen und Hamburg“. Vor TOP 18 Verschiedenes können sich die Mitglieder bei einer Kaffeepause stärken.

Brigitte Profé wird geehrt

Landesgruppe – Brigitte Profé ist auch noch mit heute 90 Jahren mit Herzblut und vollem Engagement Vorsitzende der LO, OG Neumünster, mit 57 Mitgliedern. Ihre Heimat Wickbold bei Königsberg in Ostpreußen hat ihre Mutter mit ihr und drei Geschwistern zusammen mit Dorfbewohnern, Pferd und Wagen unter den schwierigsten Bedingungen und Todesängsten durch die russische Front im „Nacken“ am 26. Januar 1945 über das zugefrorene Haff und dann entlang der Küste und letztlich bis Schleswig-Holstein verlassen müssen. Ihr Vater war zu der Zeit an der Front und gilt seit 1945 als vermisst.

Eine Frau gibt nicht auf: Brigitte Profé *Foto: Susanne Regenbrecht*

Den Bezug zu Ostpreußen hat Brigitte Profé bis heute nicht verloren, der sich im privaten Bereich in ihrem Eigenheim, wie zum Beispiel der großen hölzernen Elchschaufel im Eingangsbereich ihres Hauses oder in ihrem gern getragenen Ostpreußenkleid und auch in ihren vielen öffentlichen Aktionen widerspiegelt. Seit 1983 ist sie Mitglied in der LO. 1995 hat sie eine Chronik über ihr Heimatdorf Wickbold zusammengetragen und ein Buch „Nur die Störche sind geblieben“ geschrieben. Durch ihre Beziehungen als Erzieherin zu Schulen hat sie ihre Fluchterlebnisse und die Zeit danach vor Abi -Schulklassen vorgetragen, um jungen Menschen zu vermitteln, was Flucht und Vertreibung durch Krieg bedeutet.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

1999 wurde Profé zur Schriftführerin, 2005 zur Vorsitzenden und 2007 zur Kulturwartin der OG Neumünster gewählt.

Ganz besonders haben ihre von 1990 bis 2010 organisierten Heimattreffen der Wickbolder, Ludwigswalder und Altenburgen im „Alten Land“ ein großes Interesse gefunden.

Höhepunkte ihres Engagements waren die Heimattreffen 2007 und 2010 mit einem kulturellen Teil von drei Stunden und mehr als 250 Teilnehmern, die sie in den Holstenhallen in Neumünster veranstaltet hat. Leider wurden ihre großen Erfolge durch den BdV nicht anerkannt und eine aufrichtige Zusammenarbeit war nicht möglich, sodass sie mit ihrer Gruppe aus dem BdV ausgetreten ist. Doch mit viel Mut und ihrem starken Willen ist es ihr gelungen, auch ohne den BdV die heimatliche ostpreußische Kultur in ihrer Landsmannschaft weiter erfolgreich zu bewahren.

2010 konnte sie Kamin Brust, den Sohn des Komponisten unseres Ostpreußenliedes, für einen Vortrag gewinnen, der über seinen Vater sehr interessant zu berichten wusste. Im Februar erfreuen sich ihre Mitglieder immer an dem Königsberger Klopsessen. In Gedenken an die Heimat feiert sie alle fünf Jahre im kleinen Rahmen das Bestehen der Ortsgruppe, und das 70-jährige Bestehen der OG Neumünster konnte sie würdevoll mit 112 Teilnehmern begehen. 18 Reisen nach Königsberg, zum Teil mit Landsleuten und Gemeindegliedern sind weitere Hinweise ihrer Hingabe zur Heimat, über die sie in Vorträgen referiert. Sie konnte sogar eine Verbindung der Gemeinde zum Königsberger Probst herstellen. Die Themen bei ihren Gruppenzusammenkünften sind sehr vielfältig und heimatbezogen. Am Anfang einer jeden Veranstaltung liest sie ein Gedicht von einem der großen Dichter und Denker Ostpreußens vor. Auch die passende Tischdekoration mit Wimpeln und Liederbüchern gehört dazu, um der Gruppe ein heimatliches Ambiente zu bieten. Heimatkunde, Sitten und Gebräuche, wie lebte und feierte man in Ostpreußen, Erntedankfest und Weihnachtsfeiern, all das sind wesentliche Bestandteile, die die Erinnerung an die Heimat wachhalten und dem emsigen Engagement von Brigitte Profé zu verdanken.

Verdienstabzeichen, Ehrenadel und eine Urkunde mit Treue-Medaille sind der 90-Jährigen für ihr Schaffen, ihre Liebe und Treue zu Ostpreußen verliehen worden.

Eine bewundernswerte Frau, die die preußischen Tugenden Pflichtgefühl, Redlichkeit, Fleiß und sachlicher Ehrgeiz beherrscht. Die Landsmannschaft wünscht Frau Profé noch einen schönen bunten Lebensabend mit viel Freude und Schaffenskraft mit ihrer landsmannschaftlichen Gruppe.

Hans-Albert Eckloff

PAZ wirkt!

Ostpreußisches Urgestein

Zwischen Jäglack und Wacken

Zum 87. Geburtstag des Schriftstellers Arno Surminski

Am 20. August 1934: Im ostpreußischen Jäglack, Kreis Angerburg, freut sich das Schneidermeister-Ehepaar Surminski über die Geburt des Sohnes Arno. „Polen“ nennt Wikipedia sein Geburtsland. Ein Blick auf die Karte des Freistaates Preußen von 1922 bis 1939 korrigiert eindeutig diese Falschaussage: Jäglack, das heutige Jeglawki, liegt zu der Zeit zweifelsfrei in der Provinz Ostpreußen. Damit ist auch Arno Surminski kein Pole. Aber er hat aus dieser „Vereinnahmung“ keine Anklage gemacht, sondern sucht mit seinen inzwischen 32 literarischen Werken vielmehr die Versöhnung – auch durchaus humorvoll. Selbst wenn er über die Flucht aus Ostpreußen schreibt wie in seinem Debütroman „Jokehnen“, der 1974 erschien, 1987 verfilmt wurde und über 20 Auflagen erreichte.

Im Wackener Garten: Traute und Arno Surminski *Foto: PSW*

Zur Zeit des Kalten Krieges wurde ihm unterstellt „politisch“ zu schreiben. Das habe er nie gemacht, sagte er, „aber so wurden meine Bücher betrachtet“. Ihm ging und geht es darum, „mit den Menschen, die heute dort leben, wo wir lebten, gut zusammenzuleben“. Dieser Satz könnte als Credo Surminskis über seinem Werk stehen. Gleichwohl wurde nicht nur ihm unterstellt: Wer über Ostpreußen schreibt, ist ein Revanchist, der ist verdächtig! So etwas kann nur sagen, wer Surminskis Bücher nicht gelesen hat Vertreibung ist für ihn „mehr als nur die Wegnahme von Grund und Boden“. Was ihm nahe gegangen ist, das war „das Töten auf der Flucht, die Deportationen der vielen Zivilisten wie seiner Eltern nach Sibirien, die Vergewaltigungen – die kommen gar nicht vor.“ Ihm hingegen habe die Vertreibung „das Leben gerettet, denn als nur elfjähriger Junge hätte ich den eisigen Winter 1945 wohl nicht überlebt“.

Der Heimatschriftsteller

Seine Erzählungen und Romane drehen sich meistens um die ostpreußische Heimat, weshalb er auch als Heimatschriftsteller im besten Sinne des Wortes bezeichnet werden kann, und das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge. „Es war mir ein besonderes Anliegen, die beiden Generationen zu versöhnen, sie dahin zu bringen, dass sie sich besser verstehen“.

Während seine Eltern in die Sowjetunion verschleppt wurden und dort starben, schlug sich Arno nach Trittau in Schleswig-Holstein durch.

Viele seiner Romane wurden verfilmt

In seinem Roman „Kudenow“ (1978, verfilmt 1981) hat er Flucht und Nachkriegszeit aufgegriffen, lernte nach Schulabschluss in einem Anwaltsbüro und suchte sein Glück von 1955 bis 1957 als Holzfäller in Kanada. Diese abenteuerliche Zeit hielt er in seinem Roman „Fremdes Land oder Als die Freiheit noch zu haben war“ (1980, 1983 verfilmt) fest. Wieder zurück in Deutschland, arbeitete er von 1962 bis 1972 in der Rechtsabteilung einer Hamburger Versicherungsgesellschaft, seit 1982 neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit auch als freier Wirtschaftsfachjournalist.

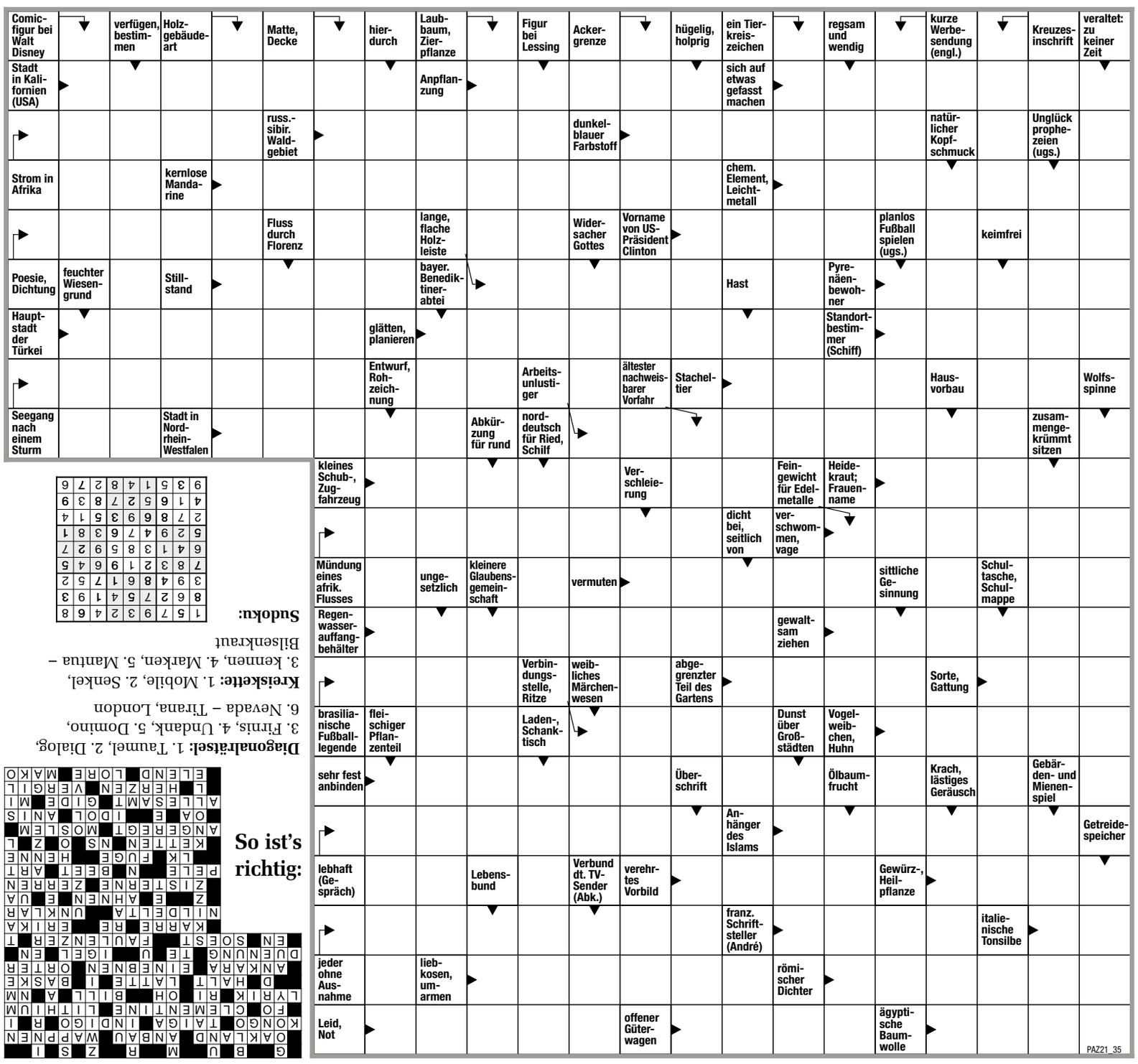
Zwischen 1978 und 2015 wurde der Ostpreußen-Schriftsteller neun Mal mit Kultur- und Literaturpreisen ausgezeichnet, 2016 mit dem Bundesverdienstkreuz.

Die Wochenenden verbringt er mit seiner Frau Traute, manchmal auch mit seinen drei Kindern und mehreren Enkeln, im schleswig-holsteinischen Wacken. „Da fühle ich mich an Ostpreußen erinnert“, lächelt er und greift zum Spaten, um wieder einen Baum auf seinem Waldgrundstück am Ortsrand zu pflanzen. Über 10.000 sind es inzwischen geworden, die sein Anwesen umgeben, darunter auch viele von Freunden und Bekannten. „Das ist mein persönlicher Beitrag zum Klimaschutz“, erklärt der Ex-Holzfäller seine wahrhaft grüne Leidenschaft. Zurück im Hamburger Haus widmet er sich wieder ganz seiner geliebten Schreibarbeit, denn „meine Frau hält mir dafür den Rücken frei“. Sie findet ihn häufig im Keller, wo er in seinem riesigen Archiv nach neuen Stoffen stöbert, „denn die gehen mir noch lange nicht aus“, schmunzelt der Bestsellerautor. Dazu tragen auch „meine Leser bei, die mir Briefe schreiben und mich zu neuen Schreibideen anregen“.

Wir wünschen ihm eine stabile Gesundheit und ungebrochene Schaffenskraft für weitere literarische Surminskis!

Peer Schmidt-Walther

Rätsel



Sudoku:

6	7	2	8	4	1	5	3	9
9	3	8	7	2	5	6	1	4
4	1	5	3	9	6	8	7	2
1	8	3	6	7	4	9	2	5
7	2	9	5	6	8	4	9	3
5	4	6	9	3	2	7	8	1
3	9	4	8	6	1	7	5	2
8	6	2	7	5	4	1	9	3
1	5	7	9	3	2	4	6	8

Kreiskette: 1. Mobile, 2. Senkel, 3. Kennen, 4. Marken, 5. Mantua – Bilsenkraut

Diagonalrätsel: 1. Taumel, 2. Dialog, 3. Firnis, 4. Undank, 5. Domino, 6. Nevada – Tirana, London

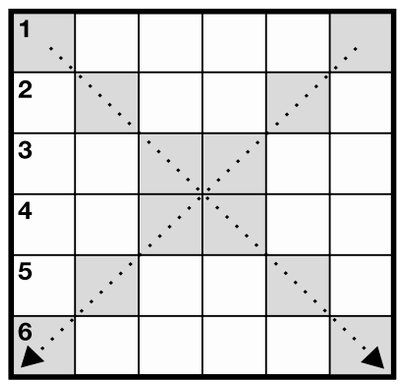
So ist's richtig:

Sudoku

	5						6	
8		2		5		1		3
		4	8		1	7		
7			2		9			5
	4						2	
5			4		6			1
		8	6		3	5		
4		6		2		8		9
	3						7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



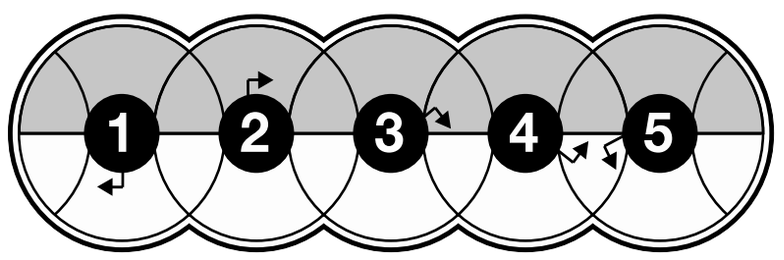
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei europäische Hauptstädte.

1 Schwindel, Benommenheit
2 Zwiegespräch
3 Schutzanstrich
4 schlechte Gegenleistung
5 Steinspiel
6 Staat der USA

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine giftige Arzneipflanze.

1 Zimmerschmuck, **2** Schuhband, **3** über jemanden Bescheid wissen (jemanden ...), **4** Postwertzeichen (Mz.), **5** oberitalienische Stadt



Heimatkreisgemeinschaften

Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mai@gmx.net

Jahrestreffen

Ahrensburg – Sonnabend, 2. Oktober, Hotel Am Schloß, Am Alten Markt 17, 22926 Ahrensburg: Jahrestreffen. Wir beginnen um 10 Uhr mit einem Gottesdienst in der Schloßkirche, Am Alten Markt. Wir können nur hoffen, dass dieses Treffen Corona-bedingt nicht wieder kurzfristig abgesagt werden muss. Bitte denken Sie daran, vorsichtshalber den Impfnachweis mitzubringen, da das Hotel sicherlich die Auflagen erfüllen muss. Zu diesem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, auch Enkelkinder und Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen.

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.**: J. Schulz, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage fallen aus

Rotenburg – Der Kreisausschuss hat entschieden, die Angerburger Tage am 17./18. September in Rotenburg (Wümme) abzusagen. Auch die Kreistagssitzung (Mitgliederversammlung) wird nicht stattfinden. Da turnusgemäß Wahlen auf der Tagesordnung gestanden hätten, wird von der Regelung des § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht Gebrauch gemacht, wonach die gewählten Vorstände bis zur Durchführung von Neuwahlen im Amt bleiben.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Kreistreffen und Mitgliederversammlung

Bad Nenndorf – Freitag, 10., bis Sonntag, 12. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung unter Einhaltung der Corona-Bestimmungen. Bitte beachten Sie, dass ein Einlass ins Hotel nur möglich ist, wenn Sie eine der drei Gs (geimpft, genesen oder getestet) erfüllen.
Freitag, 10. September, ab 14 Uhr: Delegiertenversammlung, ab 15 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer.
Sonnabend, 11. September, 9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer, ab 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, ab 10 Uhr: unser Bildarchiv/unsere Homepage und Vorträge, ab 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, ab 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung mit Totenehrung, Grußworte: Landrat Fietzek – Grafschaft Bentheim, Bürgermeisterin Matthias – Stadt Bad Nenndorf, Berichte der Kirchspiel-Vertreter und Wahlen, Rechenschaftsbericht Versammlungsleiter, 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, Plachandern, 16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern (UG), ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung.
Sonntag, 12. September, ab 10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude und Ausklang im Hotel.

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Heimattreffen

Stade – Freitag, 10. bis Sonntag, 12. September, Harsefelder Straße 44a, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen: Heimattreffen. Eine Anmeldung und Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen sind erforderlich.
Freitag, 10. September, 12 bis 17 Uhr: Das Museum ist geöffnet.
Sonnabend, 11. September, 10.30 bis 12 Uhr: Empfang für Landrat Michael Roesberg. Ab 13 Uhr, Landgasthaus Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth: Kreistagssitzung, nur Mitglieder des Kreistags und gewählte Ortsvertreter, ab 14.30 Uhr ist der Saal geöffnet, um 15 Uhr beginnt die Kreisversammlung für die Mitglieder der Kreisgemeinschaft. Arno Surminski liest um 18 Uhr; dieser Veranstaltungspunkt ist öffentlich und kostet für Nichtmitglieder fünf Euro. Um 19.45 Uhr gibt es ein Selbstzahler-Abendessen.
Sonntag, 12. September, von 10 bis 17 Uhr ist das Museum geöffnet. 10 Uhr, Kirche St. Wilhadi, ev-luth. Gottesdienst, 11.30 Uhr, Feierstunde am Mahnmal, Wallanlage. Um 13 Uhr beginnt das Hauptkreistreffen im Museum.

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **Erster stellv. Kreisvertreter**: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite stellv. Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net, www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagssitzung und -treffen

Burgdorf – Sonnabend, 11. September, bis Sonntag, 12. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Kreistreffen. Bereits am Freitag, 10. September, ab 13.30 Uhr: Kreistagssitzung. Die Kreistagsmitglieder wurden schriftlich eingeladen. Während der Sitzung erfolgen turnusmäßige Vorstandswahlen. Folgende Kandidaten wurden vorgeschlagen: Viola Reyentanz (Amt der Kreisvertreterin), Christian Perbandt (Amt des 1. stellvertretenden Kreisvertreters), Brunhilde Schulz (Amt der 2. stellvertretenden Kreisvertreterin), Arnold Hesse (Amt des Kassenwartes und Kreiskarteiwartes), Heidi Pomowski, (als Beisitzerin/Kreis-Fotoarchiv).

Während der Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 11. September, Beginn: 11.30 Uhr, werden die Kirchspielvertreter gewählt. Die Mitglieder wurden bereits schriftlich eingeladen.
Folgende Kirchspielvertreter-Kandidaten wurden vorgeschlagen: Bladiau: Wolfgang Milewski, Brandenburg: Hans-Hartwig von Platen, Heiligenbeil-Stadt Nord: Brunhilde Schulz, Hohenfürst: Elke Ruhnke, Pörschken: Christian Perbandt, Tiefensee: Kurt Woike, Zinten-Land: Irmgard Lenz, Zinten-Stadt: Viola Reyentanz, Zinten-Stadt: Siegfried Dreher. Wir bitten um weitere Wahlvorschläge.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 10. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen. Alle Besucher des Kreistreffens sind dazu herzlich eingeladen. Um Anmeldung bei Christian Perbandt unter E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de oder Telefon (05132) 57052 wird gebeten.

Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag–Freitag von 8 bis 12 Uhr

Treffen der Kreisgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 4. September, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, lm Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.
Erfurt – Sonntag, 5. September, 14 Uhr, Erfurt Buga 2021 egapark/Petersberg: Mitgliedertreffen und Besuch der Buga. Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistagssitzung

Dortmund – Sonnabend, 4. September, Kongresszentrum Westfalenhalle: Kreistagssitzung. Einladung und Tagesordnung wurden satzungsgemäß schriftlich zugestellt.

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 5. September, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen. Einladung und Tagesordnung wurde satzungsgemäß schriftlich zugestellt.
Tagesordnungspunkte: Begrüßung, Bericht Vorstand, Bericht Kassenprüfer, Entlastung, Wahl eines Wahlleiters, Wahlen Vorstand / Beirat / Kassenprüfer, Änderungsbeschluss Satzung, Grußworte, Ehrungen, Bericht Rosch, geistliches Wort / Totenehrung form- und fristgerecht gemäß Satzung.

Klaus Downar

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin**: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Treffen ist abgesagt

Neumünster – Das am 5. September geplante Treffen, mit Feierstunde in Neumünster kann aus Gründen der Pandemie nicht stattfinden.
Das Museum in der Sudetenlandstraße 18 h ist für Besucher mit der Sonderausstellung „Bier und Brauereien zwischen Weichsel und Memel“ vom 3. bis 5. September geöffnet. Damit wir die Besucherfolge planen können und die Vorgaben der Stadt erfüllen, ist eine telefonische Anmeldung empfohlen.

Dieter Milewski

Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Kreisausschuss- und Kreistagssitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 18. September: Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages bis etwa 15 Uhr in Bad Nenndorf im Hotel Esplanade statt.
Die Einladungen zu den Sitzungen sind schriftlich und laut Satzung termingemäß versandt worden.
Tagesordnungspunkte: Begrüßung, Bericht Vorstand, Bericht Kassenprüfer, Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes, Mitgliederversammlung. Ab 15 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume. Begrüßung der Teilnehmer in der L‘Orangerie und Eröffnung der Ausstellung „Erinnerungen an unvergessene Orte im Kreis Mohrungen“ durch Kulturreferentin Gisela Harder. Besuch

Zum Tag der Heimat in Berlin: Kranz der LO *Foto: Brigitte Stramm*

des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung. Am Abend dann ein gemütliches Beisammensein mit kulturellen Einlagen.
Die Sitzungen, Treffen und Mitgliederversammlung finden unter der zurzeit geltenden Corona-Bestimmungen statt.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonntag, 19. September, 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, Grandhotel L‘Orangerie: Heimatkreistreffen.
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net oder telefonisch bis zum 8. September mitzuteilen. Danke!
Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie herzlich der Vorstand!

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Jahrestreffen ist abgesagt

Bochum – Das Neidenburger Heimattreffen am 5. September muss leider ausfallen.
Wir hoffen, im nächsten Jahr wieder zur Normalität zurückzukehren und ein schönes Heimattreffen durchführen zu können.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 17. bis Sonnabend, 18. September, Hotel Bergström, Bei der Lüner Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 308636 und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg.
Freitag, 17. September, 15.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum „Ravel“: Mitgliederversammlung der KGO, 18.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum „Lindbergh“: Begrüßungsabend.
Sonnabend, 18. September, 10.15 Uhr, Ostpreußischen Landesmuseum, Eingangshalle: Führungen durch die neue Dauerausstellung; „Geschichte Ostpreußens“, „Kunst und Kultur Ostpreußens“, „Flucht, Vertreibung, Ankunft“; 12.30 Uhr, nach einer Mittagspause, Hotel Bergström, Raum „Lagerfeld“: Einlass, 13.15 Uhr: Feierstunde, Vortrag von Henriette Piper: „Der letzte Pfarrer von Königsberg – Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg“, 15 Uhr: gemütliches Zusammensein bei Kaffee und Kuchen.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 25. und Sonntag, 26. September, Thedinghauser Straße 16, Landhotel Zur Linde, Telefon (04231) 29800, E-Mail: info@landhotelzurlinde.de, Internet: www.landhotelzurlinde.de: Kreistreffen. An diesem Wochenende findet auch die Bundestagswahl statt; vergessen Sie nicht vorher zu wählen. Kommen Sie bitte zahlreich, verabreden Sie sich mit Freunden. Für den Fall, dass das Tagungshotel bereits ausgebucht ist, rufen Sie die Tourist-Info Verden an, Telefon (04231) 12345. Planen Sie bitte Ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 25. September, 14 Uhr im Tagungshotel ein. Jeder Empfänger des „Preußisch Eylauer Kreisblatts“ ist Mitglied. Einladung und Tagesordnung sind in der neuesten Ausgabe des Preußisch-Eylauer Kreisblatts, Seite 10, abgedruckt, desgleichen das gesamte Programm des Treffens. Bringen Sie bitte in jedem Fall Ihre Maske mit. Genaue Verhaltensmaßregeln am Ort.

Evelyn v. Borries

OSTPREUSSENS LANDWEHR

In Alltagskleidung und barfuß

Gerhard von Scharnhorsts Idee von 1808 wurde fünf Jahre später als erstes in Ostpreußen umgesetzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 1806 beging das Königreich Preußen den fatalen Fehler, das napoleonische Frankreich militärisch herauszufordern, ohne die Unterstützung der anderen Großmächte zu besitzen. Infolge der daraus resultierenden schweren Niederlage begann in Preußen die sogenannte Franzosenzeit: Das Königreich verlor rund die Hälfte seines Territoriums, geriet unter französische Besatzung und musste Kontributionen leisten. Die Reaktion auf diese nationale Demütigung mitsamt dem aufgezwungenen Bündnis mit Napoleon waren umfassende Reformen, die es Preußen künftig ermöglichen sollten, wieder zur alten Stärke zurückzufinden. Hierzu gehörte auch die Reorganisation des preußischen Heeres durch Gerhard von Scharnhorst. In diesem Zusammenhang wurden 1808 unter anderem die Bildung einer Landwehr und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erwogen. Jedoch unterblieben diese Reformschritte auf Betreiben Napoleons, der darin zu Recht eine Gefährdung seiner Ambitionen witterte.

FOTO: AKG IMAGES

Aufruf des Generalleutnants Ludwig von Yorck zur Volksbewaffnung gegen Napoleon: Farbdruck nach dem Gemälde „Ansprache des Generals von Yorck an die Ostpreußischen Stände in Königsberg am 5. Februar 1813“ von Otto Brausewetter (1888)

„... um die Fesseln des frechen Unterdrückers zu brechen und die erlittene Schmach mit Blut seiner verruchten Banden abzuwaschen“

Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein

Zum Jahreswechsel 1812/13 wendete sich das Blatt: Angesichts des Scheiterns von Napoleons Russlandfeldzug unterzeichnete der preußische Generalleutnant Ludwig von Yorck einen Waffenstillstand mit dem russischen Generalmajor Hans Karl von Diebitsch, wodurch Preußen aus dem Bündnis mit Frankreich ausscherte. Damit wurde nicht nur der Befreiungskrieg zum Sturz der napoleonischen Fremdherrschaft eingeläutet, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, Scharnhorsts Ideen von 1808 umzusetzen. Ostpreußen machte den Anfang.

Nachdem der mittlerweile in russischen Diensten stehende Reformer und Napoleon-Gegner Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein als Beauftragter des Zaren in Königsberg eingetroffen war, appellierte er eindringlich: „Klugheit, Ehre, Vaterlandsliebe, Rache gebieten, keine Zeit zu verlieren, den Volkskrieg auszurufen, die Waffen zu ergreifen und jede Kraft anzuspannen, um die Fesseln des frechen Unterdrückers zu brechen und die erlittene Schmach mit Blut seiner verruchten Banden abzuwaschen.“ Daraufhin trommelte Friedrich Ferdinand Alexander Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten die ost- und westpreußischen Landstände zusammen. Die 64 Delegierten trafen sich am 5. Februar 1813 in der Ostpreußischen Generallandschaftsdirektion in der Königsberger Landhofmeisterstraße. Die nachfolgenden Verhandlungen standen unter der Leitung Yorcks und des Grafen zu Dohna-Schlobitten. Dieser hatte inzwischen gemeinsam mit Yorck sowie seinem Bruder Friedrich Karl Emil und Carl Clausewitz – beide dienten ebenfalls im Heere des Zaren – den Entwurf zu einer Landwehrordnung nach Scharnhorstschem Vorbild erarbeitet und sorgte durch geschickte Verhandlungsführung dafür, dass die Stände diesen am 7. Februar 1813 einstimmig annahmen.

Anschließend wurden zwei Verbände in den östlich der Weichsel gelegenen Landesteilen Preußens aufgestellt, und zwar auf alleinige Kosten der Provinz. Der erste war das Ostpreußische National-Kavallerie-Regiment unter Major Karl Reichsgraf von Lehndorff, zu dem über 800 Reiter gehörten. Später kam die wesentlich größere Ostpreußische Landwehr dazu, deren Schaffung Karl Alexander von Bardeleben und Graf Ludwig von Dohna oblag. Sie umfasste zwei Divisionen mit 20.000 Mann. Aufgrund der prekären Lage, in der Preußen sich Anfang 1813 befand, mussten dabei große Abstriche bei der Uniformierung, Ausrüstung und Bewaffnung der zum Wehrdienst eingezogenen Zivilisten gemacht werden: Viele Landwehrmänner trugen weiterhin ganz normale Alltagskleidung, gingen barfuß und führten als Waffen nur Piken oder Äxte mit.

Mit der Entscheidung vom 7. Februar hatten die ost- und westpreußischen Stände eigenmächtig gehandelt. König Friedrich Wilhelm III. legitimierte deren Vorgehen erst am 17. März 1813, zeitgleich mit seiner Kriegserklärung an Frankreich, indem er den in Königsberg gefassten Beschluss durch den Erlass einer ganz ähnlich lautenden Verordnung über die Landwehr nachträglich implizit bestätigte. Außerdem beauftragte er den auf dem Ständetag zum Vorsitzenden der General-Kommission für die Volksbewaffnung gewählten Grafen zu Dohna-Schlobitten mit der weiteren Durchführung der Mobilmachung und ernannte ihn zum Zivilgouverneur für Preußen östlich der Weichsel.

Die drei in Königsberg aufgestellten Landwehr-Bataillone wurden später zum Königsberger Landwehr-Regiment formiert und kämpften auch in den Schlachten bei Großbeeren und Dennewitz sowie in der Völkerschlacht von Leipzig – alles Treffen, in denen Napoleon unterlag. Dabei erstürmte das 1. Ostpreußische Landwehr-Bataillon unter Major Karl Friedrich Friccius am 19. Oktober 1813 das Grimmaische Tor von Leipzig, womit die gegnerische Verteidigung zusammenbrach. Andere Einheiten der Ostpreußischen Landwehr wiederum sicherten die Provinz während der Befreiungskriege oder nahmen an der zehnmonatigen Belagerung von Danzig teil. Dort konnten sich die Franzosen noch bis zum 17. November 1813 halten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Tradition mit Moderne vereint

Bunzlauer Keramik ist ein echter Hingucker, und das Museum birgt wahre Schätze

Bunzlau ist immer eine Reise wert und das nicht nur zum jährlichen Keramikfest, aber dann umso mehr. Zu diesem Entschluss kamen Ines Vetter aus der Nähe von Dresden und Maren Wiesner aus Stuttgart. Auf dem Rückweg aus ihrem Urlaub in Masuren brauchten beide noch einen „letzten Höhepunkt der Reise“, berichtete die Krankenpflegerin Vetter. Für beide ist die Bunzlauer Keramik ein Begriff. „Ich komme aus einer Gegend, in der es sehr viele Vertriebene gegeben hat, die aus dem Kreis Sorau und eben auch aus Bunzlau kamen. Und da ist es mir eingefallen, dass es dieses Keramikfest gibt“, erzählte sie. Bevor sich die reisenden Damen ins Getümmel des Rings – Marktplätze werden so in Ostkolonisationsgebieten und im Polnischen genannt– begaben, der sich während des Keramikfestes zu einem einzigen Jahrmarkt der Keramikerzeugnisse wandelt, besuchten sie das Keramikmuseum. Vetter war schon oft dort, denn es gibt einen Einblick in die Geschichte der Bunzlauer Keramik auch in deutscher Sprache.

„Wir versuchen in diesem Museum die Tradition mit der Moderne zu vereinen und zeigen sowohl die alten, schönen Gefäße – unser ältestes ist aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts – als auch Erzeugnisse der Gegenwart. Es ist uns wichtig die charakteristischen Momente in der Geschichte der Bunzlauer Keramik festzuhalten und ihre Veränderungen zu zeigen“, so Museumskustorin Barbara Glinkowska. Sie ist stolz, dass es dem Keramikmuseum in der ulica Mickiewicza 13 gelungen ist, Objekte zu präsentieren, die „wie eine Visitenkarte der Zeit, in der sie entstanden sind, wirken“. Das Bunzlauer Keramikmuseum gibt es bereits seit 1911. Schon bei der Eröffnung konnte sich diese Institution einer umfangreichen Sammlung, die vom Bunzlauer Max Hoehne gestiftet wurde, rühmen. 1953 hatte die Stadt die Tätigkeit des Museums wieder aufgenommen. „Wir zeigen das typische lehmglasierte Braunzeug, ‚geschwämmelte‘ (AdR.: mit Schwämmen aufgestempelte) Ware, Arbeiten aus der Bunzlauer Keramischen Fachschule bis hin zu heute in Bunzlau produzierter Keramik“, sagte Glinkowska. Während sie dies sagt, ist sie bereits auf dem Sprung in das zweite Gebäude des Museums – die Abteilung für Stadtgeschichte in der ulica Kutuzowa 14. Dort baut sie gerade eine neue Ausstellung auf. „Aus Bunzlauer Ton” heißt die Präsentation. Sie zeigt Erzeugnisse der heute in Bunzlau und Umgebung produzierenden Manufakturen; man kann diese bis Mitte Oktober besichtigen.

FOTO: C. W. WAGNER

Keramik als Visitenkarte der einzelnen Epochen: Moderne Schönheiten aus Bunzlau

Das Museum befindet sich in einer der schönsten Villen der Stadt. Während der napoleonischen Kriege weilte 1813 dort der Oberbefehlshaber der russischen Heere, Marschall Michail Kutusow. Der an Typhus erkrankte Marschall verstarb in diesem Haus.

Das Museum erzählt ebenfalls auch in Deutsch die Geschichte Bunzlaus. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den napoleonischen Kriegen und Persönlichkeiten wie Napoleon, der gleich fünf Mal in Bunzlau weilte, Marschall Kutusow, Zar Alexander I., der am 18. April 1813 im Rathaus begrüßt wurde, und dem preußischen General Gebhard Leberecht von Blücher, der 1813 die Franzosen in der Schlacht an der Katzbach bei Liegnitz und Wahlstatt besiegte. In der Kutusow-Villa wird im Untergeschoss moderne Kunst aus Bunzlauer Keramik präsentiert und bis Oktober Erzeugnisse von 30 Manufakturen.

Wer erleben möchte, wie die typische und immer noch in Handarbeit gefertigte Keramik entsteht, besucht das „Lebendige Museum“ der Manufaktur Smoleński & Zwierz. „Wer selbst die Ärmel hochkrempeln möchte, erfährt hier, welch harte Arbeit es ist, bis ein Becher oder eine Schale entsteht“, sagt Elżbieta Rolak, Tourismusexpertin bei FNK Manufaktura. „Obwohl die kobaltblauen Punkte oder das Bunzlauer Pfauenauge als Dekor immer noch Verkaufsschlager sind, gewinnt die moderne, bunte Verzierung immer mehr an Beliebtheit“, sagt sie und versichert: „Wir gehen mit dem Geist der Zeit, das bedeutet aber kein Ende einer Epoche.“

Ines Vetter und Maren Wiesner suchen auf dem Ring nach dem traditionellen Bunzlauer Dekor und haben die Qual der Wahl. „Ich habe bereits vieles an Bunzlauer Keramik. Mein Lebensgefährte arbeitet im Pflegedienst und kommt oft mit seinen Patienten, die aus Bunzlau stammen, hierher. Da bringt er mir auch immer etwas mit“, sagt Vetter, aber es sei ihr nie zu viel an Bunzlauer Keramik.

Chris W. Wagner

WIEDER FÄHRVERBINDUNG

„Grünes“ Fährschiff getauft

Jungfernfahrt über den Peenestrom zwischen Usedom und Festland

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Die Stralsunder Spezialfirma Ostseestaal hat ein weiteres innovatives Fahrzeug abgeliefert. Am 18. Mai wurde die Elektro-Solarfähre feierlich auf Kiel gelegt und termingerecht am 21. August durch Oderhaff-Reederei-Mitarbeiterin Katja Anton im Fischerdorf Kamp am Stettiner Haff auf den Namen „Antonia vom Kamp“ getauft. Durch diesen Akt ist dem Schiff „die Seele gegeben worden“, sagte sie vor zahlreichen Zuschauern.

Das 14,65 Meter lange, 4,5 Meter breite und 90 Zentimeter tiefgehende Stahlrumpfschiff kostet nach Angaben des Betreibers, der Oderhaff-Reederei Peters, Ueckermünde, rund 700.000 Euro, wobei der Baupreis zu 45 Prozent öffentlich gefördert worden ist. „Wir freuen uns, dieses innovative Projekt mithilfe des Landes verwirklicht zu haben“, erklärte Reeder Kay Peters mit Dankesworten an alle Beteiligten in seiner Ansprache.

Die Solarfähre Antonia vom Kamp hat abgelegt. Fußgänger und Radfahrer freuen sich über die neue Fährverbindung von Kamp auf dem Festland, nach Karnin auf Usedom *Foto: Peer Schmidt-Walther*

Fähre und Rundfahrten

Er bietet auf dem Stettiner Haff mit 15 Mitarbeitern Fahrten von Ueckermünde nach Swinemünde und Stettin an, aber auch den Fährverkehr zwischen Ueckermünde und Kaminke auf Usedom sowie Haff-Rundfahrten. Die Fahrgastschiffe MS „Jan van Cuyk“, „Priwall V“ und „Chateaubriand“ (in Swinemünde stationiert) bilden momentan das Rückgrat der kleinen Flotte. Sie wird seit vielen Jahren versicherungstechnisch betreut von der Allianz-ESA, einem renommierten Schiffsversicherer für die Sparte Berufsschifffahrt. Ihr Agentur-Vertreter Mark Miller überreichte Reeder Peters nach der Taufe für dessen Firmentreue eine Schiffsglocke. Sie war das einzige Bauteil, das an Bord noch fehlte. Ein Stück maritime Tradition, das trotz hypermoderner Technik seinen angestammten Platz auf dem Vorschiff erhält.

Tourismus gefördert, Umwelt geschützt

Auf der „Antonia vom Kamp“ liefern Solarmodule auf dem Dach und Hochleistungsbatterien den Strom für die beiden 45-Kilowatt-Ruderpropeller und sorgen für eine maximale Geschwindigkeit von 14 km/h. Durch den komplett emissionsfreien Antrieb werden bis zu 36.000 Liter Diesel und 95 Tonnen CO_2 jährlich eingespart.

Die Elektro-Solar-Fähre wird ab sofort zwischen dem Festlandhafen Kamp, Vorpommern-Greifswald und Karnin auf der Insel Usedom pendeln. Sie ersetzt eine Fähre mit konventionellem Antrieb, die zwischenzeitlich außer Dienst gestellt wurde.

Der Neubau unter der Führung von Kapitän Sergejus Kostin (24) wird künftig neben 20 Fahrgästen auch bis zu 15 Fahrräder auf jeder Überfahrt mitnehmen können. Radfahrer und Wanderer haben damit nach zwei Jahren Pause eine weitere Fähroption zur Insel Usedom. Der reizvolle 334 Quadratkilometer große Naturpark Flusslandschaft Peenetal rund um das idyllisch gelegene Fischerdorf Kamp wird auf diese Weise noch besser touristisch erschlossen. Der weiträumige und verkehrsreiche Umweg über Anklam entfällt damit. Staatssekretär Patrick Dahlemann (SPD) betonte den Doppelaspekt, dass diese „Fährverbindung den Tourismus befördert und die Umwelt schützt“. Das komme dem Natur zugute, und er wünschte dem Schiff abschließend „viele, viele Nutzer“.

Aus Vorpommern, für Vorpommern

Die Firma Ostseestaal, nach den Worten von Geschäftsführer Thomas Kühmstedt größter europäischer Hersteller von Solarschiffen, beschäftigt rund 200 Mitarbeiter und stellt Bausätze aus zugeschnittenem und dreidimensional geformtem Blech her. Bereits 12 Fähren wurden gemeinsam mit der Stralsunder Werft Ampereship gebaut. Wobei der Neubau das erste in Vorpommern für Vorpommern gebaute Schiff ist. „Ein positives Signal, wie Wirtschaft funktionieren kann“, betonte Ralf Svoboda, Vertreter des Schweriner Wirtschaftsministeriums. Fähren mit einem umweltfreundlichen Antrieb sind gefragt. In den vergangenen Jahren hat das Unternehmen zehn Elektro-Solarschiffe für verschiedene Einsatzfälle gefertigt, darunter mit der „Sankta Maria II“ die eigenen Angaben zufolge weltweit erste vollelektrische Autofähre für Binnengewässer, die auf der Mosel verkehrt. Andere sind bereits erfolgreich in Berlin, demnächst auch in Rostock, zwei auf dem Bodensee und drei auf dem Zürichsee im Einsatz. Gegenwärtig baut Ostseestaal außerdem ein Deckshaus aus Aluminium für eine Doppelend-Fähre mit Hybrid-Antrieb, deren Heimathafen die ostfriesische Insel Norderney sein wird. Auftraggeber ist die AG Reederei Frisia Norden, Hersteller des 74,5 Meter langen Schiffes die Pella-Sietas-Werft in Hamburg.

Die ersten drei Fahrten von Kamp nach Karnin absolvierte die „Antonia vom Kamp“ mit den geladenen Gästen. Anschließend konnten die ersten Radfahrer, die das Taufspektakel verfolgten, hocherfreut, nicht wieder umkehren zu müssen, den kurzen Weg übers Peenestrom-Wasser antreten.

Während der Überfahrt hat man einen Blick auf die Reste der Hubbrücke Karnin. Stehengeblieben ist der mittlere Teil der Karniner Brücke, einer ehemals etwa 360 m langen Eisenbahnbrücke zwischen dem pommerschen Festland bei Kamp und der Insel Usedom bei Karnin. Das Brückenbauwerk wurde 1933 fertiggestellt; es war Bestandteil der über Swinemünde führenden Bahnstrecke Ducherow–Heringsdorf–Wolgaster Fähre, die heute nur noch zwischen Swinemünde und Wolgast existiert und betrieben wird. Wiederholt im Gespräch ist, die Brücke wieder aufzubauen.
Foto: Peer Schmidt-Walther

VOR 150 JAHREN

Johann Ludwig Quandt erforschte die Geschichte Pommerns

Die Familie wirkte segensreich in Ostpreußen und Pommern

Johann Ludwig Quandt entstammte einer namhaften Familie, machte als evangelischer Theologe in Pommern Karriere und fungierte lange als Superintendent. Doch größere Bekanntheit erlangte er vor allem als herausragender Kanzelredner und als Hobby-Historiker. Sein Hauptinteresse galt dabei mit zahlreichen Veröffentlichungen der Geschichte Pommerns. Damit erreichte er auch über seinen Tod vor 150 Jahren hinaus bis in die Gegenwart bei Geschichtswissenschaftlern eine gehörige Nachwirkung.

Johann Ludwig Quandt wurde am 22. September 1801 in Stettin geboren, der einstigen pommerschen Residenzstadt. Sein Großvater hatte einen bekannten Namen. Das war Johann Jacob Quandt, der seine Karriere 1721 als Hofprediger in Königsberg begonnen hatte und danach zum Generalsuperintendenten für ganz Preußen aufgestiegen war. Dieser Mann leitete das Kirchen-, Schul-und Armenwesen in Preußen, fungierte zehnmal als Rektor der Albertus-Universität in Königsberg und prägte als Lehrer Johann Christoph Gottsched, der in die deutsche Literaturgeschichte einging. Doch bei der Geburt von Johann Ludwig war der berühmte Vorfahre schon gestorben. Der Vater des Jungen hatte es in Anführungsstrichen nur zum preußischen Unteroffizier gebracht, sorgte aber für einen weiterführenden Bildungsweg und die frühe Orientierung auf eine Theologen-Laufbahn. Mit Folgen. Der Knabe besuchte nach der Stadtschule in Greifenhagen das Königliche Stadt-Gymnasium in Stettin und begann 1820 das Theologiestudium an der Berliner Universität, wo er sich zusätzlich auch mit Geschichte befasste. Quandt absolvierte beide Examen, wurde 1824 ordiniert und erhielt anschließend in Hasenfier seine erste Pfarrstelle. Der Ort liegt im ehemaligen Landkreis von Neustettin in Hinterpommern.

Parallel zur Übernahme des Pfarramtes heiratete der Theologe Charlotte Luise Stoltenburg. Das war die Tochter eines Bierbrauers und Schnapsbrenners in der Unterwiek in Stettin, die für eine Frau in der Zeit über eine ungewöhnliche Bildung verfügte, sich ebenfalls für Literatur und Geschichte interessierte und in der Folge seine geschichtlichen Forschungen zu Pommern begleitete. Diese Frau gedieh für Quandt in mehrfacher Hinsicht zum Segen.

Beide führten eine glückliche Ehe, betrieben gemeinsame Erkundungen und blieben 12 Jahre in Hasenfier. Dann wurde Quandt nach Rügenwalde versetzt, wo er ab 1836 als Pfarrer der Marienkirche fungierte und zusätzlich auch das Amt des Superintendenten ausübte. Die Marienkirche aus dem frühen 14. Jahrhundert hatte mehrere Brände erlebt, ist ein spätgotischer Ziegelbau mit einem 60 Meter hohen Westturm, einer interessanten Fürstengruft und dem berühmten Rügenwalder Silberaltar, der durch die Herzoginwitwe Elisabeth im 17. Jahrhundert in die Marienkirche kam. Die Kostbarkeit war nach dem II. Weltkrieg zunächst verschwunden und ist in einzelnen Teilen inzwischen wieder aufgetaucht, die jetzt in der Kirche zu besichtigen sind.

Der geschichtsträchtige Sakralbau war für 13 Jahre der Arbeitsplatz von Quandt. Er erfüllte seine seelsorgerischen Pflichten und die Amtsaufgaben als Superintendent und betrieb weiter mit Unterstützung seiner Frau seine heimatgeschichtlichen Forschungen. Die diesbezüglichen Veröffentlichungen reichten von Untersuchungen über pommersche Urkunden über „Bischof Ottos erste Reise in Pommern“ bis zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der „Landestheilungen in Pommern“ in den „baltischen Studien“. Damit erlangte er in der Fachwelt eine wachsende Bekanntheit.

1849 gab es für das Ehepaar Quandt mit der Versetzung nach Persanzig die nächste Zäsur. Der Ort galt als das älteste Dorf der Region, wurde im Gefolge einer slawischen Siedlung errichtet und gehörte bei Quandts Wechsel ebenfalls zum Landkreis Neustettin.

Er fungierte weiter in der Doppelfunktion als Pfarrer und Superintendent, übernahm die Leitung der lutherischen Konferenz in Köslin und bearbeitete weitere historische Themen. Das reichte von „Ostpommern und seine Fürsten“ über „Zur Urgeschichte der Pomeranen“ und „Stettin zur wendischen Zeit“ bis zur Beteiligung am Werk „Geschichte des Geschlechts von Kleist“.

Zwischendurch musste der Theologe 1856 den frühen Tod seiner Frau verkraften. Danach ließ er es ohne die Unterstützung seiner Frau im Alter ruhiger angehen. Quandt erlebte noch das Erwachsenwerden von fünf seiner acht Töchter, starb am 7. Juli 1871 in Persanzig und wurde 69 Jahre alt. Seine Tochter Clara machte parallel eine eigene Karriere als Pädagogin und Schriftstellerin.

Martin Stolzenau

„Der Westen allein kann die Welt nicht retten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Alle fünf Leserzuschriften hervorragend und sehr treffend, ganz große Klasse. Genau wie die Zeitung im Allgemeinen“

Jürgen Wieger, Hamburg
zum Leserforum in Nr. 34

Ausgabe Nr. 34

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

MERKELS UNGEAHNTE KÄLTE

ZU: ENDE EINES POLITIKSTILS (NR. 34)

Angesichts des Afghanistan-Desasters der Bundesregierung bemerkte der Grünen-Politiker Jürgen Trittin: „... und Kanzlerin Merkel tut, was sie am besten kann: nichts“. Ich möchte dieser Aussage hinzufügen: Wenn sie in ihren Amtszeiten etwas getan hat, dann leider häufig das Falsche. Ihre folgenschwerste Unterlassung beging sie vor der großen Flüchtlingskrise im Jahr 2015, als sie sich als vermeintliche „mächtigste Frau der Welt“ nicht dafür eingesetzt hat, dass die Hilfsgelder für die Flüchtlingslager im Nahen und Mittleren Osten nicht drastisch gekürzt werden. Die finanziellen Mittel für die Flüchtlinge hätten im Gegenteil sogar aufgestockt werden müssen, um eine einigermaßen ausreichende Infrastruktur sicherzustellen. Erst danach haben sich viele Menschen auf den Weg nach Europa gemacht, weil in den Aufnahmelagern nicht einmal mehr die Ernährungslage sichergestellt war. Mehr politische Apathie ist kaum vorstellbar.

Der politische und gesellschaftliche Zustand Deutschlands ist nach 16 Jahren Merkel deprimierend. Der Vertrauensverlust in die Politik und die Politiker war in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland selten so groß wie heute. Der Kardinalfehler wurde im Jahr 2017 begangen, als, nach dem Scheitern der Verhandlungen für eine Jamaika-Koalition, sich die von Merkel über Jahre asymmetrisch demobilisierte SPD, entgegen ihrer ursprünglichen Beteuerung, doch zu einer Fortsetzung der Großen Koalition breitschlagen ließ.

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hatte damals zu Recht die Koalitionsverhandlungen für beendet erklärt. Sein Vorwurf richtete sich in diesem Zusammenhang direkt an die Bundeskanzlerin. Von Merkel, die offensichtlich Aversionen gegen die Freie Demokratische Partei hegt, mussten sich Lindner und seine Partei wie Aschenbrödel behandelt fühlen.

Der richtige Weg im Jahr 2017 wäre gewesen, Merkel, die das schlechteste Wahlergebnis für die Union erzielt hatte, parteienübergreifend zum Rückzug zu bewegen, um mit einem neuen Kanzlerkandidaten die Jamaika-Verhandlungen erneut aufzunehmen. Ich bin überzeugt, dann hätten wir seit vier Jahren frische, unverbrauchte Köpfe an der Spitze der Bundesregierung und eine andere, vor allem bessere Politik.

Wenn es um die Macht ging, konnte Merkel ungeahnte Kälte zeigen. Nicht Deutschland, sondern ihr persönlicher Machterhalt stand im Mittelpunkt ihres Handelns. Macht aber ist nur etwas Gutes, wenn man sie zum Wohle der Allgemeinheit einsetzt. Es wird zu den Hauptaufgaben der neuen Bundesregierung gehören, das verloren gegangene Vertrauen in der Bevölkerung wieder zurückzugewinnen. *Renate Dötzer, Weiden*

SELBSTVERSCHULDETE KATASTROPHE

ZU: DAS VERHEERENDE SCHEITERN EINER MISSION (NR. 33)

Die älteren Leute können sich vielleicht noch an den schmählichen Abzug der US-Truppen aus Vietnam Mitte der 1970er Jahre erinnern. Das Bild des Helikopters auf dem Dach der US-Botschaft in Saigon hat sich in das Gedächtnis der Amerikaner bis heute fest eingebrannt. So sieht es aus, wenn eine Weltmacht einen Krieg verliert. Sie stiehlt sich fort wie ein Dieb in der Nacht. Geschichte wiederholt sich nun.

Mit dem Namen Joe Biden, der sich nahtlos in die Reihe der schwächsten Präsidenten der US-Geschichte einreiht, wird sich die Niederlage in Afghanistan dauerhaft verbinden. Selten hat eine Präsidentschaft mit einer so krachenden und vor allem selbstverschuldeten Katastrophe begonnen. Der Abzug der US-Truppen vollzog sich derart überstürzt und konfus, dass den Taliban das Land wie eine überreife Frucht in den Schoß fiel.

Leider nimmt sich das global betrachtet bereits seit einigen Jahren politisch und insbesondere militärisch relativ unbedeutende Deutschland auch diesmal einmal mehr selbst viel zu wichtig. Der Zustand der Bundeswehr ist der Beleg für die jahrelange Inkompetenz auf der höchsten Ministerebene.

In einem der wichtigsten Staatsministerien wurde dieser Posten nach Gusto der Kanzlerin vergeben.

In Afghanistan findet eine jahrzehntelange Fehleinschätzung ihr brutales Ende. Die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre NATO-Partner schlüpften ab Beginn der 1990er Jahren in die Rolle des Weltpolizisten. Der Fall der Berliner Mauer wurde zur Geburtsstunde einer militärischen und politischen Offensive des Westens, in der sich Triumphalismus und Idealismus verbanden. Mit humanitären Interventionen und harter Interessenpolitik erzwangen sie rund um den Globus Regimewechsel.

Der Westen glaubte, seine liberalen Werte allen Völkern zu deren Glückseligkeit überstülpen zu müssen. Dabei wurde er in der Bevölkerung des Nahen und Mittleren Ostens mehrheitlich eher als Besatzer denn als Befreier wahrgenommen. Die Weltordnung des Westens will eine normative Ordnung sein, gebaut auf Werten wie universellen Menschenrechten, ist aber zugleich Herrschaftsinstrument und knallharte Interessenpolitik. Der Vorwurf der westlichen Heuchelei ist daher mehr als nur bloße Propaganda. Feinde der liberalen Weltordnung sind nicht nur Autokratien und Diktaturen, sondern die westlichen Staaten selbst. Die Halbherzigkeit und der Mangel an Engagement erklären auch, wieso sich das stärkste Militärbündnis der Welt einem mit Sandalen gerüsteten Feind ohne jegliche Gegenwehr geschlagen gab. Afghanistan führt dem Westen vor Augen, dass seine Werte, die er als seine größte Stärke erachtet, für manche Völker vielleicht gar nicht so attraktiv sind.

Jedenfalls gelang es ihm nicht, diese in den Köpfen der afghanischen Soldaten und Polizisten so weit zu verankern, dass sie ihrem Kampf gegen die Taliban einen Sinn gegeben hätten. In der großen Schlacht zwischen Islamismus und Aufklärung zeigten die Gotteskrieger weitaus mehr Kampfmoral. Die Schwäche des Westens hat in Afghanistan ein Vakuum geschaffen, das andere Staaten, insbesondere Russland und China, nun bereitwillig füllen. Der August 2021 wird als eine tektonische Verschiebung der Weltordnung in die Geschichtsbücher eingehen.

Al-Kaida ist zwar vernichtet, aber die Region bleibt ein Epizentrum des Terrorismus. Der Sieg über die Ungläubigen des Westens wird viele neue Dschihadisten fanatisieren. Afghanistan ist fortan wie Vietnam ein Symbol der Schwäche der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft, mangelnder Zuverlässigkeit und Courage. Die Weltgemeinschaft wird sich lange daran erinnern.

Das historische afghanische Debakel sollte für die USA und ihre Verbündeten eigentlich ein Anlass sein, um innezuhalten und sich in etwas zu üben, was bisher alles andere als zu ihren Kernkompetenzen gehört: Bescheidenheit und Realismus.

Der Westen allein kann die Welt nicht retten. Dies gilt insbesondere auch für die Flüchtlings- und Klimapolitik. Doch wo immer hehre Ideale und große Ambitionen im Spiel sind, kann der Westen nur schlecht widerstehen, sich einzumischen und sich als höchste moralische Instanz zu gerieren. Er verteidigt zwar lautstark die Menschenrechte in China, erreicht damit aber wenig, weil es bei der bloßen Rhetorik bleibt und die wirtschaftlichen Interessen des Westens am Ende doch stets überwiegen.

Die Europäer und insbesondere die Deutschen geben sich die strengsten Klimaziele und betrachten sich selbst als mustergültiges Vorbild, während sich der Rest der Welt davon wenig beeindrucken lässt.

Auf diese Weise wird der Westen künftig in vielerlei Hinsicht noch viele schwere Niederlagen erleiden.

Alfred Kastner, Weiden

ANZEIGE

Wer ist Annalena Baerbock und wessen Interessen vertritt sie?

Annalena Baerbock wurde durch den Frauenbonus im Juni 2021 grüne Kanzlerkandidatin. Obwohl sie mit falschen Angaben im Lebenslauf und zahlreichen Plagiaten in ihrem Buch *Jetzt* für Schlagzeilen sorgte, wissen die wenigsten, wer Annalena Baerbock ist und wofür sie steht. Bestsellerautor Michael Grandt sorgt in diesem Buch für Klarheit. In einer aufwendigen Recherche hat er bemerkenswerte Enthüllungen über die grüne Hoffnungsträgerin ans Licht gebracht.

George Soros, Klaus Schwab und das Weltwirtschaftsforum

Enthüllt wird nicht zuletzt, wessen Interessen Annalena Baerbock vertritt. Dabei zeigt sich: Die grüne Spitzenkandidatin ist die Wunschkanzlerin des Globalisten Klaus Schwab und seines Weltwirtschaftsforums. Sie absolviert dort ein 5-jähriges Führungs-Ausbildungsprogramm und wurde zur »Jungen globalen Führerin« (Young Global Leader) gekürt. Aus dieser Kaderschmiede der Globalisten sind unter anderen auch die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel, der spätere spanische Ministerpräsident Aznar, der spätere EU-Kommissionschef Barroso, der spätere britische Regierungschef Blair und sein späterer Finanzminister Brown sowie der spätere französische Regierungschef Sarkozy hervorgegangen. So würde auch mit Baerbock wieder eine willfährige Handlangerin der Eliten an die Macht kommen.

»Mein Ziel ist eine Regierung zu bilden.«

In diesem aufsehenerregenden Buch bekommen Sie brisante Antworten auf Fragen, wie etwa:

- Was hat es mit dem grünen »Geheimpapier« »Societal Transfomation Scenario« auf sich?
- Warum sind die Agenda des Weltwirtschaftsforums und das Programm der Grünen nahezu identisch?
- Was haben George Soros und Black Lives Matter mit Baerbock zu tun?
- Welche Ministerposten könnten Baerbock, Habeck & Co. in einer neuen Regierung besetzen?

Außerdem erfahren Sie,

- wie es mit der Welt »nach Corona« weitergehen soll;
- wie die Ökosozialisten einen »besseren« Menschen kreieren wollen;
- wie radikal unser Vermögen künftig »umverteilt« werden soll;
- warum das grüne Klimadiktat mehr Staat, mehr Verbote, weniger Freiheit, dafür Entmündigung und Kontrolle bedeutet.

Michael Grandt: »Junge globale Führerin«
gebunden • 239 Seiten • Best.-Nr. 984 300 • 20.60 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

UNTERHALTUNG

Neue Spiele braucht das Land

Autor sein kann jeder. Aber Spiele-Autor? Kirsten Hiese gehört zu dieser seltenen Spezies und erklärt, wie man auf Spiel-Ideen kommt

Ein Gewinner der Pandemie ist sicherlich die Spieleindustrie. Die Zeit im Lockdown vertrieben sich viele Familien mit Gesellschaftsspielen. In diesem Jahr sind wieder viele neue Spiele erschienen, von denen die besten die Jury „Spiel des Jahres“ jüngst prämiert hat. Neben dem Gewinner „MicroMacro: Crime City“, einem Detektivspiel, gab die Jury eine Empfehlungsliste für weitere Spiele bekannt, darunter auch ein Geschicklichkeitsspiel für Kinder der Spieleautorin Kirsten Hiese aus Nordrhein-Westfalen. *PAZ*-Autorin Silvia Friedrich traf sie und fragte, wie man Spiele-Erfinder wird.

Bis unter die Decke voll: Spielesammlung der Spiele-Erfinderin Kirsten Hiese *Foto: Kirsten Hiese*

PAZ: Eines fällt sofort auf, wenn man sieht, welche Ideen Ihnen so im Laufe der Zeit eingefallen sind, Ihr enormer Einfallsreichtum. Was war früher Ihr liebstes Schulfach?
Hiese: Auf den Kunstunterricht habe ich mich immer sehr gefreut, ich habe es geliebt, mich mit Farben, Materialien und Formen zu beschäftigen. Ich war sehr motiviert, da ich in diesem Schulfach richtig gut war. Aber auch Mathematik hat mir gut gefallen und ist mir nicht so schwergefallen. Ich fand das Fach immer sehr strukturiert, logisch und „aufgeräumt“.

Wie wird man Spiele-Erfinder?
Ich denke, in jedem steckt ein Spiele-Erfinder, man muss sich nur darauf einlassen, es ausprobieren. Natürlich sollte man Spaß am Tüfteln und vor allem am Spielen haben. Jeder, der auch nur ein eigenes Spiel erfunden hat, ist ein Spiele-Erfinder.

Wie kamen Sie zu diesem Beruf, oder kam er zu Ihnen?
Das Interesse am Spiele-Erfinden kam tatsächlich zu mir und es war ein Zufall. In einer Zeitschrift las ich einen Artikel über einen Spiele-Autor. Bis dahin hatte ich mir nie Gedanken darum gemacht, dass hinter jedem Spiel auch ein Autor steht. Da ich Florist-Meisterin war, aber pausierte, da ich drei kleine Kinder hatte, suchte ich eine kreative Herausforderung – und da war sie. Ich wollte es probieren. Im Nachhinein finde ich das sehr lustig, denn ich war weder eine große Spielerin noch hatte ich Ahnung von Spielen. Ich habe es einfach probiert. Über meine ersten Entwürfe muss ich heute nach vielen Jahren sehr schmunzeln. Es hat drei Jahre gedauert, bis das erste Spiel von mir im Spieleladen stand.

Gibt es eine spezielle Ausbildung für diesen Beruf?
Es gibt keine Berufsausbildung zum Spiele-Erfinder, all das Wissen ums Spiele-Entwickeln muss man sich selbst erarbeiten, und dazu braucht man in erster Linie ein sehr großes Interesse am Spiel und viel Ausdauer. Auffallend ist, dass viele Menschen, die sich mit dem Spiele-Entwickeln beschäftigen, Statistiker, Mathematiker oder auch Lehrer sind. Aber natürlich nicht alle, auch ich bin da eine echte Ausnahme. Fast alle Spiele-Autoren haben einen anderen Broterwerb. Es gibt nur wenige Autoren, die von ihren Spielen leben können.

Wem kann man neue Spielideen anbieten?
Zuerst muss ein Spiel immer wieder getestet werden, man sollte da sehr selbstkritisch sein, denn oft ist man unglaublich selbstverliebt in sein eigenes Spiel. Nachdem man seine Spielideen in unzähligen Spielrunden mit vielen verschiedenen Spielern ausprobiert hat und auch die Spieler es wirklich richtig gerne spielen, kann man sich auf die Suche nach einem Spieleverlag machen. Dazu sollte man sich die Verlage genau anschauen, um festzustellen, ob das eigene Spiel zum Spielprogramm passen könnte. Spieleverlage bekommen viele Hundert Spielvorschläge im Jahr. Man schickt zuallererst nur ein Spielkonzept in die Spieleredaktion. In ein Spielkonzept gehört eine Spielregel und Fotos vom Spiel. Man sollte die Spielregen unbedingt vorher von einem Spieler Probelesen lassen, der das Spiel noch nicht kennt, da man so sieht, ob die Regel keine Fragen offenlässt.

Welche Spiele haben Sie erfunden?
Von meinen Spielen wurden schon über 30 veröffentlicht. Es sind viele Kinderspiele, aber auch Familienspiele, Rätselspiele und Rätselbücher. Bald erscheint mein erstes Bastelbuch. Hier eine kleine Auswahl: „Ring der Magier“, „Kerala“, „König Grummelbart“, „Käpt’n Kuller“, „Gruselgrütze“ und „Schätzinsel“.

Gibt es dabei ein Lieblingsspiel?
Ein Lieblingsspiel habe ich nicht, aber mehrere Spiele, die mir aus verschiedenen Gründen sehr am Herzen liegen. „Rondo Vario“ meine erste Veröffentlichung und schon 15 Jahre im Programm. „Kerala“, mein erstes großes Familienspiel und Spiel der Spiele der Wiener Spiele Akademie. „Käpt’n Kuller“ hat es dieses Jahr auf die Empfehlungsliste „Spiel des Jahres 2021“ geschafft.

Woher nehmen Sie Ihre Ideen und wie entwickeln Sie die Spiele?
Über neue Spielideen stolpere ich meist, man muss nur genau hinschauen. Als ich meinen Vorrat an Magneten aufgeräumt habe, fiel mir ein Ringmagnet in die Hände. Ich fand es sehr lustig, was man mit ihm alles anstellen konnte und so ist mein Spiel „Ring der Magier“ entstanden. Still am Schreibtisch zu sitzen und auf *die* Idee zu warten, funktioniert meist nicht. Hat man aber eine Idee, an der man auch festhält, so fängt die Arbeit erst richtig an.

Testen Sie neue Spiele mit Kindern zusammen?
Jede Spielidee muss unbedingt mit der passenden Zielgruppe getestet werden. Erst dann sieht man, wie das Spiel gefällt, ob es zu leicht, zu schwer, zu langweilig oder genau passend ist. Zum Testen meiner Kinderspiele gehe ich in Kindergärten oder Schulen. Die Familienspiele teste ich im Spieletreff. Ohne diese Testgruppen könnte ich kaum Spiele veröffentlichen.

Was macht Ihnen an Ihrer Arbeit am meisten Spaß?
Das Austüfteln einer Spielidee, bis ein gutes Spiel entstanden ist. Die meisten Entwürfe landen im Papierkorb, aber irgendwann hat man es geschafft, und das Spiel funktioniert. Das ist ein tolles Gefühl, wenn man sieht, wie gerne es gespielt wird. Viel Freude bereitet mir der Bau der Prototypen, da gebe ich mir immer sehr viel Mühe, denn es macht einfach mehr Spaß, mit einem schönen Spiel zu spielen.

Wenn Sie drei Wünsche frei hätten
Wenn man das Wichtigste mal auslässt, nämlich Gesundheit und Frieden, dann sind da noch: Testspieler, die mir jederzeit zur Verfügung stehen, die Spielidee, die durch die Decke geht und ganz viele Spieler an den Spieltisch holt, und mehr Zeit zum Spielen mit meinen Kindern.

HOCHADEL

Die Wurzeln der Battenbergs

So unscheinbar das sächsische Seifersdorf ist, so bedeutend wurde es für die Welt des Adels

Die kleine 600-Seelen-Gemeinde Seifersdorf im Radeberger Land nördlich von Dresden gilt unter Eingeweihten als Ort, in dem die Wiege eines wesentlichen Teils des europäischen Hochadels steht.

Seifersdorf gehörte ab 1747 zum Besitz des kurfürstlich-sächsischen Premierministers Graf Heinrich von Brühl und ging dann in die Hände von Brühls jüngstem Sohn Hanns Moritz über, der ab 1775 hier residierte. Im gleichen Jahr kam Hans Moritz Hauke in Seifersdorf zur Welt, dessen Vater Friedrich Karl Emanuel der Sekretär des neuen Grafen von Brühl war. Hauke machte später als Berufssoldat Karriere und avancierte zum General sowie stellvertretenden Kriegsminister von Kongress-Polen. Außerdem erhob ihn der russische Zar Nikolaus I. 1829 in den Grafenstand.

1807 heiratete der Sachse Sophie Lafontaine, die Tochter eines prominenten Arztes. Das Paar hatte elf Kinder, darunter die 1825 in Warschau geborene Nachzüglerin Julia Teresa Salomea. Diese diente der Zarin Maria Alexandrowna (Marie von Hessen-Darmstadt) ab etwa 1845 als Hofdame und lernte so den Bruder der Monarchin, Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt, kennen.

Der entschied sich 1851 gegen den ausdrücklichen Willen des Zaren dazu, eine nicht standesgemäße Ehe mit der inzwischen in anderen Umständen Befindlichen einzugehen. Julia erhielt daraufhin von ihrem Schwager, Großherzog Ludwig III. von Hessen-Darmstadt, den vakant gewordenen Titel einer Gräfin von Battenberg. Zudem stieg sie dann 1858 auch noch zur erblichen Fürstin von Battenberg auf – wonach ihr Mann nun ebenfalls den Namen Battenberg zu führen begann und so die entsprechende Seitenlinie des Hauses Hessen begründete.

Der zweitälteste Sohn der beiden, Prinz Alexander Josef von Battenberg, fungierte von 1879 bis 1886 als gewählter Fürst von Bulgarien und erklärte dann seinen Thronverzicht. Dahingegen gingen der Stammhalter Prinz Ludwig Alexander von Battenberg und sein jüngerer Bruder Prinz Heinrich Moritz von Battenberg nach England. Der letztere heiratete 1885 Prinzessin Beatrice von Großbritannien und Irland und zeugte unter anderem

FOTO: IMAGO IMAGES/DDBD

Rendezvous bei Schloss Seifersdorf

Prinzessin Victoria Eugénie von Battenberg, die 1906 durch ihre Vermählung mit Alfons XIII. Königin von Spanien wurde und die Urgroßmutter des jetzigen spanischen Monarchen Felipe VI. ist.

Ludwig Alexander wiederum, der es bis zum Großadmiral und Ersten Seelord brachte und seinen Namen 1917 wegen des Krieges mit Deutschland in „Mountbatten“ anglisierte, schloss 1884 die Ehe mit Prinzessin Viktoria von Hessen-Darmstadt, einer Enkelin von Queen Victoria. Dieser Verbindung entsprangen vier Kinder, darunter Prinzessin Louise von Battenberg, ab 1950 infolge Heirat Königin von Schweden, und Prinzessin Alice von Battenberg, die 1903 Andreas, Prinz von Griechenland und Dänemark, ehelichte und 1921 einen Sohn namens Philip gebar, den späteren Prinzgemahl von Königin Elizabeth II. Somit haben auch die vier Kinder, acht Enkel und zehn Urenkel der jetzigen Queen abstammungsmäßige Wurzeln in dem verträumten sächsischen Ort Seifersdorf. *Wolfgang Kaufmann*

SCHIFFSTOUR

Mit „Sehnsucht“ nach Caputh

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg lädt zu nostalgischen Schifffahrten auf der „Sehnsucht“, einem einmastigen Segler, der 2009 nach dem Vorbild der „Großen Yacht“ des Großen Kurfürsten gebaut wurde, ein. Am 4. September um 10 Uhr setzt sich das Boot von Oranienburg in Bewegung Richtung Caputh. Vorbei am Barockschloss Oranienburg geht die Fahrt vorbei an der Pfaueninsel, dem Schloss Cecilienhof, der Glienicker Brücke, entlang an Potsdams schönsten Sehenswürdigkeiten. Die Fahrt endet am Schloss Caputh, das nach der Ankunft besichtigt und wo im Anschluss das Klassik Open Air der Berliner Residenzkonzerte besucht werden kann. Am 5. September um 10 Uhr erfolgt die Rückfahrt nach Oranienburg. Beide Fahrten können einzeln gebucht werden und kosten 85 Euro pro Fahrt. Infos unter Telefon (03301) 537437 und www.spsg.de/kalender-caputh *tws*

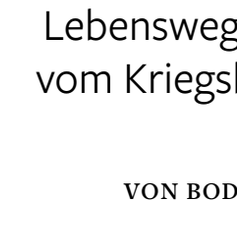
FÜR SIE GELESEN

Ängsten mit Mut begegnen

Jeder Mensch hat Ängste. Auch Kinder bleiben davon nicht verschont, sei es die Angst vor der Dunkelheit, vorm Arztbesuch und vielem mehr. Wie man als Eltern damit umgehen kann, haben die Biologin Ulrike Légé und der Psychologe Fabian Grolimund sich in dem Buch „Huch, die Angst ist da! Wie sich Kinder und Eltern mit ihrem Angstmonster aussöhnen können“, gefragt.

Das Buch ist in zwei Hälften geteilt, einem Elternteil mit Erklärungen, was Angst aus biologischer und psychologischer Sicht ist. Im illustrierten Kinderteil werden die Kinder direkt angesprochen. Die kleinen Leser lernen, ihre Angst zu benennen und zu zeichnen. Es ist ein äußerst hilfreiches Buch, das Eltern die Befähigung verleiht, ihren Sprösslingen, aber auch sich selbst zu helfen.

Silvia Friedrich



Ulrike Légé/Fabian Grolimund: „Huch, die Angst ist da! Wie sich Kinder und Eltern mit ihrem Angstmonster aussöhnen können“, Hogrefe Verlag, gebunden, 160 Seiten, 19,95 Euro

TOURISMUS

FOTO: RESTE DER MAUER AM GROSS GIENICKER SEE: IMAGO/JÜRGEN RITTER

Radeln entlang der Mauer

Über rund 160 Kilometer führt der Mauerweg als Wander- und Radfahrroute um das einst eingegrenzte West-Berlin herum

Berliner Mauerweg heißt die Pocket Fahrradkarte im Maßstab 1 : 60.000 aus dem Verlag grünes herz. In der wasser- und reißfesten Karte sind neben Rad-Fernwegen die Mauergedenkorte sowie UTM-Gitter für GPS eingezeichnet. Auf der Rückseite gibt es eine Übersichtskarte sowie Erläuterungen zu Sehenswürdigkeiten. Auf diese Weise kann man sich Routen zusammenstellen, um Berlin radelnd zu erfahren. *MRK*

Pocket Fahrradkarte: „Berliner Mauerweg“, Maßstab 1 : 60.000, Verlag grünes herz, Berlin 2021, Faltkarte, 5,95 Euro

BIOGRAPHIE

Mathias Erzberger, der gehasste Versöhner

Der Politikwissenschaftler und Journalist Benjamin Dürr zeichnet den Lebensweg eines Ausnahmepolitikers der Weimarer Republik nach, der sich vom Kriegsbefürworter zum Friedenssucher des Ersten Weltkriegs wandelte

VON BODO BOST

Der am 26. August im Schwarzwald ermordete Politiker der Zentrumspartei Mathias Erzberger hatte als Vertreter der Reichsregierung den Diktatfrieden von Versailles unterschrieben. Er galt seinerzeit als meistgehasster deutscher Politiker, aber auch als einer der ersten Realpolitiker. Eine neue Biographie von Benjamin Dürr rekonstruiert das Leben Erzbergers auch in seinen Widersprüchen.

Erzbergers Leben „war ein Auf und Ab, gekennzeichnet von zahlreichen Brüchen“, überschreibt der Politikwissenschaftler und Journalist Dürr den Lebenslauf dieses Ausnahmepolitikers, der 1875 als Katholik in halb jüdischen, halb protestantischen Dorf Buddenhausen auf der Schwäbischen Alb geboren wurde. Als Sohn einer armen katholischen Tagelöhnerfamilie machte er hier früh die Erfahrung, ein Außenseiter zu sein. Während sein Bruder eine kriminelle Karriere einschlug, wurde er Klassenbester und ergriff den Lehrerberuf sowie nach zwei Jahren den eines Journalisten.

Sein Redetalent fiel Adolf Gröber (1854–1919), dem württembergischen Urgestein der Zentrumspartei, auf, der ihn überzeugte, Mitglied der Partei zu werden, für die er 1903 als jüngster Abgeordneter in den Reichstag einzog. Als Vertreter des linken Flügels des Zentrums kümmerte sich Erzberger um die Belange der einfachen Leute. Der strenggläubige Katholik war auch in der protestantisch-preußisch geprägten Berliner Elite ein Außenseiter. „Dennoch wurde Erzberger zum Gesicht eines neuen Politikertyps, der unerschrocken, volksnah und medienwirksam die Macht der alten Eliten im Kaiserreich und der eigenen Partei in Frage stellte.“

Im Reichstag profilierte er sich mit scharfer Kritik an der deutschen Kolonialpolitik und deren Skandalen. Erzberger, der 16 Stunden am Tag arbeitete, brillierte mit Detailwissen und Polemik, wodurch er auf sich aufmerksam machte. Mit seinem phänomenalen Gedächtnis war er auch ein Militärexperte. Der Erste Weltkrieg wurde für den Politiker eine Wendemarke. Vom Befürworter des Krieges am Anfang und Anhänger des Annexionismus sowie Initiator der „Judenzählung“ 1915, wurde er spätestens ab 1917 zum Friedenssucher. Er hatte als Verbündeten Papst Benedikt XV. auf seiner Seite, für den er einen neuen Kirchenstaat suchte, zunächst in Lichtenstein, dann auf einer der Baleareninseln. Zusammen mit dem Papst verurteilte er den Massenmord an den Armeniern durch die mit Deutschland Verbündeten Osmanen.

Im Reichstag kämpfte er ab 1917 für die Parlamentarisierung des Kaiserreichs. Als die Heeresführung im Oktober 1918 einen Waffenstillstand forderte, war Erzberger der einzige namhafte Politiker, der sich überreden ließ, als Staatssekretär von Reichskanzler Prinz Max von Baden im November 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne zu unterschreiben. Spätestens jetzt war aus dem „Populisten“ ein „Realist“ geworden, Erzberger wurde einer der Gründerväter der Weimarer Koalition aus katholischer Zentrumspartei, Sozialdemokraten und Liberalen. Als Finanzminister schuf er 1919/20 die fiskalische Grundlage für die erste deutsche Republik und Finanzstrukturen, die bis heute gelten.

Seine Persönlichkeit und seine umstrittene Politik spalteten jedoch das Land. Er wurde zur Zielscheibe der Feinde der Weimarer Republik. Nach einem Prozess wegen Korruption trat er schließlich 1920 nach einem ersten Attentatsversuch auf ihn zurück. Bei einem Urlaub im Sommer 1921 in Bad Griesbach im Schwarzwald wurde er am 26. August von zwei ehemaligen Offizieren und Angehörigen einer antirepublikanischen Geheimorganisation ermordet. Auf Personenschutz hatte er verzichtet. „Die Kugel, die mich treffen soll, ist schon gegossen“, soll er gegenüber seiner Tochter kurz vorher gesagt haben.

Dürrs Biographie rekonstruiert das Leben eines der faszinierendsten, einflussreichsten und zugleich umstrittensten Politikers zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Es beleuchtet den tiefgreifenden Einfluss, den Erzberger auf den Lauf der Geschichte hatte, und warum er einer der meistgehassten Politiker seiner Zeit war.

Benjamin Dürr: „Erzberger – Der gehasste Versöhner. Biografie eines Weimarer Politikers“, Christoph Links Verlag, Berlin 2021, gebunden, 300 Seiten, 25 Euro

BELLETRISTIK

Eine Liebe im Zweiten Weltkrieg

Bettina Lausen erzählt die Geschichte einer jungen Frau und ihrer ostpreußischen Großmutter, die sich zuvor nie getroffen hatten

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

In dem Roman „Die Erinnerung riecht nach gelben Kamelien“ treffen die Hauptfiguren Carolin und ihre Großmutter Frida erstmals aufeinander, als Carolins Vater, ein wohlhabender Geschäftsmann, plötzlich einen Herzinfarkt erleidet und stirbt. Über seine Familie und wer Carolins Mutter ist, hatte Vater Alfred sich stets in Schweigen gehüllt. Als bei der Beerdigung unerwartet Frida, Alfreds Mutter, auftaucht, ist das erste Puzzle-Teil von Carolins eigenen Wurzeln gefunden.

Frida, schon vom Alter gezeichnet, erzählt bereitwillig und detailreich ihre Lebensgeschichte, die nach Ostpreußen führt. Die große Liebe zwischen Carolins Großeltern Frida und Erwin nimmt den zentralen Raum des Romangeschehens ein, unterbrochen von Einschüben aus der Gegenwart, in der die Enkelin in das Haus der Großmutter einzieht, um sich um die alte Frau zu kümmern und dabei deren aufwühlenden Schilderungen aus der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg zu lauschen. Dabei kommen sie sich näher und entdecken eine Gemeinsamkeit: die Leidenschaft, zu malen.

Frida erzählt von ihrem Leben mit ihrem Verlobten Erwin in Berlin, bevor der Krieg sie auseinander riss, von ihrem Wiedertreffen in Wehlau nach seiner Verwundung, von glücklichen Tagen in der Heimat und schließlich von der verlustreichen Flucht aus Ostpreußen. Beim Versuch, an Bord der „Wilhelm Gustloff“ zu gelangen, werden sie abermals getrennt. Erwin ging mit seiner Schwester an Bord, Frida blieb mit ihrer Schwester und Mutter zurück. Die verzweifelte Suche nach Erwin im Westen brachte keinen Erfolg, sodass Frida nach einer Weile eine verhängnisvolle Ehe mit einem anderen Mann eingeht. Am Schluss gibt es doch noch ein glückliches Ende. Erwin und Frida können heiraten und eine Familie gründen. Ein Wermutstropfen in ihrem Leben bleibt der Bruch mit ihrem Sohn Alfred. Carolin erfährt den Grund, warum der Vater nie über ihre Mutter gesprochen hat.

Bettina Lausen ist eine Kulturwissenschaftlerin, die sich auf das Schreiben historischer Romane spezialisiert hat. Für den vorliegenden Roman lieferte das Gespräch mit einer Zeitzeugin, die aus dem Memelland flüchten musste, die Vorlage für die Schilderung der Ereignisse während der Flucht.

Es ist der Autorin gelungen, eine der größten Katastrophen des Zweiten Weltkriegs, die Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, spannend in eine authentisch wirkende Geschichte von Liebe und Leid zu fassen.

Bettina Lausen, „Die Erinnerung riecht nach gelben Kamelien“, Piper Verlag, München 2021, 425 Seiten, broschiert, 17 Euro

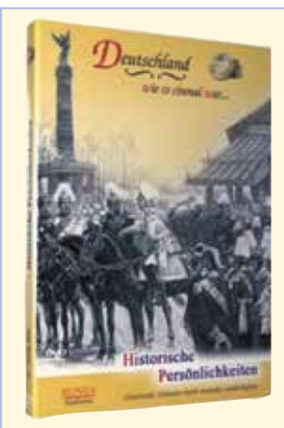
Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus – Ostpreußische Küche
Königsberger Klopse und Königsberger Marzipan sind heute Allgemeingut der deutschen Küche und überall bekannt und beliebt. Die Küche des alten Ostpreußens hat jedoch an kulturhistorischen Schätzen noch weit mehr zu bieten, was eine Wiederentdeckung lohnt. Süß oder herzhaft, gehaltvoll und sättigend, in dem rauen Klima Ostpreußens brauchte man kräftiges Essen. Bewährte, überlieferte Familienrezepte, bereichert um mancherlei Zitate und Hintergründe zu den Gerichten und Zutaten, sind in diesem Kochbüchlein zusammengetragen. 96 Seiten
Nr. P A0569 **Gebunden** **9,95 €**

Ulrich Wittkowski
So plachanderten wir in Königsberg und Ostpreußen
91 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0072 **5,95 €**

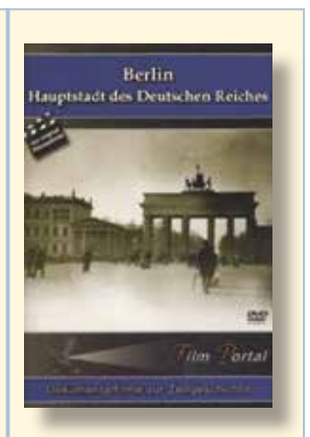
Das alte Ostpreußen mit seiner Sprache, seinem Humor und seinem besonderen Menschenschlag lebt wieder auf in den mundartlichen Texten, die Ulrich Wittkowski hier zusammengetragen hat. Seine humorvollen Vertellkens und Nuschtchen berichten von Begebenheiten aus dem täglichen Leben und geben einen Einblick in die Vielfalt der ostpreußischen Wortschöpfungen und damit auch in die Wesensart der Ostpreußen. Das Charakteristische und Originelle der Sprache wird anhand von gesammelten Redensarten, Witzen und Namen deutlich. Das Buch ist eine Einladung zum Schmunzeln und Erinnern und gleichzeitig eine Liebeserklärung an Ostpreußen.

Deutschland wie es einmal war
Stadt- und Landleben
Laufzeit: 60 Minuten DVD
Nr. P A1664 **9,95 €**

Deutschland wie es einmal war
Heimatland 1939 – 1945
Laufzeit: 60 Minuten DVD
Nr. P A1662 **9,95 €**



Deutschland wie es einmal war
DHistorische Persönlichkeiten-
Laufzeit: 60 Minuten DVD
Nr. P A1661 **9,95 €**

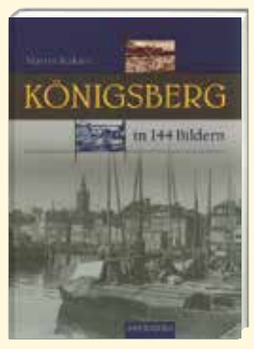


Berlin
Hauptstadt des Deutschen Reiches
Laufzeit: 60 Minuten DVD
Nr. P A1673 **9,95 €**

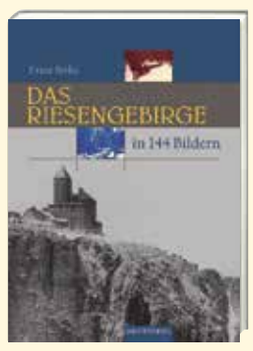
Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Nr. P 9965 **Gebunden** **9,99 €**

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlasses. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheines des Atlasses im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten

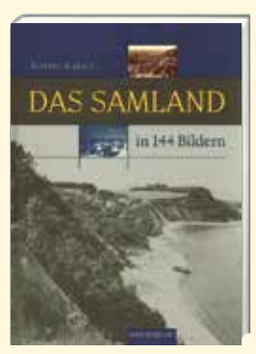
Martin Kakies
Das Ermland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1406 **12,95 €**



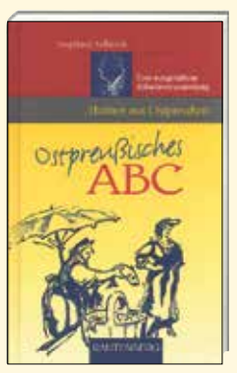
Martin Kakies
Königsberg in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Königsberg
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1400 **12,95 €**



Prof. Dr. Ernst Birke
Das Riesengebirge in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4404 **12,95 €**

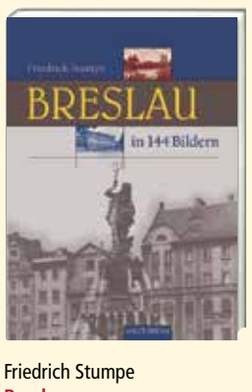


Martin Kakies
Das Samland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1405 **12,95 €**



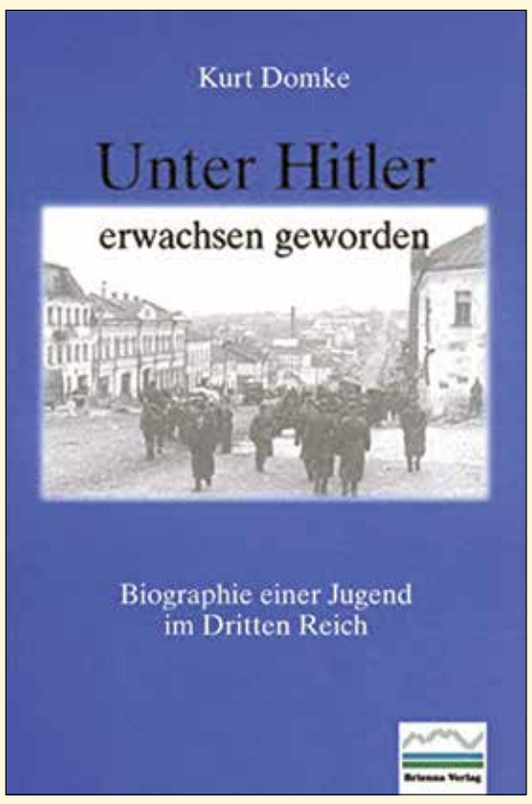
Siegfried Saßnick
Ostpreußisches ABC
Eine ausgefallene Stilwörtersammlung
Gebunden mit farb. Überzug
160 Seiten
Nr. P 533094 **9,95 €**

Hans B. Meyer
Westpreußische Wippchen
Spaßige Vertällkes
Gebunden mit farb. Überzug
148 Seiten
Nr. P 533095 **9,95 €**



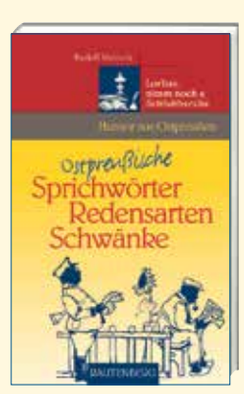
Friedrich Stumpe
Breslau in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4400 **12,95 €**

Hans B. Meyer
Danzig in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2400 **12,95 €**



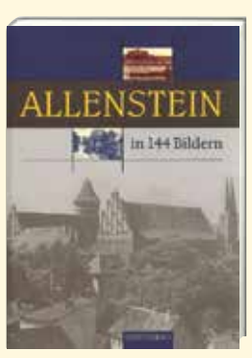
Kurt Domke
Unter Hitler erwachsen geworden
Biographie einer Jugend im Dritten Reich
Biographie einer Jugend im Dritten Reich. Der Autor, 1921 in Berlin geboren, schildert in erfrischender Offenheit seine Jugend in der Hitlerzeit, seine Erlebnisse im 2. Weltkrieg als Soldat und in russischer Gefangenschaft. Dabei legte er allergrößten Wert auf wahrheitsgerechte Beschreibung der von ihm persönlich erlebten Zeitgeschichte.
221 Seiten.
Nr. P A1675 **Kartoniert** **12,80 €**

M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
Das ostpreußische Familien-Kochbuch
Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesentlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, dass als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
Nr. P 1061 **Gebunden** **12,99 €**



Rudolf Meitsch
Ostpreußische Sprichwörter, Redensarten und Schwänke
Lorbas nimm noch e Schlubberche
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 533067 **9,95 €**

Wilhelm Matull
Ostpreußen und seine Originale in Anekdoten und Histörchen
232 Seiten/Gebunden
Nr. P 1891 **9,95 €**



Stadtkreisgemeinde Allenstein
Allenstein in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Allenstein
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1409 **12,95 €**

Erik Thomson
Das Baltikum in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 6300 **12,95 €**

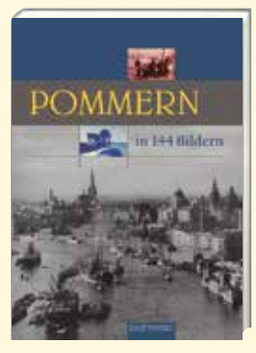
Alfred Lau
Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus
Heitere Gedichte und Geschichten aus Ostpreußen. 221 Seiten
Nr. P 533077 **Geb.** **9,95 €**

Dr. Alfred Lau
Humor aus Ostpreußen
Zusammengestellt aus der „Georgine"
144 Seiten. Gebunden mit farbigem Überzug
Nr. P 1304 **9,95 €**

Franz-Rudolf Zilm
Die Festung und Garnison Stettin
Die Festung und Garnison Stettin. Die Entwicklung der Festung und Garnison als wichtiger Bestandteil der Stadtgeschichte Stettins wird in diesem Buch in ihrem historisch-politischen Zusammenhang von der Gründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges dargestellt. Nach intensiver Materialsammlung liegt nun somit die erste Garnisonsgeschichte einer Stadt östlich der Oder-Neisse-Linie vor, die auch als Ergänzung zum jetzigen Interesse polnischer Geschichtsschreibung gedacht ist. Mit zahlreichen Abbildungen.
310 Seiten, 47 Abb.
Nr. P A1676 **Gebunden** **29,90 €**

Emil Johannes Guttzeit
Ostpreußen in 1440 Bildern
Ostpreußen in 1440 Bildern ist ein einmaliges, umfassendes Werk. Es ist mit der Fülle seiner Bilder und seinem einführenden Text ein Ostpreußenbuch, das alle ostpreußischen Stadt- und Landkreise mit den Burgen des Deutschen Ritterordens, Städten, Dörfern, Adelssitzen, Straßen, Eisenbahnen, Kirchen, bemerkenswerten Gebäuden, Bauernhäusern, Denkmäler in Wort und Bild darstellt. Neben der Entwicklung der Städte werden geographische Grundlagen, geschichtliche Ereignisse, volkskundliche Besonderheiten und bedeutende Persönlichkeiten herausgestellt. Es ist ein dokumentarisches Buch über das deutsche Ostpreußen bis 1945, ein Werk über alle 1939 bestehenden Verwaltungskreise der Provinz in den vier Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Westpreußen wie es seit Jahrzehnten nicht vorgelegen hat. 732 Seiten.
Nr. P 1712 **Gebunden mit Schutzumschlag** **49,99 €**

Gerhard Ulrich
Ostpreußen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Ostpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1408 **12,95 €**



Jan Bakker
Pommern in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3403 **12,95 €**

Hans B. Meyer
Spaßige Geschichten aus Danzig
Bowkes und Pomuchelsköpp
Gebunden mit farb. Überzug
144 Seiten
Nr. P 2010 **9,95 €**

„Der Humor ist die Harmonie des Herzens", hat Marion Lindt einmal geschrieben – und was kann uns leichter hinweghelfen über Alltag, Sorgen und Sehnsucht nach Verlorengegangenem als diese Harmonie. Dieses Buch enthält keine Witze, Wippchen oder Erzählungen im streng literarischen Sinn, vielmehr das, was man im Danziger Deutsch als „Erzählchen" bezeichnen könnte. Denn so ganz leicht und locker, wie einer dem andern von einem eben vollbrachten Tag mit all seinen kleinen und großen Sorgen und Freuden einen Stremel mitteilt, so sind sie geschrieben. Hans B. Meyer berichtet von Bowkes, Bübchen und Pomuchel, dem Dorsch, der viel in der Danziger Bucht gefangen und von den Danzigern auch gerne verspeist wurde.

FLECHSIG
MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
vom 02.09.-14.09.
Telefon 06332/72710
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*. Ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....
Straße/Nr. ..... Telefon .....
PLZ/Ort .....
Datum ..... Unterschrift .....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer **Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36**
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Die „Bild“-Zeitung vermeldete, die Glocke der Gemeinde „Heilige Katharina aus Alexandrien“ sei nach 77 Jahren „zurück in Polen“, im oberschlesischen Sławięcice. „Nazis“ hätten die Glocke seinerzeit „gestohlen“. Ziel sei es gewesen, sie „nach Deutschland zu schaffen und einzuschmelzen, um daraus Waffen und Munition herzustellen“. Andere Medien berichteten in ähnlichem Duktus. Dass die Gemeinde beraubt wurde und die weitere Schilderung, dass die Glocke aus dem Jahr 1555 zu denjenigen gehört, die im Unterschied zu vielen anderen der Zerstörung entgingen, sich lange weitgehend unbeachtet in Münster befand und nun zurückgebracht wurde, entspricht den Tatsachen. Etwas schwieriger ist es mit der Suggestion, die Glocke stamme aus Polen. Den heutigen Namen Sławięcice führt der Ort erst, seitdem ihn die Sowjets 1945 der Volksrepublik Polen zuschlugen. Davor liegt eine 700-jährige doch sehr deutsche Geschichte der durch die Herzöge von Oppeln als Slawentzitz gegründeten Siedlung. *E.L.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

In Olafs Wolke

Warum Scholz nur nebeln muss, und wie Laschet seine Union auf die Schussbahn setzt

VON HANS HECKEL

Das lief doch toll! Beim Kandidaten-„Triell“ konnte Olaf Scholz richtig absahnen. In den ersten Umfragen nach der TV-Dreierrunde schoss seine SPD steil aufwärts, während die Grünen langsam weiter vor sich hin schmelzen und die Schwarzen geradezu abstürzen. Laut INSA erreichte Rot-Grün-Dunkelrot Anfang der Woche 48,5 Prozent. Das reicht dicke für eine bequeme Regierungsbildung der Linksfront, denn bei sieben Prozent „Sonstigen“ liegt die Kanzlermehrheit bei nur knapp 47 Prozent der Wählerstimmen.

Wie macht Scholz das? Indem er so wenig wie möglich macht und kritische Fragen nicht etwa beantwortet, sondern ölig an sich abperlen lässt. Das hat er von Merkel gelernt und weiß: So was lieben die Deutschen. Scholz’ Restarbeit besteht darin, eine Phrasenwolke zu erzeugen, in der seine Partei, wo Ultralinke wie Saskia Esken und Kevin Kühnert die Richtung bestimmen, unsichtbar wird.

Die beiden wissen, was sie zu tun haben und meiden so gut es geht die große Bühne. Der gute Lauf von Scholz und der schlechte von Laschet haben daher die gleiche Ursache: Beide werden von ihren Parteien ziemlich alleingelassen. Aber was für Laschet ein Fluch ist, bedeutet für Scholz die Rettung. Würden die Deutschen entdecken, wer da mit Scholz an die Regierungsspitze stürmen will und was diese Genossen vorhaben, dürfte es mit den tollen Umfragewerten schnell vorbei sein.

Also versteckt sich die Garde bis zum 26. September nach Möglichkeit in der Kulisse. Dass sie dort niemand sucht und auf die Bühne schiebt, liegt natürlich auch an der konstruktiven Rolle der meisten tonangebenden Medien, der Staatssender allen voran. Die verzichten darauf, die Kühnerts und Eskens im „Backstage“-Bereich der SPD aufzuspüren und beschimpfen sogar jeden, der das versucht, der Panikmache.

Aber was tut Armin Laschet dagegen? Genauer gefragt: Weiß der Unionskandidat überhaupt, was er tut? Und für wen er arbeitet? Als erstes präsentiert uns der fröhliche Rheinländer das große Ziel, Deutschland „klimaneutral“ zu machen. Die Rot-Grün-Dunkelroten werden ihr Glück kaum fassen können. Denn damit hat Laschet sich und seine Partei auf die schiefe Ebene eines gegnerischen Hauptthemas manövriert, auf dem sie nur ausrutschen kann. Es ist, als würde die SPD die Liberalen mit dem Thema „Unternehmerische Freiheit“ herausfordern wollen. In so einem Wettstreit müsste die FDP nur dabei zusehen, wie sich die Sozis immer weiter von ihren roten Wurzlen entfernen, bis sie vollkommen die Orientierung verlieren. Aber die Roten wissen das und lassen so einen Wettbewerb daher sein. Sie kontern stattdessen mit „sozialer Gerechtigkeit“, womit sie auf ihrem eigenen Terrain bleiben, auf dem es die Freidemokraten schwerer haben.

Beim utopischen Ziel der „Klimaneutralität“ können die Grünlinken so radikal formulieren, wie sie wollen. Mit dem Anbeten der „Klimaneutralität“ hat Laschet die Union zur rot-grünen Geisel gemacht. Es gibt kein Entkommen, denn jeder Einwand aus dem Refugium der Vernunft (für welche die CDU einmal stand) erscheint ab jetzt wie ein Frevel am Fortbestand der Menschheit.

Der alte Trick der Fanatiker

Fanatiker geben immer Ziele vor, die gar nicht erreicht werden können. Das ist ihr Trick. Denn wenn das Ziel unerreichbar ist, wird keine noch so extreme Maßnahmen genug sein, immer fehlt noch ein Stück auf dem Weg zur „Rettung des Planeten“, dem „Glück der ganzen Menschheit“ oder wozu auch immer. Also kann man alles kurz und klein schlagen, die Freiheit, die Wirtschaft, den Wohlstand, die Rechte der Bürger – eben weil es ja vorhersehbar nie genug sein wird. Die Realisten haben da keine Chance.

In einer Gesellschaft, in der sich für Freiheit und Bürgerrechte nur eine Minderheit interessiert und wo „die Wirtschaft“ seit Langem schon mit größten Misstrauen beäugt wird, ist der Wohlstand die empfindlichste Stelle. Fangen wir also damit an, denn Fanatiker-Ziele sind immer schon uferlos kostspielig gewesen. Der Kommunismus vermochte es, jahrhundertelang blühende Regionen in Bruchbuden-Zonen zu verwandeln, und zwar in nur anderthalb Generationen. Diese Generationen konnten gegen den Verfall anschuften, wie sie wollten. Gegen die Zerstörungskunst des roten Systems hatten sie keine Chance.

Auch die „sozial gerechte Klimaneutralität“ wird unsagbar teuer werden. Die EU-Kommission weiß das und leistet bereits Vorarbeit bei der Beschaffung der Mittel durch Massenenteignung. So „überlegt“ Brüssel, ein EU-weites „Vermögensregister“ anlegen zu lassen, in dem alles Eigentum der Bürger erfasst werden soll: Häuser, Grundstücke und Wohnungen, Geld, Gold und Aktien, sogar Kunstwerke – alles kommt auf die Liste. Wozu wohl? Um später gezielt zugreifen zu können? Ach was, beruhigt die Kommission: Bislang werde das Projekt ja nur „ausgelotet“. Ach so. Der langjährige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat einmal sehr anschaulich beschrieben, wie die EU in solch heiklen Dingen vorgeht: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ Das Zitat stammt aus dem „Spiegel“ vom 27. Dezember 1999.

> Mit „Klima“ kann man alles kurz und klein schlagen: Die Freiheit, die Wirtschaft, den Wohlstand, die Rechte der Bürger – weil es nie genug sein wird

Zur Vorbereitung einer saftigen Vermögensabgabe ist so ein Register unerlässlich. Kevin Kühnert, den wir in letzter Zeit eher seltener gesehen haben, wofür er uns nach einem rot-grün-dunkelroten Wahlsieg gewiss entschädigen wird, hat schon darüber sinniert, warum es Menschen eigentlich erlaubt sein soll, mehr als eine Wohnung zu besitzen.

Indes plagt das linke Lager die Furcht, viele Deutsche könnten ihr Vermögen vor den Enteignern im Ausland in Sicherheit bringen. Dafür hat man eine Lösung gefunden: Deutsche Staatsbürger, die im Ausland leben, sollen trotzdem an die Bundesrepublik Steuern zahlen. Und wenn die ihren deutschen Pass dann scharenweise in den Müll werfen, was dann? Man müsste sie in diesem Falle wohl mit einer Art Auswanderungssteuer belegen. Die muss man nicht erst neu erfinden, entsprechende Regelungen finden sich in den Gesetzblättern der 1930er Jahre unter dem Stichwort „Reichsfluchtsteuer“.

Doch wenn das immer noch nicht reicht, den Exodus der Besitzenden zu stoppen und zudem die Gutausgebildeten in Legion aus der rot-grün-dunkelroten Republik strömen, um den erstickenden Steuer- und Abgabesätzen zu entgehen? Dann werden die herrschenden Genossen wohl die Ausreiseregelungen „sozial gerecht“ überarbeiten müssen, wobei natürlich „niemand“ die Absicht hätte, „eine Mauer zu errichten“.

Wenn der letzte Unternehmer ruiniert, der letzte Vermögende geflohen oder enteignet und die letzte Hoffnung auf Besserung verflogen ist, dann, ja dann werden die Zurückgebliebenen merken, dass man Parolen nicht essen kann.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Helmut Markwort erinnert im „Focus“ (28. August) an die massiven Fehlleistungen des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz: Bei Hamburgs außer Kontrolle geratenen G-20-Krawallen, beim Cum-Ex- und schließlich beim Wirecard-Skandal stand der Sozialdemokrat in höchster Verantwortung:

„Die Wunderfigur dieses Wahlkampfs ist Olaf Scholz. Nicht weil ihm plötzlich hohe Werte vorausgesagt werden. Das Wunder besteht darin, dass er wie eine unbefleckte Jungfrau durchs Land zieht und dass kaum daran erinnert wird, dass er einer der größten Versager und Täuscher der Politik ist.“

Thilo Sarrazin zieht in der Züricher „Weltwoche“ (27. August) seine Lehren aus der Afghanistan-Katastrophe:

„Für eine neue Bundesregierung stellt das Desaster zwei wichtige Lehren bereit: Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt und auch nirgendwo sonst in Afrika oder Asien, sondern ausschließlich in Europa. Die Bundeswehr muss wieder eine ernst zu nehmende europäische Landstreitkraft werden, und Sicherheit ist nur gemeinsam mit unseren großen Nachbarn möglich – mit Frankreich, mit Polen und – ja – auch mit Russland.“

Mit Schrecken blickt Daniel Matissek auf die vielen Deutschen, die sich an das Lockdown-Regime gewöhnt haben, und beklagt im Portal „ansage.org“ (29. August), wie weit wir gekommen sind:

„In der Praxis ist daraus eine Art sozial erwünschter Verfassungsfeindlichkeit geworden. Konstante Freiheitsberaubung ist zum Erkennungszeichen einer staatstragenden Gesundheitssekte geworden, die eben nicht länger Freiheit, sondern Gesundheit in den Mittelpunkt ihres Handeln stellt und sich anmaßt, im Namen dieses totalisierten Ziels alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen und Beschränkungen ergreifen zu dürfen.“

Der bekannte Strafverteidiger Gerhard Strate betrachtet im Magazin „Cicero“ (September) die Folgen der Entscheidung von 2013, dass jeder Haushalt, ob mit oder ohne Rundfunkgerät, den Zwangsbeitrag an ARD, ZDF und Deutschlandfunk entrichten muss:

„Dies hat ganz erheblichen negativen Einfluss auf die Qualität des Programms, denn nun feiert der dystopische Haltungsjournalismus fröhliche Urstände. Kein Wunder: Der frühere Kunde wurde zum Schuldner einer verkappten Steuer, des Rundfunkbeitrags, herabgewürdigt und ist reine Verfügungsmasse, weshalb es auf seine Meinung nicht mehr ankommt und selbst Einschaltquoten kaum noch interessant sind.“

WORT DER WOCHE

„Die Kanzlerdämmerung neigt sich wie Corona dem Ende zu. Es bleibt Ratlosigkeit, Aufbruch ist nicht in Sicht …“

Hans-Hermann Tiedje fragt sich im „Euro am Sonntag“ (29. August), was wohl am Ende der Ära Merkel stehen wird